

Schriftenreihe des Fritz-Küster-Archivs

Schriftenreihe des Fritz Küster-Archivs

Herausgegeben von Stefan Appelius und Gerhard Kraiker

Das Fritz Küster-Archiv für Geschichte politischer und sozialer Protestbewegungen an der Universität Oldenburg wurde im November 1988 eröffnet.

Im Fritz Küster-Archiv werden Materialien zur Geschichte politischer und sozialer Protestbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland dokumentiert. Den Schwerpunkt der Forschungen bildet ein umfangreicher Bestand zur Geschichte der „Internationale der Kriegsdienstgegner“ und der „Deutschen Friedensgesellschaft“.

Außerdem befinden sich im Fritz Küster-Archiv rund 100 Nachlässe und Nachlaßsplitter bedeutender Persönlichkeiten der deutschsprachigen Friedens- und Protestbewegung, schwerpunktmäßig aus der Zeit nach 1945. Hervorzuheben sind hier besonders die Bestände Dr. Gerhard Gleissberg, Dr. Theodor Michaltscheff, Dr. Stefan Matzenberger und Paul Freiherr von Schoenaich.

Die wissenschaftliche Leitung des Archivs liegt bei:
Prof. Dr. Gerhard Kraiker
Priv.-Doz. Dr. Stefan Appelius

Anschrift:

Fritz Küster-Archiv
Universität Oldenburg (FAK IV)
Postfach 25 03
26111 Oldenburg

Hannelore Köhler

Zivile Konfliktbearbeitung als Friedensstrategie

Chancen und Grenzen



**Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg
2005**

Verlag / Druck /
Vertrieb:

Bibliotheks- und Informationssystem
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
(BIS) – Verlag –
Postfach 25 41, 26015 Oldenburg
Tel.: 0441/798 2261, Telefax: 0441/798 4040
e-mail: verlag@bis.uni-oldenburg.de

ISBN 3-8142-0956-7

Inhalt

1	Einleitung	7
1.1	Forschungsstand im Bereich der Zivilen Konfliktbearbeitung	10
2	Der Gedanke der Zivilisierung der Konfliktbearbeitung: Historischer Überblick seit der Aufklärung	13
3	Die neuen Kriege: Krieg, bewaffnete Auseinandersetzungen, Konflikte in der Gegenwart	23
4	Zivile bzw. gewaltfreie Konfliktbearbeitung durch staatliche und nicht-staatliche Institutionen	31
4.1	Zivile Konfliktbearbeitung: ein neuer Begriff – auch ein neuer Weg?	31
4.2	Überblick über die Instrumente Ziviler Konfliktbearbeitung	35
4.3	Zivile Konfliktbearbeitung durch NGO's: Konzepte und Erfahrungen	41
4.3.1	Definitionen	41
4.3.2	Balkan Peace Team	42
4.3.3	Ziviler Friedensdienst	54
4.3.3.1	Die Notwendigkeit eines aktiven Friedensdienstes – kein neuer Gedanke	54
4.3.3.2	Die Entstehung des Zivilen Friedensdienstes (ZFD)	58
4.3.3.3	Die Startphase des ZFD	62
4.3.3.4	Was geschieht im Zivilen Friedensdienst?	64
4.3.3.5	Ergebnisse der Evaluierung des Aufbaus des ZFD	69
4.4	Zivile Konfliktbearbeitung durch staatliche Institutionen	71
4.4.1	Das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF) in Berlin	71

4.4.2	Einordnung des ZIF in das friedenspolitische Konzept rot-grüner Außenpolitik	73
4.4.3	Die Konzepte und Erfahrungen des ZIF	75
5	Staatliche und nicht-staatliche Zivile Konfliktbearbeitung im Vergleich: Alternative oder Ergänzung?	83
6	Fazit: Chancen und Grenzen Ziviler Konfliktbearbeitung	91
	Literatur	97
	Abkürzungsverzeichnis	103

Einleitung

Schon kurz vor dem Mauerfall, im März 1989, wurde in Westdeutschland die Idee zu einer Initiative mit Namen BoA: „Bundesrepublik ohne Armee“ in die Öffentlichkeit getragen.¹ Die Gruppe setzte sich für die Abschaffung der Bundeswehr ein. Diese sei eine reine Verteidigungsarmee, und gegen wen solle sich nach der Auflösung der Blöcke die Verteidigung noch richten? Moderne Industriegesellschaften seien ohnehin nur um den Preis ihrer totalen Zerstörung militärisch zu verteidigen, so die BoA in einem Aufruf im Herbst 1989. Das Festhalten an Abschreckung und militärischer Verteidigung sei sinnlos, finanziell ruinös und politisch wie ethisch nicht zu verantworten.² Der Bundeswehr sei der Feind abhanden gekommen, sie sei nun angestrengt auf der Suche nach einem neuen, spotteten BefürworterInnen ihrer Abschaffung.

Fünfzehn Jahre später bietet sich ein völlig anderes Bild. Die Anzahl der Kriege und gewalttätigen Auseinandersetzungen hat sich nach der Auflösung des Ost-West-Konfliktes nicht verringert. Die Bundeswehr gibt es nach wie vor. Ihre Funktion hat sich verändert. Sie ist nicht mehr nur eine reine Verteidigungsarmee. 1993 beschloss die damalige Bundesregierung aus Anlass des Jugoslawienkonfliktes zum ersten Mal einen „Out of Area“ – Einsatz der Bundeswehr zur militärischen Durchsetzung des Flugverbotes über Bosnien-Herzegowina. Seitdem reißen die Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht ab, im September 2004 befanden sich gut 7 000 Soldaten außerhalb des Bundesgebietes auf dem Balkan, in Afghanistan, am Horn von Afrika, im Mittelmeer³. Aus einer Verteidigungsarmee ist eine „Armee im Einsatz“⁴ geworden. Sie wird nun umgebaut zu einer interventionsfähigen Armee. Kritische

1 Vgl. Stadtmann, Uli: Kampagne BoA: Für eine BRD ohne Armee. In: Gewaltfreie Aktion 82/83 4/1989, S.77

2 Vgl. Erster Aufruf zur Kampagne: Für eine BRD ohne Armee. Abgedruckt in Gewaltfreie Aktion 82/83, 4/1989, S. 79

3 Frankfurter Rundschau vom 23. September 2004

4 so Generalinspekteur Harald Kujat, zitiert nach Pflüger, Tobias: Von deklarerter Friedenspolitik zu Kriegseinsätzen. In: 4 Jahre Rot-grün. Eine friedenspolitische Bilanz. Dossier Nr. 41 der Zeitschrift Wissenschaft & Frieden

Stimmen bezweifeln, ob dieser Umbau sich noch im Rahmen des Verfassungsauftrages bewegt.⁵

Aber nicht nur an Peacekeeping und Peacemaking und am Anti-Terror-Kampf etc. beteiligt sich die Bundeswehr. Bekanntermaßen war sie auch bei einem Angriffskrieg dabei, der nicht durch die UNO mandatiert war. (Jugoslawien/Kosovo 1999)

Bundeskanzler Schröder prägte in der Folge des 11. September 2001 das Wort von der „Enttabuisierung des Militärischen“⁶. In Konflikte (bis jetzt sämtlich „out of area“) auch von deutscher Seite auf militärische Weise einzugreifen, soll nun als „normal“ gelten, allerdings in bestimmten Grenzen, wie die Weigerung Deutschlands, sich am Irak-Krieg der USA und Großbritanniens im Frühling 2003 zu beteiligen, gezeigt hat.

Abgesehen davon, dass militärisches Eingreifen immer das moralische Dilemma in sich trägt, eine hohe Zahl von Opfern, auch und besonders unter der Zivilbevölkerung zu fordern, birgt es große Risiken und Nachteile: Von vielen ExpertInnen wird bezweifelt, ob das Militär überhaupt in der Lage sei, die komplizierten Konflikte in ihrer heutigen überwiegend innerstaatlichen Form zu befrieden, geschweige denn nachhaltig zu lösen. Tilman Evers z. B. hält das Militär für ein zu grobes Instrument für die sogenannten „neuen“ Konflikte.⁷ Der Bund für soziale Verteidigung hält es sogar für möglich, dass militärisches Eingreifen eher noch zur Eskalation von Konflikten beiträgt.⁸

Die Entwicklungen im Irak und in Afghanistan haben erschreckend deutlich gemacht, dass militärisches Eingreifen, sogar hohe militärische Überlegenheit nicht gleich zu setzen sind mit Macht und politischer Gestaltungsfähigkeit.

5 So z. B. der ehemalige Bundesverfassungsrichter Helmut Simon in der Frankfurter Rundschau vom 6. Januar 2004

6 Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung vom 11. Oktober 2001 und in einem Interview der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 18. Oktober 2001. Zitiert nach Mutz, Reinhard: Ein Tabu fällt – Die deutsche Außenpolitik entdeckt ihren militärischen Arm. In: Schoch, Bruno, Hauswedel, Corinna u.a. (Hrsg.): Friedensgutachten 2002, Münster 2002, S. 130

7 Vgl. Evers, Tilman: Friedenshandeln in der Weltgesellschaft. In: Evers, Tilman (Hrsg.): Ziviler Friedensdienst. Fachleute für den Frieden. Opladen 2000, S.104

8 Vgl. FR – Dokumentation 11.4. 94

Geht man von der Prämisse aus, dass im Interesse des Weltfriedens und aus humanitären Gründen in Konflikte eingegriffen werden muss, bleibt die Frage: gibt es Alternativen zum militärischen Eingreifen?

Reinhard Mutz weist im Friedensgutachten 2002 darauf hin, dass „die Bundesrepublik ... mit ihren europäischen Partnern Ressourcen und Kompetenzen (teilt), an denen weltweit Mangel herrscht. Sie betreffen das Aufgabenspektrum ziviler Konfliktregulierung und Krisenprävention. Sich ihrem Ausbau zu verschreiben, verspricht größeren Nutzen als ein kostspieliger Rüstungswettbewerb mit der Bündnisvormacht um Fähigkeiten, die schon im Übermaß vorhanden sind.“⁹

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit ziviler bzw. gewaltfreier Konfliktbearbeitung in internationalen oder innerstaatlichen Konflikten, Konflikten auf der Makroebene also, zwischen Großgruppen, und zwar unter der Bedingung einer globalisierten kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die sich vorerst kaum ändern wird. Ausgewählte Konzepte aus dem staatlichen und dem nicht-staatlichen Bereich sollen miteinander verglichen werden. Allen Konzepten ist gemeinsam, dass sie aus dem Bereich der Konfliktintervention kommen, das heißt, dass sie als dritte, externe Partei in den Konflikt eingreifen und nicht selber Konfliktpartei sind. Sie haben alle einen Bezug zur Bundesrepublik Deutschland. Zum Teil sind sie in enger Zusammenarbeit mit einzelnen Bundesministerien entwickelt worden, zum Teil in NGO's, (Non-governmental Organizations, Nicht-Regierungsorganisationen) die in Deutschland arbeiten.

Dargestellt wird das „Zentrum für internationale Friedenseinsätze“(ZIF) in Berlin, der Zivile Friedensdienst (ZFD) und das Balkan Peace Team (BPT). Was ist den Konzepten gemeinsam, wo liegen die Unterschiede? Ergänzen sie sich, oder behindern sie sich u. U. gegenseitig?

Wie groß ist der Handlungsspielraum für solche Konzepte? Auf welche Weise wäre er zu erweitern ?

Außer dem Balkan Peace Team, das als Projekt abgeschlossen ist, befinden sich die Projekte noch in ihrer Anfangsphase. Sie sind noch im Aufbau. Über ihre langfristige Wirkung kann noch keine Aussage gemacht werden.

9 Mutz, S. 134

Aber schon die Schaffung der Instrumente ist das Ergebnis eines langen Engagements zivilgesellschaftlicher Gruppen, die ohne diese wohl kaum zustande gekommen wären.

Auch dies war und ist ein Akt Ziviler Konfliktbearbeitung im Konflikt um die Frage, ob der militärischen, oder ob der zivilen Option in unserm Land und in Europa der Vorrang gegeben werden soll.

1.1 Forschungsstand im Bereich der Zivilen Konfliktbearbeitung

Geht es in der Literatur zur Zivilen Konfliktbearbeitung (ZKB) um den Forschungsstand, so stößt man häufiger auf den Begriff „Forschungsdefizit“¹⁰ als auf Forschungsergebnisse. In der Tat gibt es nach meiner Kenntnis erst sehr wenige empirische Untersuchungen, die sich mit der Praxis der Zivilen Konfliktbearbeitung in dem Sinne, wie sich der Begriff in den letzten zehn Jahren gefüllt hat, befassen.

Auch die Theoriebildung steht noch am Anfang. Das zeigt sich daran, dass im Diskurs um die Zivile Konfliktbearbeitung an vielen Stellen noch begriffliche Unklarheit herrscht. Eine gemeinsame Fachsprache ist erst im Entstehen.

Auch der Begriff selbst, als Sammelbegriff für bestimmte Methoden der Konfliktbearbeitung mit dem Anspruch, eine politische Alternative zu herkömmlichen Vorgehensweisen der Politik zu sein, ist noch neu.

Barbara Müller und Christian Büttner erstellten, supervisiert durch Professor Gleichmann, Universität Hannover, im Jahr 1998 eine Studie unter dem Titel: Der Beitrag des Balkan Peace Team zur konstruktiven Konfliktbearbeitung in Kroatien und Serbien/Kosovo. Die Studie liegt seit Dezember 2004 als Buch vor.¹¹

Monika Benkler und Winrich Kühne untersuchten im Jahr 1999 für die Stiftung Wissenschaft und Politik die in Deutschland vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten von nicht-militärischem Personal für Friedenseinsätze.¹²

10 Vgl. Brühl, Tanja: Konfliktbearbeitung durch NGOs: Chancen und Grenzen. In: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.): Friedenskultur statt Kulturkampf. Strategien kultureller Zivilisierung und nachhaltiger Friedensstiftung. Baden-Baden 1999, S. 105

11 Müller, Barbara: Balkan Peace Team 1994-2001 Mit Freiwilligenteams im gewaltfreien Einsatz in Krisenregionen. Braunschweig 2004

12 Benkler, Monika; Kühne, Winrich: Ausbildung und Rekrutierung von nicht-militärischem Personal für Konfliktprävention und Friedenseinsätze: Bestandaufnahme, Erfahrungen und

Monika Benkler untersuchte im gleichen Jahr 1999 für dieselbe Stiftung die Ausbildung von nicht-militärischem Personal für Konfliktprävention und Friedenseinsätze in ausgewählten europäischen Ländern und in Nordamerika.¹³ Beide Untersuchungen waren eine Vorarbeit für die Gründung des ZIF.

Burkhard Bläsi veröffentlichte 2001 eine Studie unter dem Titel „Konflikttransformation durch Gütekraft“. Es ist eine qualitative Untersuchung, die der Frage nachgeht, welche Einstellungen und Verhaltensweisen gewaltfrei agierender Akteure den Ausschlag dafür geben, dass ein Konflikt transformiert oder sogar gelöst werden kann. Die Studie beschäftigt sich mit interpersonellen Veränderungsprozessen.¹⁴

Donna Howard, Christine Schweitzer u. a. erstellten 2001 für die geplante „Nonviolent Peaceforce“ eine umfassende Machbarkeitsstudie, die zahlreiche Erfahrungen der Zivilen Konfliktbearbeitung und gewaltfreien Konflikt austragung gesammelt und ausgewertet hat.¹⁵

Martin Quack legte im Sommer 2002 eine Diplomarbeit vor mit dem Titel: Von der ultima ratio zur prima ratio? Gründe für die Unterstützung des Zivilen Friedensdienstes durch die Bundesregierung. Darin untersucht er die Bedingungen, unter denen eine Regierung ein Instrument zur Zivilen Konfliktbearbeitung schafft.¹⁶

Sabine Klotz hat von 2000-2003 an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) ein Forschungsprojekt zur Theorie und Praxis der Zivilen Konfliktbearbeitung durchgeführt. Auch diese Studie liegt als Buch vor.¹⁷

Empfehlungen für einen substantiellen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland. Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1999

- 13 Benkler, Monika: Ausbildung u. Rekrutierung von nicht-militärischem Personal für Konfliktprävention und Friedenseinsätze: Bestandaufnahme, Erfahrungen und Empfehlungen für einen substantiellen Beitrag der BRD. Ergebnisse der zweiten Projektphase. Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1999
- 14 Bläsi, Burkhard: Konflikttransformation durch Gütekraft. Interpersonale Veränderungsprozesse. Reihe Studien zur Gewaltfreiheit Bd. 4 Münster 2001
- 15 Howard, Donna, Schweitzer, Christine: Nonviolent Peaceforce. Feasibility Studie. St. Paul/Hamburg 2001
- 16 Quack, Martin: Von der ultima ratio zur prima ratio? Magisterarbeit im Studiengang Sozialwissenschaften der Eberhard-Karl-Universität Tübingen 2002
- 17 Klotz, Sabine: Zivile Konfliktbearbeitung in Theorie und Praxis. Heidelberg 2003

Genannt werden soll ebenfalls ein noch laufendes Forschungsprojekt, das Christine Schweitzer vom Institut für Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktbearbeitung (IFGK) betreibt: es untersucht die Wirkungen komplexer Interventionen in die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien.

2 Der Gedanke der Zivilisierung der Konfliktbearbeitung: Historische Streiflichter seit der Aufklärung

Ein Leben führen zu können, ohne ein Opfer von Gewalt zu werden – schon immer war und ist dies ein grundlegendes Bedürfnis der Menschen. Es spiegelt sich wider in den Jahrtausende alten Geboten der Religionen und Kulturen rund um den Globus, die einen gewaltfreien oder zumindest gewaltbegrenzenden Umgang der Menschen untereinander fordern.

Im Rahmen dieser Arbeit muss sich die Darstellung des Prozesses der Zivilisierung der Konfliktbearbeitung weitgehend auf den europäisch geprägten Bereich beschränken. Sie soll mit dem Zeitalter der Aufklärung beginnen und kann nur in sehr groben Zügen erfolgen.

Dieter Senghaas hat den Prozess der allmählichen Zivilisierung im Umgang mit Konflikten als ein „Zivilisatorisches Hexagon“ dargestellt, dass im Folgenden kurz skizziert werden soll.¹ Es beschreibt die Bedingungen, unter denen die gewaltfreie Bearbeitung von Interessengegensätzen und Konflikten in Gesellschaften mehr und mehr möglich wird.

1. Als einen grundlegend wichtigen ersten Schritt sieht er dabei die Entprivatisierung von Gewalt an, die Installierung eines staatlichen Gewaltmonopols. Ohne diese Basis könnten die weiteren Schritte der Zivilisierung nicht gelingen.
2. Seine zivilisierende Wirkung kann aber das staatliche Gewaltmonopol nur entfalten, wenn es durch die Heranbildung von Rechtsstaatlichkeit legitimiert und begrenzt wird und so seine Züge von Willkür verliert.
3. Sich ausdifferenzierende, modernisierende Gesellschaften brauchen mehr Berechenbarkeit und Erwartungssicherheit im Handeln, die mehr Affektkontrolle im Sinne Norbert Elias² erzwingen.

1 zusammengefasst nach der Darstellung des Zivilisatorischen Hexagons von Peter Imbusch: Die Konflikttheorie der Zivilisierungstheorie. In: Bonacker, Thorsten (Hrsg.) Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Opladen 2002, S. 172 ff

2 Elias, Norbert: Über den Prozess der Zivilisation. Frankfurt 1998 (22)

4. Eine möglichst weitgehende demokratische Beteiligung, breite Artikulationsfähigkeiten und die Integration unterschiedlicher Interessen in den gesellschaftlichen Prozess sichern die Nachhaltigkeit des Zivilisierungsprozesses.
5. Ein weiterer entscheidender Baustein ist die soziale Gerechtigkeit, „weil nur dort, wo sich eine Mehrzahl von Menschen in einem politischen System auch gerecht und fair behandelt fühlt, die Lebensfähigkeit einer rechtstaatlichen Ordnung und ihr innerer Friede gesichert ist.“³
6. Kommen alle diese Aspekte zusammen, so besteht nach Senghaas eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass sich eine Kultur der konstruktiven Konfliktbearbeitung einstellt und gewaltsame Verhältnisse vermieden werden können.

Er versteht diese sechs Komponenten gleichzeitig als einen historischen Prozess und schreibt, dass im Zivilisatorischen Hexagon „eine historische Erfahrung aus der neuzeitlichen Geschichte in Teilregionen Europas gebündelt (wird)“⁴ Dabei müsse die Herausbildung jeder einzelnen Komponente insofern als ein „Vorgang wider Willen“ interpretiert werden, als ihre Errungenschaft ihrerseits das Ergebnis einer Vielzahl von Konflikten sei. So sei das Hexagon ein hochgradig interdependentes, empfindliches Gebilde, dass über jede ihrer Komponenten gefährdet sei. Der Einbruch nur einer von ihnen kann das ganze Konstrukt zum Einsturz bringen, wenn z. B. das staatliche Gewaltmonopol in einen Polizeistaat umkippen oder die Schere sozialer Ungerechtigkeit sich immer weiter öffnen würde. „Das Zivilisierungsprojekt bleibt damit der ständigen Gefahr einer historischen Regression ausgesetzt.“ schreibt Peter Imbusch.⁵

Senghaas sieht sein Denkmodell Hexagon am ehesten in Westeuropa verwirklicht. Das Westeuropa sich zu einer relativ gewaltarmen Region entwickeln konnte, ist für ihn ein „Wunder“. Eine solche Entwicklung ist nie zwangsläufig. Sie ist nicht garantiert und war auch in Europa durch viele Brüche und Rückschläge bis in die jüngste Vergangenheit hinein gekennzeichnet.

3 Imbusch 2002, S. 173

4 Senghaas, Dieter: Frieden als Zivilisierungsprojekt. In: ders. (Hg.) Den Frieden denken. Frankfurt/Main 1995 S. 202 zitiert nach Imbusch 2002, S. 174

5 Imbusch 2002, S. 175

Auf der internationalen Ebene gibt es noch kein entsprechendes verwirklichtes Modell. Hier ist die Einhegung von Gewalt bekanntermaßen sehr viel weniger gelungen und erheblich komplizierter.

In der Zeit der Aufklärung wurde die damalige Welt in der Wahrnehmung ihrer Zeitgenossen größer. Man dachte nicht mehr nur im europäischen Kontext, sondern im weltweiten. Den Menschen wurde deutlich, dass der Friede im eigenen Land nur noch von Dauer sein konnte, wenn er in größere Zusammenhänge eingebettet war. Ein Nachdenken darüber, wie ein universeller Friede erreicht werden könne, setzte ein.⁶

Gleichzeitig geriet die absolute Monarchie in die Kritik. Der Gedanke der Volkssouveränität (Rousseau) und der Gewaltenteilung (Montesquieu) verbreitete sich. Ein stabiler Friede müsse sich auf Gerechtigkeit gründen, diesen Gedanken hatte William Penn schon 1692 in seinem „Essay über den gegenwärtigen und künftigen Frieden Europas“ ausgeführt.⁷

1795 schrieb Immanuel Kant seine kleine Schrift „Zum ewigen Frieden“. Auch wenn es nicht der erste Text war, der Überlegungen anstellte, wie ein universaler Friede dauerhaft gesichert werden könne, so unterscheidet er sich laut Otfried Höffe von den Vorgängertexten dadurch, dass es ihm um den Frieden schlechthin geht, den „ewigen“ Frieden eben, zeitlich und räumlich grenzenlos, ohne eschatologischen Vorbehalt, ohne religiöse Begründung. Es ist der erste rein philosophische Text zu diesem Thema.⁸

Aus dem Blickwinkel der gewaltfreien Konfliktbearbeitung wirkt er verblüffend modern. Es geht in ihm nicht um Vorstellungen wie das „Reich Gottes“, in dem es keine Konflikte mehr geben würde. Das Vorhandensein von Konflikten als ein „Grundelement des Politischen“⁹ wird von Kant anerkannt, die Form der Konfliktaustragung soll jedoch gewaltfrei werden. Es geht nicht um den „neuen Menschen“, der nur noch gut sein wird und alle Probleme löst.

Menschen, die unter einer republikanischen Verfassung leben, die er allerdings für sehr wichtig für den Erhalt des Friedens hält (Erster Definitivarti-

6 Vgl. Koppe, Karl-Heinz: Der vergessene Frieden. Friedensvorstellungen von der Antike bis zur Gegenwart. Reihe Friedens- und Konfliktforschung 6, Opladen 2001, S. 165

7 Vgl. Koppe 2001, S. 164

8 Höffe, Otfried (Hg.): Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden. Reihe Klassiker auslegen Bd.1, Berlin 1995, S. 15 u. S. 19

9 Höffe S. 14

kel)¹⁰, müssen keine Engel sein. Kant traut dem Menschen aufgrund seiner Fähigkeit zur Vernunft zu, dass er in einem gut organisierten Staat „wenn- gleich nicht ein moralisch=guter Mensch, dennoch ein guter Bürger zu sein gezwungen wird.“¹¹ Entscheidend für den Weg zum ewigen Frieden ist die Etablierung des Rechts und zwar in allen drei Formen des öffentlichen Rechts: als Staatsbürgerrecht, als Völkerrecht und als Weltbürgerrecht. „Diese Einteilung ist nicht willkürlich“ schreibt Kant, „sondern nothwendig in Beziehung auf die Idee vom ewigen Frieden. Denn wenn nur einer von diesen im Verhältnisse des physischen Einflusses auf den andern doch im Naturzustand wäre, so würde damit der Zustand des Krieges verbunden sein, von dem befreit zu werden hier eben die Absicht ist.“¹²

Die Autoren der Nonviolent Peaceforce-Studie¹³ halten Kants Schrift für das einflussreichste Werk zur Frage der Friedenssicherung, das mehr als hundert Jahre Realpolitik und Krieg überlebte und nicht nur die Friedensbewegungen Ende des 19. Jahrhunderts beeinflusste, sondern ebenso direkt und indirekt die Gründer des Völkerbundes und der Vereinten Nationen mit ihrer Charta, dem wichtigsten Dokument des Völkerrechts, das ausdrücklich „künftige Geschlechter von der Geisel des Krieges ...bewahren“¹⁴ will.

Neben diesen Theorien, wie mit Hilfe von Staatlichkeit und Recht Frieden geschaffen und erhalten werden könnte, gibt es eine zweite Linie in der Geschichte der gewaltfreien Konfliktbearbeitung, die sich in kritischer Abgrenzung zum Staat herausgebildet hat und die ich mit dem Namen Henry David Thoreau (1817-1862) beginnen lassen will. Dieser Lehrer und Schriftsteller aus Concord/Massachusetts, der lieber seine sichere Stelle aufgab, als sich der Ermahnung von Seiten der Schulleitung zu beugen, endlich seine Schülerinnen und Schüler körperlich zu züchtigen, gilt als geistiger Vater des Zivilen Ungehorsams.¹⁵ Er wird dem sogenannten „Neuengland-Transzendentalismus“ um Ralph Waldo Emerson zugerechnet, einer philosophisch-literarischen Denkrichtung Mitte des 19. Jahrhunderts, die durch ihr entdog-

10 Vgl. Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden. Gesamtwerk Akademieausgabe, Berlin 1983, S. 349

11 Kant, S. 366

12 Kant, S. 349 (Fn)

13 Vgl. Howard, Donna; Junge, Mareike; Levine, Corey; Schweitzer, Christine; Stieren, Carl; Wallis, Tim: Nonviolent Peaceforce – Feasibility Study. Hamburg/St. Paul 2001 www.nonviolentpeaceforce.org/research S. 41

14 Präambel der UNO-Charta

15 Er selber hat diesen Begriff allerdings nie gebraucht.

matisiertes Religionsverständnis, durch ihren Nonkonformismus und egalitären Humanismus kritische Fermente in die amerikanische Zivilisation einbrachte, die bis heute wirksam sind.¹⁶

Henry David Thoreau war ein leidenschaftlicher Gegner ebenso des damaligen amerikanisch-mexikanischen Krieges (1846-1848) wie auch der Sklaverei. Weil er mit seinem Geld weder das eine noch das andere unterstützen wollte, weigerte er sich, Wahlsteuer zu bezahlen. In seinen Essays appellierte er stark an das individuelle Verantwortungsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Sein bekanntester ist zweifellos „Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat“.¹⁷ In ihm bezieht er sich positiv auf Kants Forderung zur Abschaffung der stehenden Heere und bezieht diese Forderung in polemischer Weise auf seine Regierung, wenn er schreibt: „Das stehende Heer ist doch nur ein Arm der ständigen Regierung. Diese Regierung aber, die nichts weiter als die Form ist, welche das Volk zur Ausübung seines Willens gewählt hat, kann leicht missbraucht und verdorben werden, bevor das Volk Einfluss darauf nehmen kann. Der Krieg in Mexiko beweist es, das Werk einer vergleichsweise geringen Zahl von einzelnen, welche die ständige Regierung als ihr Werkzeug benutzt: das Volk hätte dieser Maßnahme von vornherein nicht zugestimmt.“¹⁸

Sätze wie „Nicht für einen Augenblick kann ich eine politische Organisation als *meine* Regierung anerkennen, die zugleich die Regierung von *Sklaven* ist.“¹⁹ haben Nachhall gefunden bis in unsere Tage. GegnerInnen des Vietnamkrieges beriefen sich bei Kriegsdienstverweigerung und Steuerboykott auf Thoreau.²⁰ Es ist der Gedanke der Nichtzusammenarbeit mit dem Unrecht, der großen Einfluss auf nachfolgende VertreterInnen des aktiven gewaltfreien Widerstandes ausübte.

Mohandas K. Gandhi, genannt der Mahatma, (1869-1948) war schon zum politischen Führer der diskriminierten indischen Einwanderer in Südafrika geworden und hatte schon begonnen, seine gewaltfreien Widerstandsmethoden gegen die südafrikanische Regierung zu entwickeln, als er 1908 – wie-

16 Vgl. Klumpjan, Hans-Dieter und Helmut: Henry D. Thoreau – mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Hamburg 1986, S. 12

17 Thoreau, Henry David: Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat und andere Essays. Zürich 1973

18 Thoreau, S. 7

19 Thoreau, S. 11

20 Vgl. Walter E. Richartz im Nachwort bei Thoreau S. 81

dereinmal im Gefängnis sitzend – auf Thoreau stieß.²¹ Später schrieb er: „Seine Ideen beeinflussten mich stark. Ich übernahm einige von ihnen und empfahl all meinen Freunden, die meinen Einsatz für die Unabhängigkeit Indiens unterstützten, die Beschäftigung mit Thoreau. Aus diesem Grunde entlehnte ich auch den Namen meiner Bewegung aus Thoreaus Essay *Über die Pflicht zum zivilen Ungehorsam...*“²²

Martin Luther King (1929-1968) berichtet, dass er sich schon 1944 als Student am Morehouse College mit Thoreau befasste: „Dort las ich Thoreaus ‘Essay über den zivilen Ungehorsam’. Der Gedanke, dass man sich weigern solle, mit einem bösen System zusammenzuarbeiten, faszinierte mich so sehr, dass ich das Werk mehrmals las. So kam ich zum ersten Mal mit der Theorie vom gewaltlosen Widerstand in Berührung.“²³

Mit den Namen Gandhi und King sind zwei Personen genannt, die entscheidend an der Entwicklung von Strategien gewaltfreier Konfliktaustragung beteiligt waren. Konfliktaustragung bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Seite, die gewaltfreie Methoden einsetzt, selber eine Partei im Konflikt ist, im Gegensatz zur Konfliktintervention, wobei eine externe Partei von außen in den Konflikt eingreift. Gandhi hat in seinem Jahrzehnte langen Kampf zuerst in Südafrika, später für die Unabhängigkeit Indiens von englischer Kolonialherrschaft die Methoden und Strategien des gewaltfreien Widerstandes entwickelt und sie theoretisch fundiert. Wohlwissend, dass diese Methoden auch eingesetzt werden können, um einen Zustand des Unrechts aufrecht zu erhalten, nannte er seinen Kampf „Satyagraha“, ein Wort aus der indischen Sprache Gujarati, das den gewaltfreien Kampf mit dem Einsatz für Wahrheit und Gerechtigkeit verbindet. (Nur im Englischen benutzte er den Ausdruck „civil disobedience“.) Für Gandhi war die Ausübung von Gewalt im Satyagraha-Kampf überhaupt nicht denkbar, auch nicht als ultima ratio. Satyagraha war für ihn ein „vollwertiger Ersatz für den bewaffneten Aufstand“²⁴, eine Methode für Starke, die nicht nur den Krieg, sondern auch den Frieden gewinnen wollen. Mit Blick auf das Thema dieser Arbeit soll noch angemerkt werden, dass Gandhi auch über Möglichkeiten nach-

21 Vgl. Rau, Heimo: Mahatma Gandhi in Selbstzeugnissen und Dokumenten. Hamburg 1983 (2), S. 47

22 zitiert nach Klumpjan, S. 147

23 King, Martin Luther: Schöpferischer Widerstand. Reden – Aufsätze – Predigten. Herausgegeben von Heinrich W. Grosse. Gütersloh 1980, S. 19f

24 zit. nach Steffani, Winfried: Martin Luther King: Theorie und Praxis gewaltfreier Aktion. In: Ebert, Theodor; Benedict, Hans-Jürgen: Macht von unten. Hamburg 1968, S. 12

dachte, im physischen Sinne auf gewaltfreie Weise zwischen zwei Konfliktparteien zu treten. Er dachte an eine unbewaffnete Friedenstruppe, eine „Shanti sena“.²⁵ Wie eine lebendige Mauer sollte sie zwischen die Kämpfenden treten, ein Gedanke, der 1991 kurz vor und während des Zweiten Golfkrieges durch das Gulf Peace Team zumindest symbolisch in die Tat umgesetzt wurde. Das Team errichtete zwei neutrale Camps zwischen den Ländern Irak und Kuwait, an denen sich für den gesamten Zeitraum des Lagers insgesamt 250 Menschen beteiligten. Das Team schrieb: „Unser Ziel soll es sein, gewaltlos jeder bewaffneten Aggression jeglicher Partei im gegenwärtigen Golfkonflikt entgegenzutreten ... Wir ... stellen uns auf keine Seite in diesem Disput, wir distanzieren uns von allen beteiligten Parteien, von denen wir keine für schuldlos halten.“²⁶

In den gegenwärtigen Planungen für eine „Nonviolent Peaceforce“ lebt ebenfalls der Gandhische Gedanke wieder auf.

Gandhis Methoden fanden gewissermaßen eine Fortsetzung in der Bürgerrechtsbewegung der fünfziger und sechziger Jahre in den USA, in der es darum ging, die Gleichberechtigung der schwarzen Minderheit voranzubringen, genauer – ihre in der amerikanischen Verfassung längst verbrieften Rechte mit Leben zu füllen. Dazu gehörte u. a. die Aufhebung der Rassentrennung im Süden des Landes, Erhöhung der Wahlregistrierung unter der schwarzen Bevölkerung, mehr und qualifiziertere Arbeitsplätze auch für Schwarze. Es war ein wichtiges Anliegen der Bewegung, den Schwarzen ihre Würde bewusst zu machen und auf ihrer Anerkennung zu beharren.

Für ihren bekanntesten Führer, den Theologen Martin Luther King, hatte Gewaltfreiheit eine ethische und eine pragmatische Seite. Den Vertretern der Black Panther-Bewegung, die auf den gewaltsamen Kampf setzten, hielt er entgegen, dass dieser für eine Minderheit keinen Sinn mache. „Nun ist es eine einfache, unerbittliche Tatsache, dass jeder Versuch des amerikanischen Negers, seine Unterdrücker mit Gewalt zu stürmen, zwecklos ist. Es ist gar nicht nötig, dass Präsident Johnson uns das sagt, in dem er die aufständischen Neger daran erinnert, dass sie zahlenmäßig im Verhältnis 1:10 unterlegen sind.“²⁷ Befreiung konnte nur heißen: Integration der Schwarzen. „... im

25 Vgl. Schirch, Lisa: Den Frieden sichern. Wie zivile Alternativen zur Konfliktprevention entwickelt werden. Köln 1996, S. 20

26 zit. nach Schirch, S. 130

27 King, Martin Luther: Wohin führt unser Weg? Frankfurt 1968, S. 50

Kampf um Rassengleichheit innerhalb einer Gesellschaft, in der beide, der Unterdrücker und der Unterdrückte 'zu Hause' sind, muss die Befreiung durch Integration kommen.²⁸ Damit beschreibt er eine Konstellation, die auch in vielen gegenwärtigen innerstaatlichen Konflikten gegeben ist.

Neben diesen einleuchtenden pragmatischen Gründen waren ihm die ethischen mindestens ebenso wichtig. Aus seiner christlichen Prägung heraus waren ihm die Menschen Ebenbilder Gottes. Jeder Mensch war für ihn eine Persönlichkeit, die das Ergebnis eines prozesshaften Kampfes war. Das schloss für ihn die Möglichkeit der endgültigen Vernichtung und die Demütigung politischer Gegner aus.²⁹ Wie Gandhi konnte auch er sagen: „Wer gewaltlos Widerstand leistet, weigert...sich auch, seinen Gegner zu hassen.“³⁰

Die Erkenntnisse und Methoden, die in den sozialen Bewegungen um Gandhi und King entwickelt wurden, sind bis heute bedeutsam – z. B. für die Qualifizierung der FriedensfacharbeiterInnen.

Allmählich wurden in den sechziger Jahren die gewaltfreien Aktionen Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen. Der Politikwissenschaftler Theodor Ebert promovierte 1966 über das Thema.³¹ Er unterschied in der Form des gewaltfreien Widerstandes drei Eskalationsstufen. Als die erste bezeichnete er Proteste wie Demonstrationen, Mahnwachen, Sit-ins, als zweite Stufe Formen der legalen Nicht-Zusammenarbeit: Boykotts, Hungerstreiks, Verweigerung. Seine dritte Stufe ist der Zivile Ungehorsam, die kalkulierte Regelverletzung, Gehorsamsverweigerung, z. B. durch Steuerboykott, Wehrpassverbrennungen, symbolische Zerstörung von Atomsprengeköpfen. Durch organisierter Ziviler Ungehorsam könnte nach Ebert die sogenannte „Soziale Verteidigung“ eines Landes ermöglichen, ein Thema, das Ende der sechziger Jahre anlässlich des tschechischen Widerstandes gegen die Besetzung der Tschechoslowakei durch die Sowjetunion in der Folge des „Prager Frühlings“ 1968 heftig diskutiert wurde. Hinter dem Begriff der Sozialen Verteidigung verbirgt sich das Konzept, in einem besetzten Land durch gewaltlosen Widerstand und konsequente Nicht-Zusammenarbeit die Kosten für die Besatzer so in die Höhe zu treiben, dass sich eine Besetzung langfristig nicht lohnt.

28 King, 1968, S. 55

29 Vgl. Grosse, Heinrich: Die Macht der Armen. Hamburg 1971, S. 75

30 King, Martin Luther: Stride Toward Freedom. New York 1958, S. 85 zit. nach Grosse, S.79

31 Vgl. Ebert, Benedict 1968, S. 10ff

Der Gedanke der Sozialen Verteidigung ist nie ganz aus dem Bewusstsein friedensorientierter Gruppen verschwunden. In der Friedensbewegung Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts war er stark in der Diskussion.³² Seit der Auflösung der Blockkonfrontation ist er allerdings in den Hintergrund getreten.

Die sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre, neben der Friedensbewegung die Anti-Atom-Bewegung und die Ökologiebewegung machten vielfältige Erfahrungen mit den Methoden des gewaltfreien Widerstandes, in der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie in anderen europäischen Ländern und Ländern des Südens.³³

Der spektakulärste Erfolg war aber zweifellos, dass der Zusammenbruch des DDR-Systems und die Wende gewaltfrei verlief. Theodor Ebert spricht von einer „schaumgebremsten Bruchlandung eines maroden Regimes im Namen der Parole ‘Keine Gewalt!’“³⁴ eine Tatsache, die den Überlegungen, den Gedanken der gewaltfreien Konfliktbearbeitung bzw. -intervention voranzubringen, großen Auftrieb gab. (s. u. Pkt. 4.4.3.1)

Auf dem Hintergrund dieser Erfahrungen und theoretischen Überlegungen entstanden die Konzepte der in dieser Arbeit vorgestellten Projekte und Institutionen.

32 Vgl. Köpcke-Duttler, Arnold: Wider das Vergessen der Gewaltfreiheit. In: Gewaltfreie Aktion 119/120 Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit. ½ 1999, S. 26ff

33 Eine umfangreiche Zusammenstellung erfolgreicher Aktivitäten findet sich bei Berg, Birgit: Vom Gewaltkult zur Gütekraft. In: Gewaltfreie Aktion. Heft 121 3/1999, S. 17ff

34 Ebert, Theodor: Ziviler Friedensdienst – Alternative zum Militär. Münster 1997, S. 10

3 Die neuen Kriege: Krieg, bewaffnete Auseinandersetzungen, Konflikte in der Gegenwart

Mit dem Begriff „Krieg“ assoziieren wir häufig zunächst Krieg zwischen zwei Staaten, eine „umfassende, organisierte Gewaltanwendung zwischen zwei politischen Systemen“¹, für die es sogar eine Rechtsform gibt, nämlich das Kriegsvölkerrecht, das durch Begriffe wie „Kriegserklärung“ und „Kapitulation“ den Anfang und das Ende eines Krieges markiert. Die rechtliche Kodifizierung hat allerdings nicht verhindert, dass auch diese sogenannten klassischen Kriege an Grausamkeit ständig zunahmen und in ihrem Verlauf viele Kriegsverbrechen begangen wurden. Diese Kriege, die in den letzten Jahrhunderten etwa alle 110 Jahre die doppelte Zahl an Opfern forderten, Zivilisten nicht einmal eingerechnet,² und die schließlich in den beiden großen Weltkriegen kulminierten, scheinen langsam zu verschwinden. „Es liegt nahe anzunehmen, dass die Zahl der Kriege zwischen Großmächten deshalb zurückgegangen ist, weil der enorme Zuwachs an Kriegsopfern, an Not und Leid für die Zivilbevölkerung und Zerstörung der Infrastruktur die Kosten der Kriegsführung hochgetrieben haben. Da in gleichem Maße die Gewinne für territoriale Eroberungen sanken, erwies sich Kriegsführung als immer weniger ökonomisch sinnvoll.“³

Der Angriff auf den Irak im Frühling des Jahres 2003, der von Seiten der amerikanischen und britischen Regierung als ein klassischer Krieg gedacht war, nämlich mit einem eindeutigen Ende, fügt sich allem Anschein nach nicht mehr in diese Form. „Der Krieg ist nicht an dem Tage beendet worden, an dem Präsident George W. Bush bei seiner spektakulären Flugzeuglandung auf einem Flugzeugträger vor der Westküste der USA den Sieg ausrief. Er ist nur in eine andere Gestalt geschlüpft ...“ schreibt Karl Grobe am 24. Juli 2003 in der Frankfurter Rundschau.

1 Daase, Christopher: „Der Krieg ist ein Chamäleon“ – Zum Formenwandel politischer Gewalt im 21. Jahrhundert. In: Calließ, Jörg (Hrsg.): Zivile Konfliktbearbeitung im Schatten des Terrors. Loccumer Protokolle 58/02 Rehburg-Loccum 2003, S. 18

2 Vgl. Daase, S. 19

3 Daase, S. 19

Diese andere Gestalt des Krieges, der Guerillakrieg, ist die weit häufigere Form der gegenwärtigen Kriege, die durch asymmetrische Konstellationen gekennzeichnet sind. Nicht-staatliche Akteure kämpfen militärisch gegen den eigenen militärisch überlegenen Staat, oft auch gegen eine andere innerstaatliche Gruppe. Angola, Kolumbien, Kosovo, Kurdistan, Guatemala, Palästina ..., die Liste der Länder, die von solchen bewaffneten Auseinandersetzungen niedriger Intensität (low intensity war) betroffen sind oder waren, ist lang. Ein Merkmal dieser Kriege ist, dass sie keinen richtigen Anfang haben und kein richtiges Ende, dass die Grenze zwischen Krieg und Frieden verschwimmt und dieser Zustand oft viele Jahre dauert.

Thomas Seibert⁴ weist darauf hin, dass bei genauerer Betrachtung auch der Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen Afghanistan im Jahr 2001/2002 nur formal ein klassischer war, und zwar insofern, als die USA irreguläre Armeen, die Warlords, zu Hilfe nahmen, eine Maßnahme, die die Heroinproduktion auf Kosten der Landwirtschaft wieder in die Höhe getrieben hat und den Wiederaufbau in Afghanistan bis heute erschwert. Dazu kommt, dass politische und soziale Emanzipationsmöglichkeiten und die Artikulationschancen der Opposition durch die Einsetzung von Warlords als Stützen der internationalen Verwaltung verbaut wurden.⁵ Die „Operation Enduring Freedom“, der sogenannte Anti-Terror-Kampf, in deren Rahmen dieser Krieg ebenso wie der Irakkrieg begonnen wurde, wurde als zeitlich und räumlich unbefristet angekündigt. Sie richtet sich u. a. gegen das Netzwerk Al Qaeda, das territorial nicht verortet werden kann.

Christopher Daase, der davon ausgeht, dass die zwischenstaatlichen Kriege der letzten Jahrhunderte zur Konsolidierung der Nationalstaaten und zur Bildung des internationalen Staatensystems beigetragen haben, befürchtet, dass die „neuen Kriege“ des 20. und 21. Jahrhunderts dieses System wieder auflösen könnten. „Denn in dem Maße, in dem sich Staaten auf militärische Konflikte mit nicht-staatlichen Akteuren einlassen und dabei die Kampfmethoden ihrer Gegner übernehmen, untergraben sie nicht nur die Prinzipien ihrer eigenen Staatlichkeit, sondern sie stellen auch die Prinzipien des internatio-

4 Vgl. Seibert, Thomas: Die neue Kriegerordnung. Der globale Kapitalismus und seine barbarisierte Rückseite. In: Azzellini, Dario und Kanzleiter, Boris (Hrsg.): Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen der Neuen Kriegerordnung. Berlin 2003, S. 13

5 Vgl. Azzellini und Kanzleiter, S. 10

nenalen Systems als Staatengemeinschaft in Frage.“⁶ Staaten sind in der Gefahr, auf die Guerilla so zu reagieren, dass sie an Legitimität einbüßen: Ein dauerhaft verhängter Ausnahmezustand, außerhalb der Legalität operierende Geheimdienste, Dorfschützer, Todesschwadronen, Missachtung von Menschenrechten etc. verwandeln das staatliche Gewaltmonopol häufig in illegitime Gewaltherrschaft.

Fragt man nach den Ursachen der Veränderung der Kriegsformen, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wachsende Bedeutung erlangen, so werden sie von vielen AutorInnen in der Ambivalenz der Globalisierung entdeckt.

Der Prozess der Globalisierung, der schon weit vor dem Zusammenbrechen der politischen Systeme im Ostblock begann, hat sich seit 1989 noch einmal enorm beschleunigt. „In nicht gekanntem Maße werden alle Gesellschaften der Erde in den Strudel einer weltumspannenden Marktkonkurrenz gezogen, an deren Logik sie sich um den Preis wirtschaftlichen Überlebens anzupassen haben.“ schreibt Tilman Evers.⁷ Andererseits eröffnete die Globalisierung auch neue Chancen gesellschaftlicher Mitgestaltung. Die elektronische Revolution z. B. habe auch eine egalisierende Wirkung, die Gesellschaften weltweit vereint und vereinheitlicht.

Aber: Der Reichtum ist so ungerecht verteilt wie nie zuvor, die Armut nimmt unvorstellbare Ausmaße an. Auf dem UNO-Sozialgipfel des Jahres 2000 wurde geschätzt, dass 1,2 Milliarden Menschen mit weniger als einem Dollar täglich auskommen müssen. Während die Lebenserwartung in reichen Ländern steigt, sinkt sie in den armen Ländern drastisch. Einige afrikanische Länder sind besonders betroffen. Seibert nennt Botswana (von 52 auf 47 Jahre), Simbabwe (von 51 auf 44 Jahre) und Sambia (von 47 auf 40 Jahre) bezogen auf den Zeitraum von 1975 und 1997, wobei diese Länder nicht einmal zu den ärmsten gehören.⁸ Die Globalisierung führt „zum systematischen Ausschluss einer nach Millionen zählenden und täglich wachsenden ‘Überschussbevölkerung’ aus jeder Entwicklungsperspektive.... Die Vierte Welt der vollständig Marginalisierten ist als in jeder Weltregion anzutref-

6 Daase, S. 23

7 Evers, Tilman: Friedenshandeln in der Weltgesellschaft. In: ders.(Hrsg.) Ziviler Friedensdienst. Fachleute für den Frieden. S. 101

8 Seibert, S. 19

fende Grenze allerdings kein Außerhalb des globalen Kapitalismus, sondern dessen barbarisierte Rückseite.“ so Seibert.⁹

Die enormen Gegensatzspannungen sind es, die Evers für die Ursache der gewaltträchtigen Konflikte hält. Ärmere südliche Gesellschaften und die ost-europäischen, die sich in einem Transformationsprozess befinden, spalten sie. Das erklärt die starke Zunahme innerstaatlicher gewaltsamer Konflikte. Der unten stehenden Tabelle lässt sich entnehmen, dass sich der Anteil innerstaatlicher Kriege von 1989-1998 von 63% auf 78,6% erhöht hat. Dabei sind in ihr nur solche Kriege aufgeführt, an denen reguläre Streitkräfte einer Regierung beteiligt waren. Andere bewaffnete Auseinandersetzungen sind nicht eingerechnet und würden den Anteil innerstaatlicher Auseinandersetzungen noch steigern.

Tab. 1 *Verteilung der Kriegstypen 1945-88 und 1989-98*

Kriegstypen	Kriege begonnen in % 1945-1988		Kriege begonnen in % 1989-1998	
	A (Antiregime-Kriege)	54	33,8	12
B(Autonomie/Separationskriege)	31	19,4	16	38,1
AB-Mischkriege	17	10,6	04	09,5
E (Sonstige Kriege)	k.A.	k. A.	01	02,4
Innere Kriege insgesamt	102	63,7	33	78,6
C (Zwischenstaatliche Kriege)	28	17,5	06	14,3
D (Dekolonisationskriege)	11	06,9	–	–
Internationale Kriege insgesamt	39	24,4	06	14,3
Mischkriege mit A	09	05,6	–	–
Mischkriege mit B	07	04,4	03	7,1
mehrstellige Mischkriege	03	01,9	–	–
intra/internationale Mischkriege	19	11,9	03	7,1
alle Kriege	160	100	42	100

Aus: Klaus Jürgen Gantzel: Kriege am Ende des 20 Jahrhunderts. Entwicklungen und Tendenzen 1989-1998, in: Friedensgutachten 1999, S. 173-183, S. 180 Datenquelle: AKUF – Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung, Universität Hamburg

9 Seibert, S.18f

Für das Jahr 2002 zeigt sich diese Tendenz noch deutlicher: Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung zählte im vergangenen Jahr 43 militärisch ausgetragene Konflikte. Nur einer davon war ein Krieg zwischen Staaten, der Afghanistankrieg, in der oben beschriebenen Uneindeutigkeit.¹⁰

Die gegenwärtigen Konflikte sind nicht einheitlich. Jeder Konflikt hat seine eigenen besonderen Gründe und ist allein mit dem Phänomen der „failed states“ nicht ausreichend erklärt. Eine beunruhigende Tatsache haben aber die meisten bewaffneten Auseinandersetzungen gemeinsam: Fast immer ist privatisierte Gewalt im Spiel. Die Privatisierung entsteht dabei keineswegs nur im Süden oder in den Ländern des ehemaligen Ostblocks. Azzellini und Kanzleiter weisen in ihrem Buch „Unternehmen Krieg“ nach, dass diese Privatisierung vom Westen, speziell den USA durchaus forciert wird.

Peter Lock weist auf wichtige ökonomische Zusammenhänge bei der Kriegsursachenforschung hin.¹¹ Einerseits zerstören Kriege weit mehr als noch im Zweiten Weltkrieg ökonomische Strukturen, machen Menschen arbeitslos, zerstören ihre Lebensgrundlagen und machen sie zu Flüchtlingen, andererseits sind es gerade ökonomische Strukturen, die Kriege verursachen und aufrechterhalten.

Was Seibert die „barbarisierte Rückseite des globalen Kapitalismus“ nennt, nennt Peter Lock „Schattenglobalisierung“ in dem Sinne, dass dieser Schatten untrennbar mit der Globalisierung verbunden ist.

Nach dem Ende der Blockkonfrontation wird keine Kriegspartei mehr finanziell von der westlichen oder östlichen Seite unterstützt. Was früher „Stellvertreterkriege“ genannt wurde, hat seine Funktion verloren. Kriegsparteien brauchen jetzt andere Einkünfte zur Finanzierung ihrer Kriege. Regelrechte Kriegsökonomien entstehen und ein neuer „Unternehmertypus“, der des Gewaltunternehmers, der vom Krieg lebt. Diese Gewaltunternehmer haben das Ziel, wirtschaftlichen Tausch in dem von ihnen beherrschten Gebiet durch Gewalt zu steuern und auf diese Weise Überschüsse zu erpressen.

Nach Lock ist es die Aufteilung des Wirtschaftsbereichs in drei Sektoren, die diese Strukturen unterstützen, zur Langlebigkeit von Kriegen und zum ver-

10 Vgl. Seibert, S. 13

11 Lock, Peter: Gibt es ökonomische Strukturen, die Gewalt und Terror hervorbringen? In: Callies, Jörg: Zivile Konfliktbearbeitung im Schatten des Terrors. Rehburg-Loccum 2003, S. 44ff

breiteten Verfall von Staaten beitragen. Neben dem regulären Sektor der Wirtschaft gibt es danach den informellen und den kriminellen Sektor. Ebenso in einzelnen Volkswirtschaften wie in der Weltwirtschaft.

Unter dem regulären Sektor versteht er den Teil der Wirtschaft, der durch eine rechtliche Ordnung gekennzeichnet ist, der transparent ist, der Steuern für die Reproduktion des Staates zahlt. Diesen Sektor gibt es aber nicht mehr in Reinform, in ihm gibt es Vermischungen mit dem informellen Sektor durch die Inanspruchnahme von illegalen Dienstleistungen durch Schwarzarbeit z. B. durch illegale MigrantInnen. Dieser Bereich ist ständig von Korruption bedroht, weil wirtschaftskriminelle Akteure die Erträge ihrer illegalen Geschäfte gern in den regulären Sektor einschleusen würden, um an Devisen zu kommen. Der reguläre Sektor hat nicht mehr genügend Wachstumsraten, um der Nachfrage nach Arbeitsplätzen nachkommen zu können.

Der zweite Sektor, der informelle, entsteht prinzipiell durch Schwarzarbeit. Aus diesem kommen keine Steuergelder. Laut Lock arbeitet der größte Teil der erwerbsfähigen Weltbevölkerung in solch informellen Verhältnissen. Dieser Sektor wächst – auch mangels regulärer Arbeitsplätze – sehr schnell. Das führt dazu, dass die Bevölkerungsmehrheit der Welt ganz unzureichend mit öffentlichen Gütern, etwa Schulen, Krankenhäusern, Infrastruktur versorgt ist, „denn die einfache Formel lautet, ohne Steuern kein Staat und ohne Staat keine öffentlichen Güter.“¹² Da dieser Sektor sich außerhalb der Reichweite rechtsstaatlicher Institutionen befindet, ist er sehr in Gefahr, von gewaltkriminellen Akteuren kontrolliert zu werden.

Das führt zu dem dritten, dem kriminellen Sektor, dessen Akteure transnational vernetzt sind und in dem Drogengeschäfte einen großen Teil ausmachen. In diesem Bereich fehlen naturgemäß jegliche rechtsstaatliche Regelungen, die Geschäftsgrundlage sind hier Gewaltverhältnisse, manifeste und latente. Steuern kommen aus diesem Sektor selbstredend nicht, denn der kriminelle Sektor hat ein Interesse an schwachen Staaten, die kaum die Möglichkeit haben, kriminelle Akteure in ihren Geschäften zu stören. Manchmal ist es eher umgekehrt, dass kriminelle Akteure sich Teilen von Staatsorganen oder ganzer Staaten bemächtigen.

12 Lock, S. 48

Eine klare Trennung kann zwischen den Sektoren nicht vollzogen werden, schon gar keine geografische. Alle drei Sektoren kommen auch in den nördlichen reichen Industriegesellschaften vor.

Das Modell der drei Sektoren kann helfen, die Erosion von Staatlichkeit zu verstehen. Es kann auch erklären, warum bewaffnete Konflikte so lang andauern und geradezu zu einer eigenständigen Produktionsweise mutieren können, wenn privatisierte Gewaltunternehmer die Oberhand gewonnen haben, denn der Krieg ist ihre Existenzgrundlage, und mit der Schwäche der Staaten entfällt häufig die Möglichkeit rechtsstaatlicher Konfliktschlichtung.

Die Grenzen zwischen politischen und ökonomischen Gründen, einen Krieg möglichst zu verlängern, sind dabei fließend. Sie können sich auch innerhalb einer Rebellengruppe im Lauf der Zeit ändern. Ursprüngliche politische Motivation kann sich auf ökonomische reduzieren, wenn die Akteure keinen Weg mehr zurück in eine Existenz ohne Gewalt sehen können. Die Gewalt ist dann zum Selbstzweck geworden, zur Lebensform. Akteure, die diesem „Autismus der Gewalt“ erlegen sind, sind im Prinzip für politische Lösungen nicht mehr erreichbar, sie sind friedensunfähig geworden.¹³

Ulrich Schneckener hat vorbehaltlich von Grauzonen und schleichenden Übergängen in einer Tabelle die privaten Gewaltakteure und ihre Motive zu ordnen versucht.¹⁴

13 Vgl. Schneckener, Ulrich: Warum manche den Frieden nicht wollen? Eine Soziologie der „Störenfriede“ In: Callies, S. 65

14 Schneckener, S. 67

Tab. 2 *Tabelle: Private Gewaltakteure*

	Territorial vs. nicht-territorial	Physische vs. Psychische Gewaltanwendung	Kombattanten vs. Nicht-Kombattanten	Politische vs. ökonomische Motivation
Guerilla- bzw. Rebellenbewegung	Territorial	Physisch	Kombattanten	Politisch
Terrororganisationen	Nicht-territorial	Psychisch	Nicht-Kombattanten	Politisch
Kriegsherren/ Warlords	Territorial	Physisch/ Psychisch	Nicht-Kombattanten	Ökonomisch
Organisierte Kriminalität	Nichtterritorial	Psychisch	Nicht-Kombattanten	Ökonomisch

Mit Akteuren, die aus politischen Gründen einen Frieden ablehnen, z. B. weil er ihnen ungerecht und damit nicht tragfähig erscheint, oder Akteuren, die im Falle eines Friedensschlusses Diskriminierung oder Marginalisierung befürchten, bestehen sehr viel größere Chancen, auf Dauer zu einer Friedenslösung zu kommen, als mit ökonomisch motivierten Gewaltunternehmern.

Die Hoffnung vom Anfang der 90er Jahre, Krieg könne nach dem Ende der Bipolarität endgültig obsolet geworden sein, hat sich nicht erfüllt. Stattdessen stehen wir gegenwärtig vor einer Vielzahl unübersichtlich gewordener bewaffneter Konflikte mit ungeheuren Opferzahlen, in denen es kaum noch eine Unterscheidung zwischen Zivilisten und Kombattanten gibt und die sich durch die Form der Terroranschläge auch geografisch nicht mehr eingrenzen lassen.

Ob und unter welchen Bedingungen Zivile Konfliktbearbeitung etwas zur Lösung dieses bedrückenden Problems beitragen kann, soll in den folgenden Kapiteln erörtert werden.

4 Zivile bzw. gewaltfreie Konfliktbearbeitung durch staatliche und nicht-staatliche Institutionen

4.1 Zivile Konfliktbearbeitung: ein neuer Begriff – auch ein neuer Weg?

Zivile Konfliktbearbeitung ist „die Bearbeitung von Konflikten ohne die Anwendung direkter Gewalt mit dem Ziel, eine Regelung oder Lösung zu finden, die die Interessen aller Konfliktparteien berücksichtigt“. Diese Definition von Christine Schweitzer¹ hat den Vorteil, trotz ihrer Präzision allgemein genug zu sein, um alle Varianten dieses Begriffes umfassen zu können.

Der Begriff der Zivilen Konfliktbearbeitung (ZKB) und das Konzept, dass sich dahinter verbirgt, haben sich in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts, also vor gut zehn Jahren, herausgebildet. Viele Methoden innerhalb dieser Konfliktbearbeitung gibt es schon lange. Mit ihnen sind schon viele Erfahrungen gemacht worden. Neu ist aber ihre Zusammenfassung und ihr systematischer Einsatz als Alternative zu gewaltförmigen Vorgehensweisen in der Politik. Sie steht trotz wachsender Professionalisierung noch am Anfang und befindet sich in einem sehr dynamischen Entwicklungsprozess, der noch lange nicht an sein Ende gekommen ist. Die Möglichkeiten, die in darin stecken könnten, sind noch nicht annähernd ausgereizt.²

Zivile bzw. gewaltfreie Konfliktbearbeitung kann es auf jeder gesellschaftlichen Ebene geben. Zwischen zwei Menschen, in kleineren Gruppen, in größeren innergesellschaftlichen Gruppen. Das sei hier erwähnt, soll aber für diese Arbeit keine Rolle spielen, denn hier geht es um die Makroebene, um Großgruppenkonflikte, innerstaatliche oder internationale.

Einige wichtige Unterscheidungen müssen in den Begrifflichkeiten gemacht werden:

1 Schweitzer, Christine: Zivile Konfliktintervention. In: Fuchs, Albert; Sommer, Gert: Handbuch der Konflikt – und Friedenspsychologie. Weinheim 2004 S. 512ff

2 Vgl. Brinkmann, Cornelia: Zivile Konfliktbearbeitung – Friedensfachdienst – Ziviler Friedensdienst. Begriffe und Bezüge. In: Evers, Tilman (Hrsg.) Ziviler Friedensdienst, Opladen 2000, S. 35

„Zivil“ soll hier im dem weiteren Sinne von „nicht-militärisch“ verstanden werden. Bestimmte Zwangsmittel und polizeiliche Maßnahmen gehören danach mit in den zivilen Bereich. Das bedeutet, dass Zivile Konfliktbearbeitung nicht per se gleichzusetzen ist mit gewaltfreier Konfliktbearbeitung. Darüber, wie gewaltfreie Konfliktbearbeitung exakt zu definieren sei, besteht nach Auskunft von Christine Schweitzer noch kein allgemeiner Konsens. Als kleinster gemeinsamer Nenner lässt sich aber sagen, dass der Einsatz von Zwangsmitteln jeglicher Art innerhalb der gewaltfreien Konfliktbearbeitung nicht möglich ist.

Grundlegend ist die Unterscheidung der beiden Formen ZKB:

1. Zum einen die *Konfliktaustragung*: Sie meint die Bearbeitung eines Konfliktes durch die betroffenen Parteien selbst.
2. Zum anderen die *Konfliktintervention*, die die Bearbeitung eines Konfliktes durch dritte, externe Parteien meint.

Diese externen Parteien sind wiederum danach zu unterscheiden, ob ihr Eingreifen parteilich für eine Konfliktpartei oder unparteilich ist. Solidaritätsbewegungen, etwa die Anti-Apartheids-Bewegung, standen meist auf der Seite der schwächeren, unterdrückten Konfliktpartner und hofften, durch eine Stärkung dieses schwächeren Parts einer guten Lösung für alle näher zu kommen. Bei vielen gegenwärtigen Konflikten ist die Lage oft so kompliziert, dass eine eindeutige Parteinahme für Außenstehende oft gar nicht möglich oder sinnvoll ist.

In jedem Fall stellt sich ZKB die Aufgabe:

- Gewalt zu mindern oder möglichst zu verhindern
- die Inhalte des Konfliktes zu bearbeiten
- die dem Konflikt zugrundeliegenden Strukturen, Denk- und Verhaltensweisen so zu verändern, dass Frieden wieder möglich wird.³

Konflikte werden dabei grundsätzlich als positiv angesehen, da sie notwendige Veränderungen voranbringen können. Die BefürworterInnen der ZKB folgen der von vielen Sozialwissenschaftlern vertretenen These, nach der Konflikte, wenn sie konstruktiv ausgetragen werden, in einer Gesellschaft integrierend wirken. Nicht die Konflikte sollen vermieden werden, sondern

3 Vgl. Schweitzer, Christine: 2004 S. 512

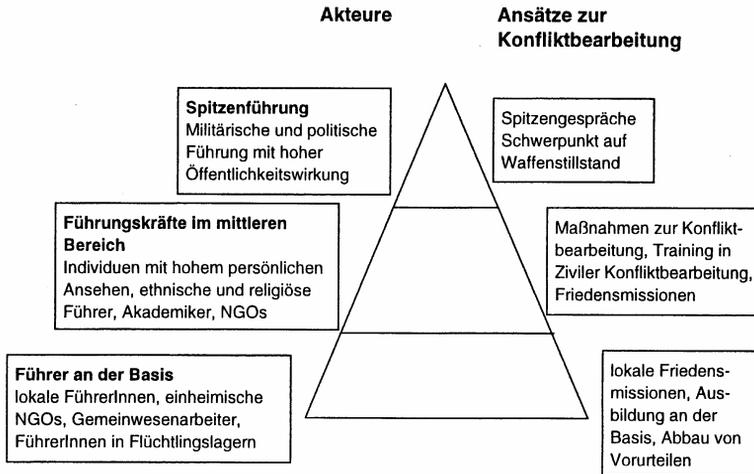
ihre gewaltsame Austragung. Cornelia Brinkmann weist darauf hin, dass es darum nicht sinnvoll ist, von Konfliktprävention zu sprechen, wie der englische Ausdruck *Conflict prevention* nahe legt, sondern dass genauer von „Gewaltprävention“ gesprochen werden sollte.⁴ Wer sind nun die möglichen Akteure der Zivilen Konfliktbearbeitung?

Es können Staaten und Regierungen wie auch nicht-staatliche Akteure sein. Auf der staatlichen Ebene können es individuelle Staaten oder internationale Organisationen wie die UNO, die OSZE, die EU etc. sein. Auf der nicht-staatlichen Ebene können es NGOs, Netzwerke, Bewegungen, politische Parteien, religiöse Organisationen, Medien etc. sein, die entweder von außen kommen oder aus den betroffenen Ländern selbst, wo sie sich als interne Akteure oft mit der Unterstützung von Externen engagieren. Für diese Vielfalt der Akteure wurde 1993 von Louisa Diamond und Botschafter John McDonald der Begriff der „Multi-track-Diplomacy“ eingeführt, weil die Unterscheidung von Track 1-Diplomatie (Regierungen) und Track 2-Diplomatie (alle anderen) als Unterscheidung nicht mehr ausreichte.

Das unten stehende Schaubild von John Paul Lederach⁵ macht deutlich, dass die Akteure aus allen gesellschaftlichen Ebenen kommen können und sollten, aber unterschiedliche Aufgaben haben. Je mehr Akteure auf den unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen einbezogen sind, desto besser ist der Friedensprozess verankert.

4 Vgl. Brinkmann, S. 36

5 zitiert nach Brinkmann, S. 39



(Lederach, in: Freise/Fricke, S. 46)

Die Beobachtung und Erforschung von Gewaltkonflikten hat gezeigt, dass sie trotz ihrer jeweils besonderen Konstellationen Gemeinsamkeiten in ihrem Verlauf zeigen. Bestimmte Phasen werden durchlaufen, unabhängig davon, ob ein Konflikt Monate oder Jahre dauert.⁶

Gewaltkonflikte beginnen mit einer Latenz- oder Entstehungsphase, in der sich „normale“ Konflikte zuspitzen. In der dann folgenden Eskalationsphase wird die Schwelle der Gewalt immer häufiger überschritten, bis sie schließlich in der Austragungsphase oder akuten Gewaltphase voll zum Ausbruch kommt. In der Deeskalations- oder Abschwungphase lässt die Intensität der Gewalt nach, bis die Konfliktpartner in der post-conflict- oder Konsolidierungsphase zur vorwiegend nicht-gewaltsamen Konfliktaustragung zurückfinden.

Die Konfliktphasen auf einen Blick:

Entstehungs-Phase	Eskalations-phase	Austragungs-Phase	Deeskalations-phase	Konsolidierungsphase
-------------------	-------------------	-------------------	---------------------	----------------------

6 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Evaluierung der Aufbauphase des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) Bonn 2002, S. 25 und Brinkmann, S. 38

In jeder Phase des Gewaltkonfliktes gibt es Chancen einzugreifen und zu versuchen, die Gewalt zu verhindern, zu reduzieren oder zu beenden. Die ZKB verfügt dafür mittlerweile über ein ansehnliches Instrumentarium, über das im Folgenden ein Überblick gegeben werden soll.

4.2 Überblick über schon vorhandene Instrumente ziviler Konfliktintervention in internationalen Konflikten

Manche Instrumente der ZKB gab es schon immer, andere haben in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Die hier dargestellten Methoden⁷ sind immer Eingriffe von Dritten, von externen Parteien, aber nicht immer unparteilichen. Es handelt sich um Instrumente, die teils von staatlicher, teils von nicht-staatlicher Seite eingesetzt werden können oder von beiden gleichermaßen.

Aufbau von Frühwarnsystemen:

Durch direkte Beobachtung vor Ort sollen möglichst genaue Daten über einen Konflikt gesammelt werden mit dem Ziel, rechtzeitig vor seinem möglichen gewaltsamen Ausbruch vermittlungsbereite Regierungen oder NGOs zu informieren, damit sie eingreifen können. Eine solche Arbeit macht zum Beispiel das Konfliktverhütungszentrum der OSZE in Wien, das Erkundungs- und Berichterstattemissionen in Konfliktgebiete entsendet.

Fact-Finding (Tatsachenermittlung):

Unter „Fact-Finding“ versteht man die Entsendung von ExpertInnen, die Tatsachen über den Konfliktgegenstand, die Anliegen der Konfliktparteien und die Gefahren der Eskalation ermitteln. Daraus wird ein Bericht gemacht, der alle Seiten des Konfliktes berücksichtigen soll. Er kann als Verhandlungsgrundlage und als Grundlage zur Erarbeitung von Lösungen dienen. Oft kommt die Anfrage nach einer Fact-Finding-Mission von einer Konfliktpartei. Auch in diesem Bereich betätigt sich die OSZE.

7 Vgl. Smidoda, Iris: Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung in internationalen Konflikten. In Evers, 2000, S. 78-85 Schweitzer, Grundbegriffe S. 4, Friedensgutachten 2003

Monitoring:

Darunter versteht man die Beobachtung und Überwachung von strittigen Ereignissen in Konfliktregionen durch Außenstehende. Dazu gehört die Wahlbeobachtung, die demokratisch ablaufende Wahlen gewährleisten soll oder die Beobachtung von Gerichtsverfahren, um ein faires Verfahren zu sichern. Manche Delegationen haben die Aufgabe, durch ihr Monitoring Menschenrechtsverletzungen zu verhüten, zumindest aber, wenn das nicht gelingen konnte, diese Verletzungen der Weltöffentlichkeit kundzutun.

Schutz gefährdeter Personen:

Besonders exponierten Personen, beispielsweise MenschenrechtsaktivistInnen wird von NGOs Schutz vor Repression angeboten. Sie werden dann ständig begleitet. Die Anwesenheit ausländischer BegleiterInnen bietet diesen Schutz, besonders dann, wenn sie aus Staaten kommen, die als mächtig wahrgenommen werden, wie z. B. Westeuropa oder die USA. Immer muss befürchtet werden, dass das, was geschieht, öffentlich wird und zu internationalem Druck führen könnte. Es ist die Arbeitsweise von Peace Brigades International. Auch das Balkan Peace Team hat z. T. so gearbeitet. (s. u.)

„Stille Diplomatie“ und „Gute Dienste“:

Unter „Stiller Diplomatie“ versteht man Bemühungen, durch das Übermitteln von Informationen indirekte Kontakte zwischen den Konfliktparteien zu etablieren. Sie finden im Geheimen statt.

„Gute Dienste“ schaffen die logistischen Voraussetzungen für direkte Gespräche, z. B. durch Übernahme von Reisekosten, Sicherheitsgarantien für DelegationsteilnehmerInnen, Bereitstellen eines Verhandlungsortes usw.

Mediation:

Das ist ein Vermittlungsverfahren, bei denen eine dritte Partei die Leitung eines Verfahrens der Konfliktbearbeitung hat. Die Mediatoren gewährleisten das Verfahren, die Inhalte müssen aber von den Konfliktparteien bearbeitet werden.

Mediation findet in drei unterschiedlichen Formen statt:

Bei der „Facilitation“ besteht die Aufgabe des Facilitators darin, u. a. durch separate Gespräche die Voraussetzungen für Verhandlungen zu schaffen und

die Konfliktgegner zur Kommunikation zu ermutigen. Seine oder ihre Aufgabe besteht darin, die Situation zu klären.

Bei der non-direktiven, der klassischen Mediation bestimmt der Mediator die Kommunikationsregeln, strukturiert die Verhandlungen und versucht, festgefahrene Positionen zu lösen und die Gegner dazu zu bewegen, sich allmählich als Partner bei der Lösung eines gemeinsamen Problems zu begreifen. Jimmy Carter ist für seine Fähigkeit, in diesem Stil zu mediieren, bekannt geworden.

Bei der „Power“-Mediation werden Machtmittel eingesetzt, die nur Großmächten zur Verfügung stehen. Es wird massiv mit Belohnungen oder Drohungen eingegriffen, um einen Krieg zu beenden oder noch zu verhindern.

Consultation (Konsultation):

Hier geht es weniger um die Inhalte, sondern darum, die Beziehungen zwischen den Konfliktparteien soweit zu verbessern, dass sie überhaupt miteinander reden können. Die Methode wird angewandt bei Konfliktparteien, die aufgrund von Gewalterfahrungen unter kollektiven Traumata leiden, die bearbeitet werden müssen. Oft ist das die Voraussetzung für eine nachhaltige Transformation eines Konfliktes. Die Teilnehmenden an solchen Konsultationen sollen aus Gruppen kommen, die später in der Lage sind, den Vermittlungsprozess weiter zu verbreiten. Das sollen nicht unbedingt die politischen Eliten sein.

Stärkung der Konfliktbearbeitungskompetenz der Konfliktparteien:

Das geschieht z. B. in Trainings, in denen die Menschen ihre Kompetenz, Konflikte ohne Gewalt zu bearbeiten, erweitern können, lernen können, deeskalierend zu wirken, sich selbst zu behaupten usw. Das Spektrum reicht von der Beratung von Konfliktparteien in Verhandlungen bis zur Friedenserziehung von Kindern und Jugendlichen, wie es z. B. in gemeinsamen Zeltlagern des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“ im ehemaligen Jugoslawien geschieht oder im „Quaker and Education Program“, das sich um eine Verständigung zwischen katholischen und protestantischen Jugendlichen in Nordirland bemüht.

Schiedsgerichtsbarkeit:

Internationale Gerichte mit Bedeutung für die friedliche Streitbeilegung sind z. B. der Internationale Gerichtshof in Den Haag, der Vergleichs- und Schiedsgerichtshof der OSZE, der Internationale Gerichtshof für Menschenrechte und neuerdings der Internationale Strafgerichtshof. Dazu gehört allerdings, dass die Befolgung eines Gerichtsurteils notfalls erzwingbar sein muss. „Es handelt sich also nicht zuletzt um ein Machtproblem“, schreibt Patricia Schneider im neuesten Friedensgutachten (2003), „Zwar ist Macht ohne Recht Despotie, aber Recht ohne Macht nur eine Farce.“⁸

Auch wenn es gerade an diesem Punkt noch große Defizite gibt, gibt es auch eine Reihe erfolgreich umgesetzter Urteile.

Positive und negative Sanktionen gegen Konfliktparteien:

Positive Sanktionen können z. B. Wirtschaftshilfen sein oder die Aussicht, bei Einhaltung der Menschenrechte in einen bestimmten Staatenbund aufgenommen zu werden. Negative Sanktionen sind umstritten, weil die Gefahr besteht, dass sie zwar nicht militärisch, aber indirekt gewalttätig sind. So sind durch die ökonomischen Sanktionen gegen den Irak offiziellen Zahlen der Vereinten Nationen zufolge zwischen 1991 und 1996 fast 600 000 Kinder ums Leben gekommen.⁹

Die AutorInnen des aktuellen Friedensgutachtens empfehlen daher eine Weiterentwicklung der multilateralen Sanktionspolitik zu sogenannten „smart sanctions“, die zielgenauer sein sollten als pauschale Handelsembargos, welche eher die Bevölkerung trafen als ihre despotischen Herrscher.¹⁰

Hilfe bei der Bewahrung des nach dem Konflikt erreichten Friedens:

Das Spektrum der Möglichkeiten ist hier für staatliche wie für nicht-staatliche Organisationen groß: Aufbauhilfe, Entwicklungshilfe, Flüchtlingshilfe, humanitäre Hilfe können zur Stabilisierung des Friedens beitragen. Hilfen beim Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen können Staatlichkeit (wieder)herstellen. Auf staatlicher Seite übernimmt die Arbeit häufig

8 Schneider, Patricia: „Frieden durch Recht – Internationale Gerichtsbarkeit und gewaltfreie Konfliktregelung. In: Hauswedel, Corinna; Weller, Christoph; Ratsch, Ulrich; Mutz, Reinhard; Schoch, Bruno (Hrsg.): Friedensgutachten 2003, Münster 2003, S. 259

9 Vgl. Schweitzer, S. 4

10 Vgl. Friedensgutachten S.10

die OSZE, auf nicht-staatlicher Seite engagieren sich eine Reihe von NGOs, Friedens- und Entwicklungsgruppen mit Einsätzen von Freiwilligen.

Boutros Boutros-Ghali, von 1992-1996 Generalsekretär der UNO, hat durch seine „Agenda for Peace“, die er 1992 vorlegte, die Begriffe Peacekeeping, Peacemaking und Peacebuilding bekannt gemacht. Er hatte sie von Johan Galtung übernommen und weiterentwickelt. Zusammen mit dem Begriff „preventive diplomacy“, also vorbeugende Diplomatie – haben sie sich in der Fachwelt durchgesetzt.¹¹

Die oben vorgestellten Instrumente lassen sich nicht immer eindeutig einem dieser Begriffe zuordnen, sie sind z. T. für verschiedene Bereiche einsetzbar.

Vorbeugende Diplomatie meint Maßnahmen, die die Eskalation von bestehenden Streitigkeiten zu gewaltsamen Konflikten verhindern sollen.

Peacemaking (Friedensschaffung) hat das Ziel, die Inhalte des Konfliktes zu bearbeiten und die verfeindeten Parteien zu einer Einigung zu bringen, möglichst mit friedlichen Mitteln.

Peacekeeping (Friedenssicherung) will schon ausgebrochene Gewalt verhindern, einschränken, durch (bewaffnete) Kontrolle und gegebenenfalls Trennung der Konfliktparteien.

Peacebuilding (Friedenskonsolidierung) will Strukturen schaffen oder fördern, die geeignet sind, den erreichten Frieden zu festigen. Die strukturellen Ursachen des Konfliktes sollen bearbeitet werden, um den Frieden dauerhaft zu machen.

Diese Strategien müssen nicht unbedingt in einer bestimmten zeitlichen Abfolge ablaufen. Welche Strategie wann eingesetzt wird, muss anhand der konkreten Konflikte entschieden werden. Sie schließen auch nicht von vornherein militärische Maßnahmen, z. B. bewaffnete Blauhelmeinsätze (Robuste Mandate) aus, sind aber auch als zivile Strategien einsetzbar.

Cornelia Brinkmann hat unter Zuhilfenahme einer Tabelle von Th. Wissing eine erweiterte Tabelle erarbeitet, die die Handlungsstufen und Beispiele von Instrumenten der Zivilen Konfliktbearbeitung in Beziehung setzt zu den Handlungsstufen der „Agenda for Peace“. Sie hat dabei bewusst die militäri-

11 Vgl. Boutros -Ghali, Boutros: Wider die Tyrannei der Dringlichkeit. Die Agenden für Frieden, Entwicklung und Demokratisierung. Hamburg 2000, S. 29

sche Option (peace enforcing = Erzwingung des Nicht-Gebrauchs von Waffen) mit hineingenommen, weil sie damit deutlich machen wollte, „wie begrenzt deren Funktion beim Erhalt oder der Wiederherstellung von Frieden allenfalls sein kann.“¹²

Tab. 3 *Handlungsstufen und Instrumente Ziviler Konfliktbearbeitung*

Handlungsstufen der „Agenda for Peace“	Entwicklungsphasen von gewalttätigen Konflikten	Aktivitäten internationaler Akteure	Aktivitäten von NGO's	Handlungskategorie
preventive diplomatie Vorbeugende Diplomatie (Prävention)	Entstehungsphase Eskalationsphase	<ul style="list-style-type: none"> - stille Diplomatie - gute Dienste - Verhandlung - Konsultation - Boykott, Embargo 	<ul style="list-style-type: none"> - Vermeidung von Streitigkeiten - Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen, Empowerment, - Dialog und Begegnungsprogramme - Ziviler Friedensdienst 	zivil
Peace making Friedensschaffung	Austragungsphase	<ul style="list-style-type: none"> - Vermittlung - Verhandlungen - bewaffnete Blauhelmeinsätze 	<ul style="list-style-type: none"> - Mediation, - Personenschutz für Menschen, - Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen, - Öffentlichkeit herstellen 	zivil
Peace enforcing Friedenserzwingung	Austragungsphase	<ul style="list-style-type: none"> - militärische Friedenserzwingung 	<ul style="list-style-type: none"> - Humanitäre Hilfe, - Flüchtlingsbetreuung - Gefangenenbetreuung 	militärisch (nur GO's)
Peace keeping Friedenssicherung	Deeskalationsphase	<ul style="list-style-type: none"> - Demilitarisierung, - policing, -bewaffnete Überwachung, - Vermittlung, - Konsultation, - Wahrheitskommissionen, - UN-Gerichtshof 	<ul style="list-style-type: none"> - Humanitäre Hilfe, - Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen, - Mediation, - Reintegration von Flüchtlingen, - Wiederaufbau, - Ziviler Friedensdienst 	zivil
Post conflict peacebuilding Friedenskonsolidierung	Konsolidierungsphase	<ul style="list-style-type: none"> - Wiederaufbau, - Reintegration von Ex-Kombattanten, - Wahlbeobachtung, - Aufbau eines Rechtssystems, - nachholende Staaten- und Nationenbildung 	<ul style="list-style-type: none"> - Rehabilitation und Wiederaufbau, - Abkommen/ Vereinbarungen, - Versöhnungsarbeit, - Entwicklungszusammenarbeit, - Reintegration von Ex-kombattanten, - Demokratisierung, - Ziviler Friedensdienst 	zivil

12 Brinkmann, S. 37f

Die Organisationen Ziviler Konfliktbearbeitung, die in dieser Arbeit vorgestellt werden, haben Erfahrungen in allen Konfliktphasen, überwiegend aber in den Konsolidierungsphasen der jeweiligen Konflikte.

4.3 Zivile Konfliktbearbeitung durch NGO's: Konzepte und Erfahrungen

4.3.1 Definitionen

Die Bezeichnung NGOs (Non-governmental Organizations, Nicht-Regierungsorganisationen) macht zunächst nur eine Aussage darüber, was eine Organisation nicht ist und beschreibt ein sehr weites, ungenaues Spektrum an Gruppen.

Tanja Brühl hat für den Diskurs um die ZKB den Begriff präzisiert: „... unter einer NGO (wird hier) eine nicht profitorientierte, nicht gouvernementale Organisation verstanden, die Menschen repräsentiert, formal organisiert ist (also keinen ad hoc-Zusammenschluss darstellt) und ein eigenes konstitutionelles Arrangement besitzt.“¹³ In diesem Sinn soll der Begriff auch in dieser Arbeit verwendet werden.

NGOs, die sich für den Frieden und die Zivilisierung der Konfliktaustragung einsetzen, gibt es schon mehr als hundert Jahre. (s. u. Pkt 4.3.3.1) Von Anfang an hatten NGOs entscheidenden Anteil an der Entwicklung der ZKB. Sie waren es, die diese Möglichkeit in die öffentliche Diskussion brachten und ein entsprechendes Handeln von der Politik einforderten. Neu ist, dass in den letzten 40 Jahren die Zahl der NGOs weltweit enorm gestiegen ist. Brühl berichtet, dass allein 5 500 von ihnen international agieren, Evers spricht sogar von 10 000¹⁴. Nicht nur ihre Zahl, auch ihr Einfluss hat erheblich zugenommen. Kein Gipfeltreffen von Politikern ohne einen von den NGOs organisierten „Gegengipfel“. Aber auch innerhalb der großen Weltkonferenzen kommen sie stärker als früher zu Wort. Für die ZKB sind sie nach dem heutigen Stand unverzichtbar.

Mit der zunehmenden Professionalisierung der ZKB sind zwei Begriffe entstanden, die genauere Unterscheidungen in diesem Umfeld treffen.¹⁵ 1996

13 Brühl, Tanja: Konfliktbearbeitung durch NGOs: Chancen und Grenzen. In: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.): Friedenskultur statt Kulturkampf. Baden-Baden 1999, S. 106

14 Evers, S. 105

15 Vgl. Brinkmann, S. 41ff

entstand der Begriff des „Friedensfachdienstes“. Er meint ZKB auf einer professionellen Stufe in zivilgesellschaftlicher Trägerschaft, die von dafür besonders qualifizierten MitarbeiterInnen durchgeführt wird, den „Friedensfachkräften“.

Wenn von Friedensfachdienst gesprochen wird, setzt das immer eine mindestens mehrwöchige, wenn nicht mehrmonatige Qualifizierung voraus. Dadurch entsteht mittlerweile in Umrissen ein neues Berufsbild, eine Zusatzqualifizierung, die parallel zum schon vorhandenen Beruf erworben wird. Es ist eine zeitweise ausgeübte Tätigkeit, vergleichbar den EntwicklungshelferInnen. Der weiter unten beschriebene Zivile Friedensdienst ist nach diesen Kriterien ein Friedensfachdienst in der besonderen institutionellen Form einer public-private-partnership.

Die MitarbeiterInnen der im folgenden vorgestellten Organisationen und Institutionen verfügen alle über ein Training/eine Qualifizierung im oben beschriebenen Sinne.

4.3.2 *Balkan Peace Team*

Das Balkan Peace Team (BPT) war eine nicht-staatliche Organisation, die von 1993-2001 bestand¹⁶ und die in dieser Zeit – ab 1994 – etwa 50 Freiwillige ins ehemalige Jugoslawien entsandte. Diese kleinen Freiwilligen-Teams wollten einen Beitrag dazu leisten, die Gewalt in den dortigen Auseinandersetzungen zu mindern, in dem sie sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzten, den Dialog zwischen gegnerischen Gruppen beförderten u.a.m.. Ihr Bezugspunkt war dabei die gesellschaftliche Basis, die Unterstützung von friedenswilligen Menschen vor Ort.

Teams von zwei bis drei Personen lebten zu diesem Zweck ein halbes bis zu anderthalb Jahren in Kroatien und in Serbien/Kosovo/a.¹⁷ Sie nahmen Kontakt auf zu ortsansässigen AktivistInnen, die sich um einen friedlichen Weg, um Demokratisierung, Menschenrechte und Gewaltfreiheit bemühten, um deren Arbeit zu unterstützen. Sie demonstrierten durch ihre Anwesenheit bei Ereignissen, bei denen die Einhaltung der Menschenrechte nicht gewähr-

16 Der französische Zweig des Balkan Peace Teams „Equipe de Paix dans les Balkans“ arbeitet weiter.

17 Ich habe die Schreibweise „Kosovo/a“ vom Balkan Peace Team übernommen, weil es mich überzeugt hat, dieses Wort auf diese Weise gleichzeitig serbisch und albanisch auszudrücken und damit nicht schon in der Sprache festzulegen, wer ein größeres Recht habe, dort zu leben.

leistet war, dass die internationale Öffentlichkeit beobachtete, was geschah, z. B. bei der Räumung von Häusern oder Gerichtsverfahren in Kroatien oder bei Demonstrationen und Mahnwachen in Belgrad. Nach der Rückeroberung der Krajina durch Kroatien im Jahr 1995 begleiteten sie AktivistInnen, die dort Feldbesuche machten in der Hoffnung, dass diese Begleitung einen gewissen Schutz bot. Sie besuchten darüber hinaus selber Dörfer, um zu erfahren, wie es den dort gebliebenen SerbInnen erging und auch, um internationale Präsenz zu demonstrieren. So erkundeten sie Tatsachen (ebenso in Ost-Slawonien und Bosnien) und informierten durch regelmäßige Berichte die Öffentlichkeit über Ereignisse, die weder von der offiziellen kroatischen Presse noch sonst von den Medien gebracht wurden.

Sie unterstützten die AktivistInnen, indem sie Verbindungen herstellten zu Ortsbehörden, zu internationalen Büros und Botschaften von UN, NATO, EU, OSZE, zu NGOs und Stiftungen. Das BPT hatte eine Brückenfunktion bei der Vermittlung von Kontakten zu Gruppen und Einzelnen der „anderen Seite des Konflikts“. Dabei konnten sie sichere, neutrale Orte für Treffen zur Verfügung stellen, z. B. die eigene Wohnung. Unterstützung geschah auch durch Übersetzungen, Hilfe beim Umgang mit Computern, Ratschläge für die Durchführung von Kampagnen, Beratung über internationale Mittelbeschaffung u. a..

Gelegentlich wurden Workshops und Trainings durchgeführt, etwa über Gruppenbildung oder mit dem Ziel, gegenseitige Vorurteile zu vermindern. Meistens organisierten die Freiwilligen dafür TrainerInnen, die von außen kamen. Manchmal führten sie sie aber auch selbst durch.¹⁸

Die Schwerpunkte der Arbeit der Teams waren in den beiden Einsatzgebieten Kroatien und Serbien/Kosovo/a unterschiedlich.

In Kroatien war das Thema überwiegend die Einhaltung oder eher die Missachtung der Menschenrechte, weniger die Lösung der dortigen Konflikte.

Bekanntlich hatten die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens 1991 einen Krieg ausgelöst, denn Jugoslawien wollte die Abspaltung dieser Republiken nicht zulassen. Der Krieg in Kroatien war im Winter 1991/92 durch einen Waffenstillstand, der durch die UNO ausgehandelt und

18 Vgl. Clark, Howard; Schweitzer, Christine: Balkan Peace Team – International e.V.: Eine abschließende interne Bewertung seines Funktionierens und seiner Aktivitäten. Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 11 des Bund für Soziale Verteidigung 2002, S. 36

überwacht wurde, beendet worden. Ein Teil Kroatiens, die Krajina, verblieb unter serbischer Kontrolle. Dem Wunsch dieser Menschen, die Republik Krajina als unabhängig von Kroatien zu erklären, wurde zwar nicht stattgegeben, aber das Gebiet wurde zur UN-Schutzzone erklärt. 1995 eroberte Kroatien die Krajina gewaltsam zurück, ohne sich von der UN-Schutztruppe bremsen zu lassen. Ethnische SerbInnen hatten es nun in diesem Gebiet sehr schwer. Die meisten flohen vor den kroatischen Truppen nach Serbien oder Bosnien. Nur wenige blieben im Land. Sie wurden schikaniert, immer wieder physisch angegriffen. Menschenrechtsverletzungen, die nicht zuletzt durch die ortsansässige Polizei begangen wurden, waren an der Tagesordnung.

Aber nicht nur EinwohnerInnen, die ethnisch keine Kroaten waren, waren Einschüchterungen und Schikanen ausgesetzt. Gruppen, die sich um den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft bemühten, sahen sich ebenfalls unter Druck gesetzt. Das betraf Menschenrechtsgruppen, unabhängige Journalisten, Frauengruppen, Friedensgruppen.

1994 kamen die ersten beiden BPT-Teams in Kroatien an. Nach Kontaktgesprächen mit ortsansässigen AktivistInnen eröffneten sie zwei Büros, eines in Split und eines in Zagreb. Sie gaben sich den Namen *Otvorene Oci* – das heißt „Offene Augen“ – und bemühten sich darum, die o. g. Gruppen zu unterstützen. Nach zwei Jahren effektiver und sehr anerkannter Arbeit gab es einen Wechsel im Team in Zagreb. Offenbar gelang die Übergabe der Arbeit vom ersten Team ins zweite nicht. Dem Nachfolge-Team war das Netzwerk, das die VorgängerInnen aufgebaut hatten, nicht bekannt und die Ortsansässigen vertrauten dem neuen Team weniger. Es gelang nicht, die angefangene Arbeit fortzuführen. 1998 schloss das Büro in Zagreb endgültig. Eine Befragung der lokalen AktivistInnen hatte zudem ergeben, dass die Arbeit des BPT nicht mehr so dringend nötig war.

Das Team in Split konnte mit seiner Arbeit zunächst gut Fuß fassen und die vorhandenen Gruppen unterstützen. Nach zwei Jahren hatten sich die Gruppen soweit stabilisiert, dass das Team seine Aufmerksamkeit weiter nach Süden lenkte und sich mit der Rückkehr von SerbInnen, die aus der Krajina geflohen waren, befasste.

Das ungeplante Ende des Büros wurde auch hier durch einen nicht gelungenen Wechsel von einem Team zum anderen verursacht. Das Nachfolgeteam scheiterte an persönlichen Konflikten. Ein Neuanfang schien danach zu mühsam. So schloss auch das Büro in Split 1998.

In dem anderen Einsatzgebiet, in Serbien/Kosovo/a begann die Arbeit ebenfalls 1994. Hier waren die Ermöglichung von Dialogen zwischen den konfliktierenden Gruppen und Konfliktlösung das Hauptthema.

Fünf Jahre vorher, 1989, hatte Belgrad die Autonomie des Kosovo/a aufgehoben und regierte dort nun direkt, mit extrem diskriminierenden Folgen für die albanische Bevölkerung, die 90% der Einwohnerschaft ausmachte. 70% von ihnen verloren ihre Arbeit, AlbanerInnen wurden von Schulen und Universitäten vertrieben oder sie verließen sie aus Protest gegen die Aufhebung der Autonomie. Nach diesen Erfahrungen wollten die albanischen Kosovaren nun ihre Unabhängigkeit von Jugoslawien/Serbien. Ein Grund für Belgrad diese abzulehnen war unter anderem, dass das Kosovo/a eine große Rolle in der Geschichte Serbiens spielte.

Auf gewaltfreie Weise bauten die Kosovo/a-AlbanerInnen ein Parallelsystem in den sozialen Strukturen auf. Das betraf das Erziehungssystem vom Kindergarten bis zur Universität, Krankenhäuser u.a.. Eine freiwillige Besteuerung im Kosovo/a, unterstützt durch Auslands-AlbanerInnen sollte dieses System finanzieren. Die auf Gewaltlosigkeit ausgerichteten AlbanerInnen erhofften sich von der internationalen Gemeinschaft, dass sie Serbien im Zaum halten und ihre Unabhängigkeitswünsche befördern würde, aber das Dayton-Abkommen von 1995, das den Krieg in Bosnien beendete, sah keine Regelung für das Kosovo/a-Problem vor. Das verschärfte die Problematik dort. Der Widerstand im Kosovo/a wuchs, und blieb nicht mehr nur gewaltlos. Es formierte sich die Befreiungsarmee UCK und unternahm seit 1997 bewaffnete Angriffe z. B. auf Polizeistationen. Eine „Sicherheits-Offensive“ von Seiten Belgrads im Frühjahr 1998 und das Massaker von Drenica führte dazu, dass Tausende von Albanern der UCK beitraten und die gewaltsamen Auseinandersetzungen eskalierten.

Wer in dieser Situation dennoch für ein multi-ethnisches Kosovo/a eintrat, musste sehr mutig sein und war sehr in der Minderheit. Kaum jemand sah in diesen Jahren einen Sinn in einem serbisch-albanischen Dialog. Auch innerhalb der serbischen Opposition kümmerten sich nur wenige um diese Problematik.

Als Mitglieder des BPT im April 1994 eine Erkundungsreise ins Kosovo/a unternahmen, um die Möglichkeiten eines Einsatzes zu prüfen, wurde ihnen sehr schnell klar, dass sich alle internationalen Teams dort nur mit Duldung der Belgrader Regierung aufhalten konnten und ein offenkundiger Einsatz für Menschenrechte schnell zur Ausweisung führen konnte. So versuchte das

Team, die Menschenrechtsgruppen zu unterstützen, in dem es daran arbeitete, diejenigen miteinander ins Gespräch zu bringen, die sich auf beiden Seiten des Konflikts, auf serbischer wie auf albanischer Seite gegen die Verletzung von Menschenrechten wandten. Das erste Team war von November 1994 bis Januar 1995 im Kosovo/a. Es war schwierig, die Empfindlichkeiten auf beiden Seiten richtig einzuschätzen. So wurde der gutgemeinte Versuch, durch die Teilnahme an einer Studienreise der serbisch-orthodoxen Kirche durch das Kosovo/a Kontakte zu knüpfen, als Parteinahme missverstanden.

Das zweite Team ging im Februar 1995 nach Pristina, wurde aber schon im darauf folgenden April wieder ausgewiesen, nachdem es zu „Informationsgesprächen“ bei der Polizei einbestellt worden war. Dem Bericht nach war das Team nicht diskret genug und zahlte das entsprechende „Lehrgeld“. Spätere Teams haben aus dieser Erfahrung gelernt und sich entsprechend verhalten. Trotz dieses Fehlers wurde die Anwesenheit dieses zweiten Teams von manchen Kosovaren als Ermutigung erlebt in einer Zeit, in der das Kosovo/a-Problem im Ausland nur erst von wenigen wahrgenommen wurde.

Nach diesen beiden „Fehlstarts“ entschied sich das BPT, ein Büro in Belgrad zu eröffnen und von dort aus im Kosovo/a zu arbeiten. Es gelang über Monate nur sehr schleppend, von da aus Kontakte ins Kosovo/a zu knüpfen, aber Geduld und Durchhaltevermögen wurden belohnt, so dass das Team schließlich für die immer häufigeren Aufenthalte im Kosovo/a eine Wohnung vor Ort anmietete. Durch regelmäßige Besuche und beharrliches Engagement lernte das Team des BPT Einzelne und Gruppen kennen, die zum Dialog mit der jeweils anderen Volksgemeinschaft bereit waren und konnte Verbindungen zwischen ihnen herstellen. So wurde es zu einer Brücke zwischen friedenswilligen Menschen, die sich sonst nicht hätten kennen lernen können. Darüber hinaus konnte es Kontakte vermitteln zu internationalen Journalisten, zu Beamten von Botschaften und anderen internationalen NGOs, die sie unterstützen konnten.

Bekanntermaßen eskalierte die Gewalt im Kosovo/a 1998. Auch nach dem Waffenstillstand im Herbst schien die bis dahin größte OSZE-Mission, die Kosovo-Verification-Mission den Teufelskreis nicht durchbrechen zu können. Ob die Friedensverhandlungen 1999 in Rambouillet auch anders hätten verlaufen können, soll hier nicht diskutiert werden. Fakt ist, dass die NATO im März 1999 Jugoslawien ohne UN-Mandat angriff und das BPT aus Sicherheitsgründen das Land verlassen musste. Das Kosovo/a wurde nach dem Ende des Krieges im Juni 1999 unter internationale Verwaltung gestellt,

die durch die von der NATO geführten 50 000 Mann starken Truppe KFOR gestützt wurde. Das ermöglichte den vielen geflohenen oder vertriebenen AlbanerInnen die Rückkehr ins Kosovo/a, verursachte aber gleichzeitig die Flucht der meisten serbischen Kosovaren. Jetzt leben die im Kosovo/a gebliebenen SerbInnen entweder unter Militärschutz oder in Enklaven.

Als das BPT im August 1999 ins Kosovo/a zurückkehrte, war es geradezu überlaufen von „Internationalen“: internationale Verwaltung, Agenturen und NGOs, die sich alle darum bemühten, eine Zivilgesellschaft aufzubauen. Viele der englisch sprechenden früheren Kontaktpersonen arbeiteten mittlerweile bei gutem Verdienst für die „Internationalen“. Was blieb zu tun für das BPT, das finanziell nicht so gut ausgestattet war, wie viele der nun anwesenden großen NGOs und anderen Agenturen?

Zwei Projekte waren im Gespräch: Im ersten ging es darum „Überlebensgeschichten“ zu sammeln, in denen die jüngsten Erfahrungen der albanischen Bevölkerung festgehalten wurden, ohne damit ethnische Stereotype zu festigen. In den Geschichten hätte davon erzählt werden können, wie selbst auf dem Höhepunkt der sogenannten ethnischen „Säuberungen“ AlbanerInnen von SerbInnen und anderen Minderheiten geschützt worden waren und ihnen Unterkunft gewährt wurde.

Das zweite Projekt war die Gründung eines die Volksgemeinschaften übergreifenden Jugendzentrums. In der abgelegenen Kosovo/a-Gemeinde Dragash richtete das Team im Jahr 2000 dieses multi-ethnische Zentrum ein mit dem Ziel, albanische und slawische moslemische Jugendliche einander näher zu bringen. In der Schule wurden die Jugendlichen in den verschiedenen ethnischen Gruppen getrennt unterrichtet. Über Computerkurse und Englischkurse gelang der Zugang zu den Jugendlichen, die nun in den Kursen auch einmal in ethnisch gemischten Gruppen etwas unternahmen. An den Englischkursen nahmen auch LehrerInnen teil.

Wieder endete die Arbeit des Teams unplanmäßig. Alle fünf Freiwilligen legten im Januar 2001 gemeinsam ihre Arbeit nieder. Diesmal waren nicht Probleme vor Ort der Auslöser, sondern Konflikte zwischen den Freiwilligen und der BPT-Verwaltung in Deutschland, die sich über einen längeren Zeitraum während des Jahres 2000 angestaut hatten. Nicht rechtzeitig überwiesene Sachkosten aus Deutschland waren der berühmte letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte und schließlich sogar zum Ende der gesamten

Arbeit des BPT führte. Davon wird weiter unten im Text genauer die Rede sein.¹⁹

Das Jugendzentrum Dragash bestand auch nach dem Ende des BPT weiter. Drei andere internationale NGOs setzten seine Arbeit fort, u. a. das deutsche Forum Ziviler Friedensdienst. (s. u.)

Ziele und Grundsätze des Balkan Peace Teams

Das Projekt Balkan Peace Team, das ursprünglich unter dem Namen Kosovo Peace Team seinen Anfang nahm, hatte in seinen ersten Entwürfen das Ziel, durch die Entsendung von 100 Freiwilligen in das Kosovo/a dort einen Krieg zu verhindern, also präventiv tätig zu werden.²⁰ Diese Vorstellung wurde aber schon während der Planung zum BPT als zu groß und unrealistisch aufgegeben. Der Beweggrund, dass BPT zu gründen war dennoch, etwas gegen die Nachfolgekriege in Jugoslawien zu tun und an Alternativen zu militärischen Interventionen zu arbeiten. Auf der Mitgliederversammlung (MV) am 2.2.1994 in Paris wurde folgende Zielformulierung angenommen: „Wir, das Balkan Peace Team sind eine NGO mit Erfahrungen in gewaltloser Konfliktlösung und wollen eine friedliche Entwicklung befördern, in dem wir eine ständige Präsenz internationaler Freiwilliger in einigen Krisenregionen aufrechterhalten ... Das Ziel des Balkan Peace Team ist es, an friedlichen Lösungen von Konflikten zu arbeiten, internationales Engagement für den Frieden zu beweisen und zu der Zunahme dieses Engagements beizutragen.“²¹ In der Konkretion verständigte sich die MV auf ganz bestimmte Grundsätze in der Arbeit, die am besten geeignet schienen, dieses Ziel zu erreichen. „Die Prinzipien des Balkan Peace Teams sind Gewaltfreiheit, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit bei starkem Engagement für die Menschenrechte. Das Balkan Peace Team ist zur Zusammenarbeit mit allen Menschen bereit, die sich einer friedlichen Konfliktlösung verpflichtet fühlen, unabhängig von Nationalität und Religion.“

In internen Evaluationen überprüfte das BPT 1998, 1999 und 2001 ²², ob es gelungen war, diese Grundsätze einzuhalten und ob sie sich als sinnvoll erwiesen hatten.

19 Vgl. Clark, Schweitzer 2002, S. 8ff

20 Vgl. Clark, Schweitzer 2002, S. 47

21 zitiert nach Clark, Schweitzer 2002, S. 34

22 Vgl. ebd. S. 5f 1998: Evaluation des BPT durch das BPT-Mitglied Peace Brigades International; 1999 interne Evaluation durch BPT-Mitglieder; 2001 Fragebogen Eric Bachmann

Demnach drückte sich das Prinzip der Gewaltfreiheit darin aus, dass das BPT seine Arbeit auf zivile Basisgruppen und NGOs konzentrierte. Das bedeutete aber nicht, dass es gegenüber dem internationalen Militär Berührungängste hatte. Die Freiwilligen nahmen gelegentlich seine Hilfe in Anspruch, etwa bei der medizinischen Versorgung, bei der Informationsbeschaffung oder schlicht durch das Ausleihen von Landkarten u.a.

- Durch die Mitarbeit in einer Flüchtlingsschutz-Arbeitsgruppe in Kroatien, zu der der Hohe Kommissar der UN alle zwei Wochen einlud, bestand auch Kontakt zur UN und zur OSZE. Insgesamt vermied das BPT aber, mit der EU oder der UN, insbesondere mit deren militärischer Seite identifiziert zu werden. Es wollte ja gerade eine Alternative zur militärischen Intervention darstellen.
- Das Prinzip der Unparteilichkeit war am schwersten zu realisieren. Konsens bestand darüber, dass Unparteilichkeit nicht Neutralität bedeuten konnte. Ein Team von Otvorene Oci brachte es auf den Punkt: „a) Otvorene Oci ist unparteilich, wenn es mit verschiedenen Seiten des Konfliktes zu tun hat und wenn es zur Unterstützung verschiedener NGOs arbeitet, aber Otvorene Oci steht b) parteilich auf der Seite der Menschenrechte ...“²³ In diesem Sinne hatte Unparteilichkeit zwei Dimensionen, eine taktische, die dazu diente, das Vertrauen aller Beteiligten zu gewinnen und eine prinzipielle, die eine gute und faire Lösung für alle anstrebt (win-win-Lösungen), die sowohl Unterdrückte als auch Unterdrücker befreien will.
- Für den Umgang mit Behörden erwies sich das Prinzip als wichtig. Die Zurückhaltung, die sich die Teams in der Abgabe öffentlicher Erklärungen über politische Themen auferlegten, verstärkten die Wahrnehmung, das BPT sei unparteilich. Das dürfte dazu beigetragen haben, dass die öffentlichen Berichte der Teams Beachtung fanden, die sowohl im Land als auch an internationale NGOs, an die UN, an Botschaften verteilt wurden. MitarbeiterInnen von Amnesty international schätzten die Berichte sehr. Oxfam, eine humanitäre Organisation aus Oxford, GB, die sich um Nothilfe und Kriegsofferhilfe kümmert, unterstützte auf die Berichte hin Otvorene Oci mit regelmäßigen kleinen Geldbeträgen. Die österreichische Botschaft in Kroatien fand die Berichte hilfreich.

23 Clark, Schweitzer 2002, S. 38

Dennoch wurde im Koordinationskomitee, (CC²⁴) dem zentralen Leitungsgremium des BPT selbstkritisch gefragt, wieweit es wirklich gelungen sei, soviel innere Distanz zu bewahren, dass alle Seiten „objektiv“ betrachtet werden konnten und ob genügend Kontakte zu allen Seiten hergestellt worden seien. Ein CC-Mitglied schrieb: „... ich denke, dass unsere BerichteschreiberInnen niemals wirklich ‘unparteilich’ waren, wenn sie sich zwischen der Meinung der lokalen Partner und der des Regimes zu entscheiden hatten.“²⁵ Für diese lokalen Partner war es nicht immer leicht, das vorhandene Maß an Unparteilichkeit zu akzeptieren. Einerseits sahen sie die Vorteile, die damit verbunden waren, z. B. die Möglichkeit der Kontaktaufnahme zur anderen Seite, andererseits erwarteten sie mehr Solidarität, mehr aktive Unterstützung und mehr öffentliche Kritik der anderen Seite.

Zusammen mit den Zielen und Grundsätzen wurde von der MV beschrieben, durch welche Methoden und Arbeitsformen sie erreicht bzw. eingehalten werden sollten.

Das BPT sollte

- nach Möglichkeiten des Dialogs zwischen den konfligierenden Gruppen suchen,
- als unabhängiger und unparteiischer Informationskanal aus den Regionen dienen, in dem es alle Sichtweisen reflektierte
- bei der Förderung der Durchsetzung der Menschenrechte helfen
- Workshops in Mediation und gewaltfreier Konfliktbearbeitung anbieten
- als internationaler Beobachter dienen
- Einzelne begleiten und in bedrohlichen Situationen präsent sein.

Auf diese Weise wollte das BPT ortsansässige AktivistInnen in ihrer Arbeit unterstützen, aber es sollte diese Arbeit weder ersetzen noch nachahmen. Das Selbstvertrauen der Betroffenen sollte gestärkt werden, ohne das Abhängigkeiten geschaffen wurden. Daraus ergaben sich zwei wichtige Prinzipien:

1. BPT sollte der Leitung der ortsansässigen AktivistInnen folgen.
2. BPT sollte nur auf Einladung hin arbeiten.

Diese Prinzipien einzuhalten, war für die Teams keine leichte Aufgabe, galt es doch dem Druck, etwas Konkretes tun zu wollen, standzuhalten. Das ge-

24 Coordinating Committee

25 ebd. S. 37

lang nicht immer. Gelegentlich musste das CC die Teams daran erinnern. Insgesamt gesehen wurden sie in den späteren Jahren der Arbeit der Teams nicht mehr so streng beachtet.

Das Balkan Peace Team war über einige Jahre ein erfolgreiches Projekt. Zu einer Zeit, als noch wenig Erfahrung mit gewaltfreier Konfliktbearbeitung vorhanden war, verband es mehrere bekannte Methoden der Gewaltfreiheit zu einem umfassenden Konzept.

Es war über mehrere Konfliktphasen im ehemaligen Jugoslawien präsent. So konnte es auf verschiedenen Gebieten wertvolle Erfahrungen sammeln:

- bei dem Versuch, präventiv tätig zu sein,
- bei dem Bemühen, während der gewaltsamen Eskalation des Konfliktes die Gewalt zu mindern,
- in der Konfliktnachsorge durch Maßnahmen, die die Friedensfähigkeit der Betroffenen fördern konnten,

Gleichwohl wurde die Arbeit im Laufe der Jahre trotz wachsender Erfahrung immer schwieriger und musste schließlich vor der Zeit abgebrochen werden. Wo lagen die Gründe dafür? – Das wollte auch das BPT selber wissen und unternahm zu diesem Zweck eine interne Abschlussevaluation, deren wichtigste Ergebnisse im Folgenden dargestellt werden sollen.

Dauernder extremer Geldmangel²⁶ und strukturelle Mängel werden als hauptsächliche Gründe für das vorzeitige Ende der Organisation genannt. In der Tat arbeiteten alle Beteiligten von Anfang an unter schwierigen Bedingungen.

Das BPT wurde getragen von einem Zusammenschluss von zeitweise 10 Mitgliedsorganisationen²⁷ aus dem sogenannten Graswurzelbereich aus ver-

26 Das Jahresbudget beispielsweise für das Jahr 2000 betrug 300 000 Euro. Es setzte sich zusammen aus eher geringen Mitgliedsbeiträgen (613 Euro jährlich pro Mitgliedorganisation), privaten Spenden, Stiftungsgeldern, Geldern von Kirchen, dem Diakonischen Werk, einer christlichen belgischen Gewerkschaft und Geldern der schweizerischen und britischen Regierung. Manche Mitgliedorganisationen finanzierten darüber hinaus Freiwillige (Österreichischer Friedensdienst, Brethren Service, Quaker Peace and Service.

27 Mitglied waren ständig oder zeitweise: Österreichische Friedensdienste (ÖFD), Brethren Service (Schweiz), Bund für soziale Verteidigung (BSV), Dutch Mennonites working group ex-Yugoslavia, Eirene international, Internationaler Versöhnungsbund (IFoR), Mouvement pour une alternative nonviolente (MAN), Peace Brigades International (PBI), War Resisters International London (WRI). Zeitweise formelle, aber nicht aktive Mitglieder: World Peace and Relief Team (Österreich), Collectif du jumelage des sociétés civiles

schiedenen, meist europäischen Ländern. Dazu kamen acht Einzelpersonen. Für alle Mitgliedsorganisationen galt, dass die Arbeit des BPT nicht ihre Hauptaufgabe war und ohnehin ihre Ressourcen an Geld und an Mitarbeitenden knapp waren. Die Mitgliedsorganisationen entsandten Delegierte in das schon erwähnte Koordinationskomitee (CC), dem zentralen Gremium für die Arbeit des BPT.

Es wurde ein Internationales Büro eingerichtet. Als Standort wurde Deutschland gewählt, weil es hier die Möglichkeit gab, eine ABM-Stelle für die KoordinatorIn zu schaffen, die in diesem Büro arbeitete. Diese Person war neben den Freiwilligen im Feld die einzige hauptamtliche Kraft, die sich ausschließlich dem BPT widmen konnte. Nach den einschränkenden Kriterien, die für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gelten, für maximal zwei Jahre. Danach musste sich jemand Neues in die Problematik einarbeiten, wenn denn eine geeignete Person gefunden werden konnte, was nicht immer gelang. Niemals war genug Geld da, um weiteren MitarbeiterInnen genug Arbeitsstunden zu bezahlen, damit die Menge der Arbeit bewältigt werden konnte. Dadurch konnte auch ein Arbeitsbereich, der geeignet gewesen wäre, den Geldmangel abzuschwächen, nicht angemessen ausgefüllt werden, der Bereich der Publik Relations. Diese Mängel wurden zu einer Quelle wachsender Unzufriedenheit zwischen den Freiwilligen, dem CC und dem Internationalen Büro.

Der materielle Mangel erschwerte auch die Arbeit im Feld: Die Teams hätten mehr und zuverlässigere Autos, Computer, Telefone gebraucht. Die finanzielle Unsicherheit verhinderte eine längerfristige Arbeitsplanung. Als Folge davon konnten sich auch die ortsansässigen Gruppen nicht sicher sein, ob das BPT als ein langfristiger Partner anzusehen sei. Ein ebenfalls aus Geldmangel abgesagtes Vorbereitungstraining führte sogar dazu, dass die Entsendung von Freiwilligen ins Stocken geriet. Mehr als einmal war das BPT nahe daran, aus finanziellen Gründen die Arbeit im Feld ganz aufgeben zu müssen. Dem Abschlussbericht nach hat ein unzureichendes Finanzmanagement den Geldmangel noch verschärft.

Trotzdem betonen die AutorInnen des Abschlussberichtes, dass es nicht der Geldmangel allein gewesen sei, der die Schwierigkeiten verursacht habe. Ein weiterer Grund läge in den unklaren Entscheidungsstrukturen des BPT. Die

einzelnen Mitgliedsorganisationen pflegten eine nicht-hierarchische, auf Konsens beruhende Struktur und brachten diese Arbeitsweise auch in das CC des BPT ein. So dauerten Entscheidungsprozesse lange, weil immer die einzelnen Mitgliedsorganisationen konsultiert werden mussten und obendrein nicht klar war, wer im Zweifel das letzte Wort hatte. Der Abschlussbericht beschreibt den Mangel an Führung als einen der kritischen Punkte des BPT.²⁸ Es gab keine(n) Vorsitzende(n) der gesamten Organisation und weder Vorsitzende der CC-Untergruppen noch Feldkoordinatoren. Wer – wenn nötig – der Koordinatorin oder dem Koordinator im Internationalen Büro Anweisung geben konnte, blieb ungeklärt.

Für die Freiwilligen im Feld entstand dadurch eine Situation der Verunsicherung. Strategieentwicklung war den Teams allein überlassen. Sie beklagten sich oft über mangelndes feedback zu ihrer Arbeit. Brauchten sie einmal Hilfe bei Konflikten im eigenen Team, kam keine prompte und angemessene Reaktion, ein Zustand, der in einer ohnehin schon risikoreichen Arbeit nicht akzeptabel sein konnte. Mangelnde Abklärung von Zuständigkeiten verstärkte die Unübersichtlichkeit im Ganzen. Im Laufe der Jahre konnte das nicht ohne Auswirkungen auf das Durchhaltevermögen aller Beteiligten bleiben.

Wenn das BPT dennoch über eine Zeit erfolgreich arbeiten konnte, so ist das dem Engagement und der Einsatzfreude und Risikobereitschaft seiner Mitglieder zu verdanken, die ihre Kraft dafür einsetzten, an Alternativen zu militärischen Interventionen zu arbeiten.

Krieg zu verhindern oder auch nur zu verkürzen ging nicht nur über die Möglichkeiten des kleinen BPT hinaus, sondern auch über die Möglichkeiten der bis heute größten OSZE-Mission 1998/99 im Kosovo/a. Zu diesem Konflikt äußerte ein CC-Mitglied: „Wenn dem Interesse beider bewaffneter Konfliktparteien mit militärischer Eskalation gedient ist, ist der Raum für internationale gewaltlose Intervention begrenzt.“²⁹

Am Ende ihres Abschlußberichtes geben die AutorInnen Empfehlungen, wie für zukünftige Projekte u.a. die oben beschriebenen Fehler vermieden werden können. Mit Blick auf die Ansammlung von Wissen über Formen ziviler und gewaltfreier Konfliktbearbeitung war das BPT ein wichtiger Schritt. Die Mitgliedsorganisationen bestätigten in den Evaluationen, dass das BPT ihnen

28 Vgl. Clark, Schweitzer 2002, S. 27

29 Clark, Schweitzer 2002, S. 47

wichtige Erfahrungen darüber ermöglicht hätte, wie Bedingungen für Friedensdienste organisiert werden müssten und wo die Chancen und Grenzen eines solchen Dienstes liegen. Erfahrungen in gewaltfreier Konfliktbearbeitung selbst in stark eskalierten Konflikten. Damit wurde das BPT zu einem Baustein, der geeignet ist, auf längere Sicht den Handlungsspielraum für gewaltfreie Konfliktaustragung zu erweitern.

4.3.3 *Ziviler Friedensdienst*

4.3.3.1 Die Notwendigkeit eines aktiven Friedensdienstes – kein neuer Gedanke

Als die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg im Jahr 1991 die Initiative ergriff, um eine neue sicherheitspolitische Institution zu schaffen und damit den Anstoß gab zur Einrichtung des Zivilen Friedensdienstes in seiner aktuellen Form, stellte sie sich in eine Tradition, deren Beginn in die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg fällt. Schon damals entstand die Idee, durch einen aktiven und freiwilligen Friedensdienst das friedliche Zusammenleben der Menschen zu fördern. In den Jahrzehnten zuvor waren die ersten Friedensgesellschaften entstanden. Auch in Deutschland war 1892 die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) gegründet worden.

1910 entstand die Vision eines weltweiten Netzes von Freiwilligendiensten Jugendlicher zur Völkerverständigung. Am 3. August 1914 wurde der „Internationale Versöhnungsbund“ gegründet – drei Tage nach dem Ausbruch des ersten Weltkrieges.³⁰ Nach diesem Krieg wuchs die Idee und die Bewegung der internationalen Freiwilligendienste. Drei „Väter der Friedensdienste“ (Warneck³¹) brachten in drei Ländern fast gleichzeitig den Gedanken eines Friedensdienstes voran: William James in den USA mit seiner Idee, Freiwilligendienste könnten ein moralisches Äquivalent zum Krieg sein; Eugen Rosenstock-Huessy mit seiner Vision vom „Dienst auf dem Planeten“ und Pierre Cérésol in Frankreich mit seinem Ziel der Überwindung des Freund-Feind-Denkens. Er war es auch, der den Service Civil International (SCI) initiierte. Der SCI veranstaltete auf den Schlachtfeldern von Verdun im

30 Vgl. Voß, Reinhard J.: Geschichte der Friedensdienste in Deutschland. In Evers, 2000 S. 127ff Der Abschnitt „Die Notwendigkeit eines aktiven Friedensdienstes – kein neuer Gedanke“ stützt sich im Wesentlichen auf diesen Aufsatz.

31 Warneck, Wilfried: Friedensdienst – Sandkastenübung oder Element politischer Alternative? in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift „Das Parlament“ B11/79 S. 30-53, zitiert nach Voß, S. 129

Winter 1920/21 zum ersten Mal ein internationales Workcamp. Auch wenn die französische Regierung nach fünf Monaten forderte, die beteiligten Deutschen nach Hause zu schicken, weil sie die Feinde Frankreichs seien: die Workcamps waren erfunden – „als Arbeits- Lebens- und Lernform (... mit internationaler völkerverbindender Bedeutung“.³²

Voß schreibt, dass sich parallel zu der Idee der Freiwilligendienste die Kriegsdienstverweigerung allmählich ausbreitete. In Deutschland gab es zu der Zeit keine allgemeine Wehrpflicht, so dass eine Kriegsdienstverweigerung im heutigen Sinne nicht möglich war, trotzdem sammelte der radikalpazifistische Flügel der DFG 1927/28 224 000 Unterschriften für die Kriegsdienstverweigerung. Überhaupt gab es zwischen den beiden Weltkriegen eine ganze Reihe pazifistischer Gruppen. Bis 1928 hatten sich im 1921 gegründeten „Deutschen Friedenskartell“ 22 Verbände mit ca. 100 000 Mitgliedern zusammengeschlossen. Auch wenn das Bündnis 1929/30 zerfiel: es gab eine Friedensbewegung in diesen Jahren.

Durch die Naziherrschaft und den Zweiten Weltkrieg wurde diese Bewegung in Deutschland weitgehend vernichtet. Ca. 6 000 deutsche Kriegsdienstverweigerer sollen in dieser Zeit ermordet worden sein.³³ Viele Pazifisten starben in den KZs.

Es waren die internationalen Organisationen War Resisters International und der Versöhnungsbund, die nach dem Krieg in Deutschland einen Neuanfang ermöglichten. Schon bald gründeten sich auch hier eine ganze Reihe Organisationen mit friedenspolitischer Zielsetzung: 1946 der Christliche Friedensdienst, 1948 die deutsche Sektion von Pax Christi, 1949 der Internationale Freundschaftsdienst.

Die Gründung von Eirene 1957 stand im Zusammenhang mit der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Christen und Christinnen verschiedener Konfessionen, die diese Organisation gründeten, wollten damit ein Zeichen setzen für das friedliche Zusammenleben der Menschen, und sie wollten Kriegsdienstverweigerern die Möglichkeit geben, in Ländern des Südens einen sinnvollen Dienst zu tun. Eirene war von Anfang als Trägerin für den Zivildienst anerkannt.

32 Raupach, Wolfgang: Aus den Erfahrungen der freiwilligen Friedensdienste. In: Bahr, Hans-Eckehard (Hg.): Von der Armee zur europäischen Friedenstruppe, München 1990, S. 56

33 Vgl. Voß, S. 131

Auch die Gründung von Aktion Sühnezeichen 1958 stand im Zusammenhang mit der Wiederbewaffnung, genauer mit der geplanten atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Aktion Sühnezeichen verstand sich als eine Organisation, die den Frieden durch Versöhnungsarbeit schützen wollte statt durch Waffen. Als Zeichen der Sühne gingen junge Deutsche in die Länder, die von Deutschland angegriffen worden waren und leisteten Aufbauarbeit im Wortsinne: Sie bauten wichtige Gebäude wieder auf, die von Deutschen zerstört worden waren. (z. B. das ökumenische Zentrum in Coventry/England, die Versöhnungskirche in Taizé in Burgund in Frankreich u.v.a.m.)

Die 60er Jahre sahen geradezu eine Gründungswelle von Friedens-, Entwicklungs- und Freiwilligendiensten. Erste Dachverbände entstanden, die die Vielfalt ordneten und zusammenfassten. Von Seiten des Staates gab es Unterstützung für diese Dienste und Jugendbegegnungen, etwa durch den Bundesjugendplan oder durch die Gründung des Deutsch-französischen Jugendwerkes 1963. Auf der Ebene der UNO entstand ebenfalls ein Freiwilligendienst, die United Nations Volunteers (UNV), der sich gleichfalls als Friedens- und Entwicklungsdienst verstand.

Hatte sich in den Jahrzehnten bis zu diesem Zeitpunkt mehr und mehr die Erkenntnis durchgesetzt, dass Entwicklungsdienst immer auch als Friedensdienst verstanden werden müsse und dass an der Beseitigung von Kriegursachen, z. B. großer Ungerechtigkeit und Armut genauso gearbeitet werden müsse wie an Kriegsverhinderung, so ging diese Erkenntnis in den 70er und 80er Jahren teilweise wieder verloren. Reinhard Voß schreibt: „Die Überwindung von Not koppelte in den 70er und 80er Jahren die Überwindung von Krieg weitgehend ab, bevor später leidvoll gelernt werden musste, dass die Vernachlässigung des zweiten auch die Erfolge der ersteren oft wieder in Frage stellte.“³⁴

Die großzügigere finanzielle Förderung der Entwicklungsdienste in der Zeit des Entwicklungshilfeministers Erhard Eppler und das Entwicklungshelfergesetz von 1969 hatten aus förderpolitischen Gründen den Akzent vom Friedensdienstgedanken weg in Richtung Entwicklungsdienst verschoben. Vordenker des Friedensdienstes hatten dies schon früh gesehen. „Die Abstimmung mit außenpolitischen Zielsetzungen und Richtlinien verträgt sich jedoch schlecht mit dem Friedensdienst. Diese Frage wird für die zukünftige Entwicklung des Friedensdienstes in Deutschland nicht ohne Gewicht sein.“

34 Voß, S. 139

warnte Wolfgang von Eichborn schon 1968.³⁵ Das Dilemma der Spannung zwischen öffentlicher Förderung und politischer Unabhängigkeit setzt sich bis in unsere Tage fort: Auch heute noch wird es von den VertreterInnen des Zivilen Friedensdienstes als Problem angesehen, dass im Rahmen des ZFD in Anbindung ans BMZ eine freie Wahl der Einsatzorte nicht möglich ist, sondern der Zustimmung durch das Auswärtige Amt oder der Regierung des Ziellandes bedarf.³⁶

Bekanntermaßen stieg parallel zu diesen Entwicklungen die Zahl der Kriegsdienstverweigerer seit 1968 kontinuierlich an (nach Voß 1999 40% der Jahrgänge). 1977 gründete sich die Initiative „Ohne Rüstung leben“, die im Laufe der Jahre mehr und mehr in Richtung Friedensdienst entwickelt wurde. Die Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre, die durch die Nachrüstungsdebatte einen enormen Aufschwung nahm, brachte es mit sich, dass auch im Inland zahlreiche Formen gewaltfreien Widerstandes eingeübt wurden, die in den 70er Jahren im Zuge des Widerstandes gegen den Bau von Atomkraftwerken ausprobiert worden waren. Bildungsstätten und Werkstätten entstanden, die die Einübung gewaltfreien Handelns zu ihrem Schwerpunkt machten. (Kurve Wustrow/Wendland; Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden; Kölner Trainingskollektiv Umbruch u.a.m.) Da die Vernetzung mit den nun schon fast traditionellen Friedensdiensten gelang, ergab sich eine heilsame Verschränkung von Inlands- und Auslandsarbeit, von traditionellen und neuen Gruppen von TeilnehmerInnen und Teilnehmern. Dazu kam die Erweiterung des Themenspektrums um Fragen der Menschenrechte. Die von Ghandi inspirierten Peace Brigades International, die bedrohte Prominente in Konfliktgebieten durch ihre Begleitung schützen, schloss sich dem Dachverband Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) an. Mit der Zeit wurden die Menschenrechtsfragen neben den Themen Gerechtigkeit und Frieden zur dritten Säule in der Diskussion innerhalb der Friedensdienste.

Dieser zwangsläufig nur grobe Überblick über die Entwicklung des Friedensdienstgedankens mag deutlich machen, dass sich die Akteure 1991, als sie den Zivilen Friedensdienst in seiner jetzigen Form konzipierten, auf jahr-

35 von Eichborn, Wolfgang: Freiwillige für den Frieden. Aufgaben und Probleme des Friedensdienstes. Stuttgart 1970, S. 66 zitiert nach Voß, S. 137

36 Vgl. Quack, Martin: Von der ultima ratio zur prima ratio. Gründe für die Unterstützung des Zivilen Friedensdienstes durch die Bundesregierung. Magisterarbeit an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, S. 31

zehntelange praktische Erfahrungen und eine ebenso lange konzeptionelle und theoretische Diskussion stützen konnten.

4.3.3.2 Entstehung des Zivilen Friedensdienstes

Als die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg (EKiBB) die Initiative ergriff, um diese neue sicherheitspolitische Institution des Zivilen Friedensdienstes anzuregen, führte sie dafür folgende Gründe an: Kriege und organisierte gewalttätige Auseinandersetzungen fänden gegenwärtig erheblich häufiger innerhalb von Staaten als zwischen Staaten statt. (s.o.) Bei der Vieltätigkeit der Konflikte sei die staatliche Ebene nicht immer die geeignete, um zu nachhaltigen Lösungen zu kommen. „Staaten sind längst nicht mehr die einzigen Akteure;“ schreibt Tilmann Evers, „sie können mit ihren Machtmitteln eher Kriege beginnen als Frieden schaffen.“³⁷ Nicht-staatliche Akteure, qualifiziert in gewaltfreier Konfliktaustragung, seien oft besser geeignet.

Die Erfahrung der Wende in der DDR, nämlich die grundsätzliche Möglichkeit, einen Regimewechsel auf gewaltfreie Weise herbeizuführen, ermutigte die Initiatoren, systematischer an den Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung zu arbeiten. Gleichzeitig nahmen sie alarmiert das verstärkte Aufkommen rechter Gewalt im gerade geeinten Deutschland Anfang der 90er Jahre wahr.³⁸ Ein Ziviler Friedensdienst war darum ebenso als Inlands-, wie als Auslandsdienst gedacht. Männer und Frauen gleichermaßen sollten auf freiwilliger Basis in einer einjährigen Ausbildung befähigt werden, Konflikte auf gewaltfreie Weise kompetent zu managen, zu deeskalieren, zu vermitteln und zu versöhnen, Gewalt zu beenden. Wer sich für den ZFD zur Verfügung stellte, sollte vom Wehrdienst befreit sein. Für den Umgang mit gewaltfreien Methoden sollte in Zukunft genauso umfassend und systematisch ausgebildet werden, wie für den Umgang mit Waffen. Theodor Ebert, Politikwissenschaftler und gleichzeitig Mitglied der Kirchenleitung der EKiBB, sprach von einer „Alphabetisierung in gewaltfreier Konfliktaustragung“³⁹ Dieses Ziel erforderte eine gewisse Größe des Projektes. In einer Erklärung von 1994 sprach die Kirchenleitung der EKiBB von mehreren 10 000 ausgebilde-

37 Evers, S. 17

38 Trittman, Uwe: Geschichte einer Idee – Das Forum Ziviler Friedensdienst. In: Evers S. 145ff

39 Vgl. Ebert, Theodor: Ziviler Friedensdienst – Alternative zum Militär. Grundausbildung im gewaltfreien Handeln. Münster 1997, S. 25

ten Personen, die etwa im Laufe der folgenden fünf Jahre als eine friedenspolitische Reserve und als ein alltagspolitisches Potenzial der gewaltfreien Konfliktaustragung entstehen sollten. Finanziert werden sollte dieses Vorhaben nach dem Subsidiaritätsprinzip aus öffentlichen Mitteln. Staatliche und nicht-staatliche Träger sollten beteiligt sein. Ein Bundesamt und Landesämter sollten den ZFD koordinieren.

Um die Diskussion über einen möglichen ZFD in der Öffentlichkeit zu fördern, schrieb der damalige Bischof der EKIBB, Martin Kruse, 1992 viele Friedensorganisationen in Deutschland an und stellte das Konzept vor. Viele Stellungnahmen kamen aus den Organisationen des oben schon erwähnten Dachverbandes „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“. Diese tendenziell staatskritischen Organisationen reagierten skeptisch auf die staatliche Beteiligung in den Plänen. Auch der 1989 gegründete „Bund für soziale Verteidigung“, dessen Vorsitzender Theodor Ebert zu dieser Zeit war, fand das Konzept zu staatsnah und utopisch, gleichzeitig aber so interessant, dass er ein eigenes umfassendes Konzept erarbeitete, das er 1994 verabschiedete. Es hatte Ähnlichkeit mit dem Konzept der EKIBB. Auch hier war auf der Basis von Freiwilligkeit eine Beteiligung von Männern und Frauen und eine einjährige Ausbildung geplant. Das BSV-Konzept sah aber eine stärkere Trennung vom Staat vor. Es sollte keine Koppelung mit der Wehrpflicht geben, lebens- und berufserfahrene Männer und Frauen jeden Alters sollten angesprochen werden. Die Trägerschaft sollte von einem Bündnis gesellschaftlicher Gruppen wahrgenommen werden. Damit rückte das Konzept in die Nähe schon bestehender Entwicklungs- und Friedensdienste. Parallel dazu könne ein staatlicher ZFD entstehen. Koordiniert werden könne der nicht-staatliche wie staatliche ZFD in einem noch zu schaffenden Ministerium für Abrüstung, Konversion und Zivilen Friedensdienst. Die Aufbauphase des ZFD war auf 20 Jahre konzipiert. Am Ende dieser Zeit sollte der ZFD eine Sollstärke von 100 000 MitarbeiterInnen haben. Der BSV rechnete dann mit Kosten von 25 Milliarden DM, was 1994 etwa der Hälfte des Verteidigungshaushaltes entsprach.

Da weder die EKIBB noch der BSV finanziell in der Lage waren, auch kleinere Pilotprojekte von 60-100 Auszubildenden zu starten, war in den nächsten Jahren eine intensive Lobbyarbeit nötig. Prominente wurden für Aufrufe gewonnen, Gespräche wurden geführt, Tagungen veranstaltet. 1994 schlossen sich die am ZFD Interessierten zu einem Gesprächsforum zusammen, zum „Forum ZFD“, darunter einige Organisationen, die schon lange im Frie-

dens- und Entwicklungsdienst engagiert waren.⁴⁰ Das Forum ZFD wandelte sich schnell von einem reinen Gesprächsforum zu einer politikfähigen Lobbyorganisation. Dadurch entstand 1995 eine erste interfraktionelle Arbeitsgruppe auf Bundesebene. 1996 gründete sich das Forum ZFD als eingetragener Verein, um selber Träger des ZFD sein zu können, denn die Gespräche waren so erfolgreich verlaufen, dass schon von einer konkreten Startphase die Rede war, in der in Zusammenarbeit mit dem BMZ 200 Fachkräfte vier Monate ausgebildet und dann 20 Monate lang im ehemaligen Jugoslawien arbeiten sollten.

Aber: der damalige Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Carl-Dieter Spranger, lehnte im April 1996 das Projekt ZFD ab.

Der Minister begründete seine Ablehnung u.a. mit zu erwartender Wirkungslosigkeit, fehlender Professionalität, dem Sicherheitsrisiko. Indiskutabel sei die Vorstellung, „junge Leute, die weder die Landessprache noch die kulturellen Hintergründe eines seit Jahrhunderten schwelenden Konfliktes kennen, in eine Konfliktregion zu entsenden und sie mit einer vagen Friedensarbeit zu überfrachten.“⁴¹ Die Entsendung von freiwilligen Amateuren könne bestenfalls als Leichtsinn betrachtet werden. Obwohl das BMZ schon über längere Zeit in den Diskussionsprozess über den ZFD mit einbezogen war und obwohl es zu dieser Zeit durchaus begann, über das Verhältnis von Krisenprävention und Entwicklungszusammenarbeit nachzudenken, schien es die Form des ZFD nicht als eine angemessene zu betrachten. Damit konnte die geplante Startphase nicht stattfinden.

Martin Quack merkt zu der Ablehnung Sprangers an: „Möglicherweise hatte der Minister grundsätzlich kein Verständnis für die Idee der Zivilen Konfliktbearbeitung. Vielleicht spielte auch die Tatsache eine Rolle, dass der

40 Trittmannt nennt folgende Organisationen: AG ZFD der Kirchenleitung der EKIBB, BSV, Dietrich-Bonhoeffer-Verein, EIRENE, Evangelische Akademikerschaft in Deutschland, Friedensausschuss der Quäker, Internationale Ärzte und Ärztinnen für die Verhütung des Atomkrieges, Internationaler Versöhnungsbund – Deutscher Zweig, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Landesflüchtlingsrat NRW, Netzwerk Friedenssteuer, Pax Christi. Vgl. Trittmannt, S. 149

41 Vgl. internes Papier des BMZ, zitiert nach Quack, Martin: Von der ultima ratio zur prima ratio? Gründe für die Unterstützung des Zivilen Friedensdienstes durch die Bundesregierung. Magisterarbeit an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Eberhard-Karls-Universität Tübingen 2002, S. 22

ZFD vor allem von ehemaligen Akteuren der Friedensbewegung (also von politischen Gegnern der Union) propagiert wurde.“⁴²

Immerhin: Der Bundestag veranstaltete 1997 ein Hearing zum ZFD, mit ernüchterndem Ergebnis. Die Mehrheit der damaligen Abgeordneten hielt einen ZFD zwar für ethisch wünschenswert, aber politisch unrealistisch.

Die Initiatoren des ZFD gaben auch nach diesem Misserfolg nicht auf. Wie schon erwähnt, rückte die geplante Form des ZFD als Friedensfachdienst ihn in die Nähe des Entwicklungsdienstes. Zusammen mit Entwicklungshilfeorganisationen entstand ein „Konsortium Ziviler Friedensdienst“. Beteiligt waren die Friedens- und Entwicklungsdienste bzw. Dachverbände AGDF, die katholische Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH), der Deutsche Entwicklungsdienst (DED), Dienst in Übersee (DÜ), EIRENE, das Forum ZFD und United Nations Volunteers (UNV).

Das Land Nordrhein-Westfalen war es, das schließlich den Anfang wagte. Im Koalitionsvertrag der dortigen rot-grünen Landesregierung war vereinbart worden, friedensstiftende Vorhaben in Krisengebieten zu fördern. Das Konsortium ZFD hatte mittlerweile einen auf vier Monate angelegten Ausbildungsplan konzipiert und vorgelegt. Die Staatskanzlei NRW stellte 400 000 DM zur Verfügung. So startete Ministerpräsident Rau im April 1997 den ersten Durchgang mit 15 Teilnehmenden. Weitere Kurse folgten. Das zähe Bemühen des Forums ZFD wurde nicht nur durch den Beginn der Kurse belohnt: Im Mai 1997 nahm es den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis der SPD entgegen.

Da die parlamentarischen Initiativen auf Bundesebene nicht recht vorangingen, konzentrierte sich das Forum ZFD auf einen möglichen Regierungswechsel durch die Bundestagswahl 1998. U. a. wurde ein Positionspapier erstellt mit dem Titel: „Den Politikwechsel vorbereiten: Vorschläge zum Aufbau eines Zivilen Friedensdienstes.“

Die Bundestagswahl vom 27.09.1998 brachte in der Tat den Wechsel zu einer rot-grünen Bundesregierung. Im Koalitionsvertrag vom Oktober 1998 fand sich auch eine Aussage zum ZFD: „Die neue Bundesregierung setzt sich für den Aufbau einer Infrastruktur zur Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung ein. Hierzu gehört neben der finanziellen Förderung der Friedens- und Konfliktforschung und der Vernetzung bestehender Initiativen

42 Quack, S. 24, Fn. 83

die Verbesserung der juristischen, finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen für die Ausbildung und den Einsatz von Friedensfachkräften und -diensten (z. B. Ziviler Friedensdienst).⁴³

Zwei Monate später übernahm die neue Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wiecezorek-Zeul (SPD) den ZFD in ihren Zuständigkeitsbereich. Es erwies sich als ein großer Vorteil, dass das BMZ auf das Konsortium ZFD, innerhalb dessen schon viel Abstimmung geschehen war, zurückgreifen konnte und das auch jetzt nicht aufhörte, intensive Lobbyarbeit zu betreiben, um seine eigenen Vorstellungen einzubringen. Nach der Entwicklung eines Rahmenkonzeptes entspernte der Haushaltsausschuss im Juni 1999 5 Millionen DM, die nun für den ZFD zur Verfügung standen.

Dem Forum ZFD wurde einiges an Kompromissbereitschaft abverlangt. Es kritisierte das Rahmenkonzept an einigen Punkten: so, dass der ZFD nur zum Einsatz kommen kann, wenn das Auswärtige Amt (AA) oder die Regierung des Ziellandes zugestimmt hat. Dies bedeutet zweifellos eine Einschränkung in der Wahl der Einsatzorte. Das BMZ hatte sich an diesem Punkt nicht gegen das AA durchsetzen können. Als problematisch wurde auch das sogenannte „Huckepack-Verfahren“ angesehen: Dies bedeutet, dass das Personal, das in den ZFD entsandt wird, in Ermangelung einer eigenen gesetzlichen Regelung über das Entwicklungshelfergesetz (EhfG) ins Zielland geschickt wird. Ungeklärt sei auch noch das Rückrufrecht des BMZ. Da aber der ZFD zum Schutz der Entsendeten innerhalb eines gesetzlichen Rahmens stattfinden muss, stimmte das Forum diesen Regelungen als Übergangsbehelfen zu. Das Konsortium wollte weiter bestehen bleiben, um als Gesprächspartner des BMZ den ZFD im Sinne der NGO's weiterzuentwickeln.

4.3.3.3 Die Startphase des ZFD

Mittlerweile läuft der ZFD schon ein paar Jahre in der Form der public-private-partnership, also als ein Gemeinschaftswerk von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren. Das BMZ legte im Juni 2002 einen Evaluationsbericht über seine Aufbauphase vor. Für die Zukunft sind Länderevaluierungen geplant, die die Wirksamkeit des ZFD messen sollen. Das kann jetzt noch nicht

43 Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis90/Die Grünen Oktober 1998, Abschnitt X, 5.

geschehen, zumal der ZFD als ein längerfristig angelegtes Engagement konzipiert ist.

Der ZFD ist ein Personalentsendeprogramm, ein Dienst, der durch Friedensfachkräfte versehen wird. Für Sofortmaßnahmen ist er nicht gedacht. Er ist auch kein humanitäres Hilfsprogramm.

Der ZFD zielt darauf, durch professionelle Unterstützung friedenswilliger Menschen in lokalen Partnerstrukturen dauerhafte Veränderungen in Richtung gewaltfreier Konfliktbearbeitung in Gang zu setzen. Im günstigeren Fall als Gewaltprävention, im ungünstigeren als Konfliktnachsorge, als Peacebuilding-Maßnahme, die natürlich zukünftige Gewalt verhindern soll und insofern ebenso eine präventive Wirkung hat.

Der Evaluationsbericht nennt als typische Aufgabenfelder für den ZFD:

- Stärkung von Friedenspotenzialen,
- die Mitarbeit bei der Entwicklung von vertrauensstiftenden Maßnahmen zwischen Angehörigen von Konfliktparteien,
- den Aufbau von Informations- und Bildungsstrukturen zur Bekanntmachung und Erklärung der Friedensaktivitäten und zum Abbau von Vorurteilen und Feindbildern, z. B. durch Friedenserziehung, die Unterstützung von Verständigungsprozessen in Konflikten zwischen Angehörigen von Interessengruppen, Ethnien, Religionen,
- die Mitwirkung bei der Beobachtung und Förderung der Menschenrechts- und Demokratiesituation
- Beiträge zur Versöhnung und zum Wiederaufbau⁴⁴

Der Entwicklungshaushalt der Bundesregierung hat für die Laufzeit von 1999-2005 rund 36,6 Mio. Euro für 121 FFK bereitgestellt. Zum Zeitpunkt der Evaluierung befanden sich von diesen 121 schon 87 FFK im Einsatz. Sie arbeiten in Afrika, Asien, Lateinamerika, im Nahen Osten und in Südeuropa.

Afrika mit 50 FFK in 36 Projekten, Lateinamerika mit 29 FFK in 21 Projekten und Südosteuropa mit 26 FFK in 20 Projekten bilden damit die Schwerpunkte. Mit 37,6% hat der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) den größten Anteil an Projekten, gefolgt von der katholischen Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) (27,4%), Dienste in Übersee/Evangelischer Ent-

⁴⁴ Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Synthesebericht über die Evaluierung Aufbau des Zivilen Friedensdienstes, Bonn 2002, S. 15

wicklungsdienst (DÜ/EED) (10%) und dem Forum ZFD mit 9,8%. Die restlichen Trägerorganisationen⁴⁵ liegen alle unter 5%.

Was genau geschieht nun in einem Einsatz im Rahmen des ZFD? An drei exemplarischen Beispielen aus Uganda, Mittelamerika und dem Kosovo/a soll das im folgenden Abschnitt deutlich gemacht werden.

4.3.3.4 Was geschieht im Zivilen Friedensdienst?

Beispiel Uganda

Der Norden Ugandas⁴⁶, in dem seit 10 Jahren Krieg herrscht, ist einer der Einsatzorte für FFK im Rahmen des ZFD. Uganda, das unter dem berüchtigten Diktator Idi Amin und seinem Nachfolger Milton Obote gelitten hat, wird seit 1986 von Yoweri Musevenis regiert. Für die Bevölkerung im Norden Ugandas, überwiegend Acholis, bedeutete diese Machtübernahme offenbar keine Verbesserung der Situation. Sie fühlte sich von Anfang an von der neuen Regierung diskriminiert. Die entstehende Rebellenbewegung „Lords Resistance Army“ (LRA) fand zunächst die Unterstützung der Bevölkerung. Als sich aber die Kampfhandlungen und Überfälle mehr und mehr gegen sie selbst richteten, war es damit vorbei. Von der Regierung werden die Acholis trotzdem unter den Kollektivverdacht der Kollaboration gestellt, mit den entsprechenden gewaltsamen Folgen. Der Krieg hat Zehntausende von Opfern gekostet. Die Menschen sind im eigenen Land auf der Flucht: Ihre Dörfer, Schulen, Gesundheitsstationen, ihre Felder und Ernten wurden zerstört. Kinder, es sollen ca. 10 000 sein, wurden von der LRA verschleppt, misshandelt und zu Kindersoldaten gemacht.

Die Ereignisse haben die traditionelle Lebensweise der Acholis zerstört. Ihre alte Identität gerät ins Wanken. Die Rolle der Frauen, die in diesem streng patriarchalisch geordneten System für die Ernährung, die Erziehung, die Pflege der Kranken zuständig sind, stimmt nicht mehr mit den Gegebenheiten überein. Der Krieg hat viele zu Witwen und Waisen gemacht. Junge Mädchen sind plötzlich verantwortlich für die Versorgung einer großen Zahl jüngerer Geschwister. Frauen brauchen darum Zugang zu Erwerbsmöglichkeiten.

45 Die restlichen Trägerorganisationen sind: Eirene, Weltfriedensdienst, Peace Brigades International, Friedenskreis Halle, Kurve Wustrow, Christliche Fachkräfte international

46 Vgl. BMZ-Evaluationsbericht 2002, S. 16

Einheimische Partnerorganisationen des ZFD versuchen die Bevölkerung beim Wiederaufbau zu stützen. Damit die Menschen überhaupt den Mut zum Wiederaufbau finden können, ist es wichtig, dass sie ihre traumatischen Erfahrungen überwinden. Die Aufgaben der FFK liegen darum in der Mitarbeit beim Aufbau und der Qualifizierung von einheimischen Teams, die mit traumatisierten Bevölkerungsgruppen arbeiten wollen. Dazu gehört auch das Training von pädagogischem Personal, das mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen zu tun hat. Frauen sollen bei der Bildung von Selbsthilfegruppen begleitet werden, Kriegsflüchtlinge sollen bei der Rückkehr in ihre Dörfer unterstützt werden.

Ein konkretes Projekt⁴⁷ in diesem Kontext ist die Arbeit eines Frauenbüros in der Diözese Gulu, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, sich um die Resozialisierung von Kindersoldatinnen zu bemühen. Die ehemals von den LRA-Rebellen verschleppten Mädchen stehen vor großen Problemen, wenn sie es tatsächlich geschafft haben, in ihre Dörfer zurückzukehren. Oft sind sie krank, innerlich und äußerlich verletzt. Häufig lebt die eigene Familie nicht mehr. Manchmal kommen die Mädchen mit eigenen Kindern aus dem Krieg zurück. Wenn – was vorkommt – die Dorfbewohner zunächst misstrauisch gegenüber den zurückkehrenden Kriegerinnen sind, bekommen sie den nötigen Trost und die Unterstützung nicht, die sie so dringend bräuchten.

Das Frauenbüro hat sich darum zum Ziel gesetzt, diesen Mädchen Zugang zu einkommenschaffenden Maßnahmen zu eröffnen. Sie werden handwerklich trainiert und ausgerüstet. Sie bekommen Beratung in ökonomischen und sozialen Fragen und bei psychischen Problemen. Dabei wird darauf geachtet, dass die jeweilige Dorfgemeinschaft in diese Aktivitäten miteinbezogen wird, um Verständnis zu wecken statt Neid und Misstrauen.

„Wenn es dem Frauenbüro dann gelingt, die soziale und ökonomische Selbstständigkeit sowie die innere Neuorientierung einer Gruppe von Mädchen zu fördern, diese in ihre Gemeinschaft zu integrieren und eventuell sogar zu befähigen, andere Gemeindemitglieder mit den neu gelernten Tätigkeiten zu unterstützen oder die Kenntnisse weiterzuvermitteln, hat das Frauenbüro einen eigenständigen leisen Beitrag zum Frieden geleistet.“⁴⁸

47 Vgl. Hilgers, Petra: Eine eigene Identität entwickeln. Frauen in der Friedensarbeit in Norduganda. In: Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V.; Misereor (Hrsg): Spuren zum Frieden. Erste Erfahrungen und Perspektiven kirchlicher Entwicklungsarbeit zum Zivilen Friedensdienst. Aachen 2002, S. 56ff

48 Hilgers, S. 60

Beispiel Kosovo

Silke Maier-Witt, die als Friedensfachkraft in Prizren im Kosovo/a arbeitet, berichtet, wie die Situation nach den Nato-Bombardierungen in dieser Region des Kosovo/a ist.⁴⁹ SerbInnen wurden damals aus Prizren vertrieben, die meisten serbischen Häuser verbrannt. Viele flüchteten nach Serbien, einige in serbische Dörfer, Enklaven im Kosovo/a, nach Bresovica und Strpce zum Beispiel, die von KFOR-Soldaten geschützt werden. Silke Maier-Witt sieht ihre Aufgabe darin, vorsichtig den Kontakt zwischen den Flüchtlingen in den Enklaven und den alten Bekannten in Prizren wiederherzustellen. Die Flüchtlinge sind in einer schwierigen Situation: Nach Prizren können sie (noch) nicht zurück, aber in den Enklaven, in denen sie jetzt leben, sind sie auch nicht vorbehaltlos gern gesehen. Zwangsläufig halten die Flüchtlinge die Hotels in den ehemaligen Wintersportorten besetzt, weil es keinen anderen Wohnraum gibt. Das verhindert Einkommensmöglichkeiten für die Einheimischen und führt zu Konkurrenz.

In der Rolle der Unparteilichen kann Silke Maier-Witt sich zwischen den Konfliktparteien bewegen. „Einen Teil meiner Arbeit nenne ich ‘Brücken bauen’,“ schreibt sie,⁵⁰ „ich möchte Brücken bauen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen der Region, Begegnungen fördern, Interesse an den anderen wecken, Gemeinsamkeiten entdecken und fördern. Voraussetzung für dieses Brückenbauen ist Vertrauen, ist guter menschlicher Kontakt zu den verschiedenen Gruppen, Verständnis für ihre Bedenken und Geduld zum Zuhören.“

In Prizren ist bekannt, dass Silke Maier-Witt regelmäßig in die serbischen Enklaven fährt. Sie wird gefragt, wie es den Leuten „da oben“ geht und kann Auskunft geben. Manche Leute aus Prizren wollen mitfahren. Ein kleiner Anfang, den Kontakt wieder aufzubauen. Natürlich versucht sie auch, den Aufbau von kleinen Einkommensmöglichkeiten zu unterstützen. So den einer Frauengruppe in Bosur, die mit Hilfe von Nähmaschinen und einem kleinen Laden eine kleine Schneiderwerkstatt einrichteten. Sie kann z. B. Material dafür aus Prizren besorgen. Um deutlich zu machen, wie sensibel diese Arbeit ist, soll sie noch einmal bezüglich dieser Frauengruppe zu Wort kommen: „Zwei der Frauen haben früher dort (in Prizren, Anm. d. Verf.) ge-

49 Maier-Witt, Silke: Brücken bauen für Verständigung. Begegnungen im Kosovo. In: Spuren zum Frieden, S. 61ff

50 Maier-Witt, S. 61

wohnt. Sie wollen wissen, was es Neues gibt. Sie wollen ihre Häuser sehen, wenigstens einmal die alten Plätze besuchen. Ich soll Fotos machen, von den teilweise verbrannten Häusern, von der Stadt. Einmal bin ich schon mit einer der Frauen in Prizren gewesen, um das Grab der Tochter auf dem Friedhof zu besuchen. Das war mit KFOR-Begleitung, aber immerhin. Ich bin unsicher, ob ich es wagen soll, die Frauen ins Auto zu setzen und mit ihnen in die Stadt zu fahren. Wahrscheinlich würde nichts passieren, aber wenn doch?“⁵¹

Aber auch zu den albanischen Kosovaren hält sie Kontakt. So unterstützt sie die Initiative einer Albanerin, einen Kindergarten für bosnische, türkische und albanische Kinder aufzubauen, in dem die Kinder tatsächlich allmählich anfangen, miteinander zu spielen. Dort geht es um die schwierige Aufgabe, die finanzielle Basis der Initiative zu sichern. Ein drittes Projekt ist das oben schon erwähnte Jugendzentrum in Dragash, das zum Ziel hat, das friedliche Zusammenleben von slawischen Muslimen und AlbanerInnen zu fördern. Es war noch vom Balkan Peace Team initiiert worden. Glücklicherweise konnte es nach dem abrupten Ende des BPT durch den ZFD weitergeführt werden.

Der Bericht von Silke Maier-Witt verdeutlicht m. E. sehr gut, wie behutsam und umsichtig die Arbeit im ZFD getan werden muss und warum sie langfristig gesichert werden muss, wenn sie nachhaltig erfolgreich sein soll.

Beispiel Guatemala

Das mittelamerikanische Land Guatemala⁵² gehört mit zu den Ländern, die jahrzehntelang unter Bürgerkrieg und gewalttätigen Auseinandersetzungen gelitten haben. Nach dem Ende der spanischen Herrschaft 1821 wurde es meist durch Diktatoren regiert. Eine kurze Phase der Demokratisierung von 1944-54 wurde wieder abgelöst durch eine Zeit gewaltsamer Auseinandersetzungen bis in die achtziger Jahre hinein. Unzählige Opfer-Schätzungen gehen in die Hunderttausende – haben die Menschen in Guatemala zu beklagen. Die Gesellschaft ist durch die lange Gewalt stark militarisiert worden.

Nach 1983 wurden demokratische Reformen eingeleitet, die 1985 zum Ende der Militärherrschaft führten. Eine Verfassunggebende Versammlung konnte

51 Maier-Witt, S. 62f

52 den ganzen Abschnitt vgl. BMZ-Evaluationsbericht, Anhang: Länderevaluierungen Guatemala und Peru, S.12ff

gewählt werden. In den nachfolgenden Wahlen wurde Vinicio Cerezo zum Präsidenten gewählt.

Die Regierung des Präsidenten Alvaro Arzù (1996-2000) hat das Verdienst, einen formellen Friedensvertrag abgeschlossen zu haben, der den Krieg zwischen Armee und Guerilla formal beendetete. (29. Dez.1996) Die Unidad Revolucionaria Nueva Guatemala (URNG), die organisierte Guerilla, hatte sich nach 1985 nicht einbinden lassen wollen in den Demokratisierungsprozess. Erst durch den Friedensvertrag wandelte sie sich in eine politische Partei, ohne jedoch bis jetzt bei Wahlen Erfolg zu haben.

Die nach wie vor starke Stellung des Militärs ist ein Problem für den Friedensprozess. Noch keine der demokratisch gewählten Regierungen hat es gewagt, diese Stellung anzuzweifeln, auch die Justiz stößt schnell an ihre Grenzen. Ein Weihbischof der Katholischen Kirche wurde noch 1998 ermordet, weil er einen Menschenrechtsbericht seiner Kirche vorgelegt hatte, der auch Angehörige des Militärs belastete. Dennoch – 2001 wurden immerhin vier Personen, darunter drei Militärs für diese Straftat zu dreißig Jahren Gefängnis verurteilt.

Das ist der Hintergrund, auf dem fünf Friedensfachkräfte im Rahmen des ZFD in Guatemala eingesetzt sind. Alle fünf arbeiten mit Partnern aus dem NGO-Bereich zusammen.

Eine FFK arbeitet mit einer Bürgerbewegung im Norden des Landes in Nord-Quiché zusammen. Das Thema dieser Bürgerbewegung mit Namen AMCNQ sind Landkonflikte. Das traditionelle Rechtsverständnis der Mayakultur und das gegenwärtige Rechtsverständnis bezüglich des Landbesitzes führen zu Konflikten. In der AMCNQ haben sich VertreterInnen der ehemals verfeindeten Bevölkerungsgruppen zusammengetan, Ex-Guerilleros, Ex-Soldaten, Witwen und Bewohner der ehemaligen Widerstandsdörfer. Die FFK soll diese Versöhnungsarbeit unterstützen. Sie hat bereits neue Kontakte erschließen können. Ihre Arbeit wird sehr geschätzt.

Zwei weitere FFK arbeiten für die ACI (Allianz gegen Straffreiheit), einem Zusammenschluss von 20 NGOs. Die ACI wendet sich gegen eine allgemeine Amnestie für Verantwortliche politischer Gewalt und setzt sich für eine juristische Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen ein. Die beiden FFK haben u. a. die Aufgabe, eine Datenbank zur Registrierung von im Bürgerkrieg verschollenen Personen aufzubauen, die als Basis für die juristische Aufarbeitung dient. Außerdem entwickeln und aktualisieren sie das

didaktische Konzept zu den Themen „Menschenrechte“ und „Friedenskultur“.

Die vierte FFK arbeitet bei CAFKA, die sich der Exhumierungsarbeit Getöteter verschrieben hat. Einerseits dient diese Arbeit der kriminaltechnischen Beweissicherung und so der juristischen Aufarbeitung der Gewaltverbrechen, andererseits tragen die Exhumierungen zur Befriedung der betroffenen Gemeinden bei, sie schaffen Gewissheit über den Verbleib der Verschwundenen und ermöglichen eine für die Mayas so wichtige ordnungsgemäße Bestattung.

Die fünfte FFK arbeitet für CADEKO, eine Organisation, die sich um zurückkehrende Flüchtlinge kümmert. Zurückkehrende Flüchtlinge stoßen gelegentlich auf Ablehnung und den Neid der Zurückgebliebenen, weil sie z. B. vom UN-Flüchtlingskommissar Hilfe bekamen und auch bei ihrer Rückkehr durch NGOs unterstützt werden. Als CADEKO diese Zusammenhänge klar wurden, entschloss es sich, immer mit den kompletten Gemeinden zu arbeiten, in den Bereichen Landwirtschaft und Gesundheitsvorsorge.

In einer Nachkriegszeit eines Bürgerkrieges, in dem dieses Ausmaß von Gewalt herrschte, zu arbeiten, ist für die FFK eine erhebliche psychische Belastung. Fast täglich sehen sie sich mit den Gewalterfahrungen der Vergangenheit konfrontiert, eine schwere Arbeit, die sie aber trotzdem als sehr notwendig erleben. Sie fühlen sich wirklich gebraucht und willkommen heißen, auch in ihrer Rolle als unabhängige BeraterInnen, die sich nicht in die Konflikte hineinziehen lassen wollen.

4.3.3.5 Ergebnisse der Evaluierung des Aufbaus des ZFD

Aufbauphase und Start des ZFD werden von den AutorInnen des Evaluationsberichtes überwiegend positiv eingeschätzt. Damit das Instrument ZFD seine volle Wirkung entfalten kann, schlagen sie einige Verbesserungen vor und weisen auf kritische Punkte hin.

Grundsätzlich verweisen sie darauf, dass der ZFD kein Allheilmittel ist, sondern nur wirksam werden kann in einer Reihe von kohärenten Politikinstrumenten zur Krisen- und Konfliktprevention. Angesichts der Langfristigkeit des Ansatzes empfehlen sie, die Projektlaufzeiten zu verlängern.

Unparteilichkeit ist eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen eines Einsatzes. Das Partnerprinzip, d. h. die Bindung des Einsatzes an einen lokalen Partner solle u. U. flexibel gehandhabt werden, um der Gefahr der Instru-

mentalisierung durch lokale Partner vorzubeugen und den FFK unparteiliches Agieren zu erleichtern. In Ausnahmefällen solle ein ZFD sogar ohne Partnerbindung möglich sein.

Auf der anderen Seite könne es sinnvoll sein, lokale Fachkräfte in die Qualifizierung zur FFK mit ein zu beziehen. So könne der Lokalisierungsprozess beschleunigt werden und die „Ownership“ der Partner verstärkt werden. Dazu müsste sich das BMZ darum bemühen, die finanzielle Absicherung einer Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen auch für BürgerInnen außerhalb der EU zu erreichen.

Da der ZFD ein Teil der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ist, ist es wichtig, dass das Profil des ZFD nicht verwischt wird. Der Evaluationsbericht empfiehlt, noch stärker auf die Schärfung eines eigenständigen Profils zu achten. Das sollte sich besonders in den Arbeitsschwerpunkten zeigen, die konfliktrelevant und deutlich im Konfliktkontext angesiedelt sein sollten. Konfliktbearbeitung sollte erkennbar das Thema des Einsatzes sein. Allerdings schließen die AutorInnen nicht aus, dass gelegentlich auch indirekte Ansätze, etwa in der Organisationsentwicklung nötig und sinnvoll sein könnten.

In den meisten Fällen, so berichten die AutorInnen, leisten die FFK eine kompetente und engagierte Arbeit, und das unter großen psychischen Belastungen und in manchmal gefährlichen Situationen. Der Bericht empfiehlt darum verstärkte Teamansätze. Der Vereinzelung von FFKen müsse vorgebeugt und die unterstützende Begleitung und Betreuung der FFK müsse verstärkt werden. Damit könnten die Chancen der Wirkung erhöht werden. FFKen solle von Anfang an eine institutionenunabhängige Supervision angeboten werden.

Wenn die Wirksamkeit des ZFD gesichert werden soll, muss mittelfristig eine „kritische Masse“ von FFKn im Einsatz erreicht werden. Die AutorInnen nennen hier keine Zahl, finden dafür aber zum Einen eine gute Vernetzung mit anderen EZ-Maßnahmen wichtig. Zum Anderen müsse in jedem Fall der Umfang des ZFD deutlich erhöht werden. Eine Steigerung der finanziellen Mittel auf 50 Mio. Euro *jährlich* bis 2005 halten sie daher für nötig. (Bewilligte Finanzmittel bis 18.2.2000 *insgesamt* rund 36,6 Mio. Euro)

4.4 Zivile Konfliktbearbeitung durch staatliche Institutionen

4.4.1 *Das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF) in Berlin*

Die Einrichtung eines Zentrums für internationale Friedenseinsätze (ZIF) durch die Bundesregierung, das speziell die Rekrutierung, Vorbereitung und Betreuung von zivilem Personal für Friedenseinsätze der UNO, der OSZE und der EU koordiniert, ist der wachsenden Komplexität geschuldet, die sich in den letzten zehn Jahren – nach dem Ende des Kalten Krieges – im Bereich von Peacekeeping und Peacebuilding entwickelt hat. Was heute in internationalen Friedenseinsätzen geleistet werden muss, ist kaum noch vergleichbar mit den Blauhelmeinsätzen der UNO der ersten Generation⁵³, beispielsweise im Sinai in den fünfziger Jahren (UNEF)⁵⁴ oder auf Zypern seit den sechziger Jahren (UNFICYP)⁵⁵.

Der Auftrag dieser frühen Einsätze war klar eingegrenzt, nämlich dahingehend, auf der Basis der Zustimmung aller Parteien Waffenstillstände zu überwachen und sich dabei unparteilich zu verhalten. Nur zur eigenen Verteidigung durfte dabei (Waffen-)gewalt angewendet werden. Beiträge zur Konfliktlösung umfasste dieser Auftrag nicht. Es ging darum, die Gewalt einzudämmen und der Gefahr vorzubeugen, dass unter den Bedingungen des Ost-West-Konfliktes und der atomaren Hochrüstung ein regionaler Konflikt zu einem globalen eskalierte.

Die Auflösung der Blöcke Anfang der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts veränderte auch die Möglichkeiten der UNO und die Erwartungen an ihre Friedenseinsätze. In dieser sogenannten zweiten Generation der Friedenseinsätze sind diese nicht mehr beschränkt auf die Überwachung von Waffenstillständen. Ihre Aufgaben weiten sich jetzt erheblich aus, auch auf Gebiete, die eher nicht-militärischer Natur sind: Rückführung von Flüchtlingen, Aufbau von Infrastruktur und Rechtsstaatlichkeit, Leitung von Wahlen u. a., für die mehr ziviles Personal nötig ist, als in der ersten Generation. Boutros Boutros-Ghali, damaliger Generalsekretär der Vereinten Nationen prägte für dieses Aufgabenspektrum in seiner „Agenda for Peace“ 1992 den Begriff „post-conflict peacebuilding“ (vgl. Pkt. 4.1)

53 Vgl. Kühne, Winrich: Peace Operations and Governance: Lessons Learned and Perspectives. Handout Nr. 1 Zentrum für internationale Friedenseinsätze, Juli 2002, S. 2ff

54 UN Emergency Force

55 UN Peace-keeping Force in Cyprus

Das Ende des Ost-West-Konfliktes ermöglichte in den darauf folgenden Jahren die Lösung einer Reihe von weiteren Konflikten, so in Namibia, El Salvador, Kambodscha, Mosambique.⁵⁶ Die UN-Friedenseinsätze waren in dieser Zeit sehr erfolgreich und anerkannt.

Das führte dazu, dass sehr viel höhere Erwartungen in solche Friedenseinsätze gesetzt wurden, als realistisch war. Die tragischen Ereignisse in Somalia, in Ruanda und Bosnien zeigten in dramatischer Weise die Grenzen solcher Einsätze auf. Waffenstillstandsabkommen und Friedensversprechen waren keine Garantie mehr für das Ende von Gewalt: „In Somalia, Rwanda, Liberia, Bosnia and other places hundreds from such agreements were broken.“ schreibt Winrich Kühne, „The local leaders had understood the new post-Somalia-game: Please the world, in particular the West, by negotiating and signing such agreements, but do not care to honor them.“⁵⁷

Ein Überdenken der Doktrin, die den Waffengebrauch bei Friedenseinsätzen grundsätzlich auf die eigene Verteidigung beschränkte war unvermeidlich, wollten die Friedenseinsätze nicht Gefahr laufen, ungewollt Genozid und Massenmorde zuzulassen. Dazu kam, dass auch ziviles Personal zunehmend stärker in Gefahr geriet. UNO-Generalsekretär Kofi Annan musste Anfang 1999 feststellen, dass in den Friedenseinsätzen der Jahre 1997 und 98 zum ersten Mal mehr ziviles als militärisches Personal ums Leben gekommen war.⁵⁸

Die dritte Generation von Friedenseinsätzen umfasst daher das so genannte robuste Mandat, das den begrenzten Einsatz von Waffengewalt über die Selbstverteidigung hinaus gestattet, meistens „multi-dimensional (robust) peace support operations“ genannt.⁵⁹ Multi-dimensional meint u.a. die enge Zusammenarbeit von Militär, Polizei und zivilem Personal bei solchen Einsätzen. Wann immer es aber die Situation erlaubt, besteht das traditionelle Peacekeeping ohne robustes Mandat weiter.

56 UN Transitional Assistance Group (UNTAG) in Namibia; UN Observer Mission in El Salvador (UNOSAL) 1991-1995; UN Transitional Authority in Cambodia (UNTAG) 1992-1993; UN Operation in Mozambique (UNOMOZ) 1992-1994

57 Kühne, 2002, S.3

58 Vgl. Benkler, Monika, Kühne, Winrich: Friedenseinsätze und ziviles Personal: Ausbildung tut not. Frankfurter Rundschau vom 3. 9. 99

59 Kühne 2002, S.4

Mit dem Einsatz im Kosovo UNMIK/KFOR⁶⁰ und Osttimor UNTEAT⁶¹ hat sich der Auftrag der Friedenseinsätze noch einmal so erweitert, dass Winrich Kühne vorschlägt, von einer vierten Generation von Friedenseinsätzen zu sprechen.⁶² Neu ist, dass das entsandte Personal – beauftragt von der internationalen Gemeinschaft – direkt ins Regierungsgeschehen eingreifen darf. Es kann z. B. bestimmen, wann Wahlen stattfinden sollen, es kann lokalen Führern Weisung erteilen, es kann die Verfolgung krimineller Personen anordnen usw.. Kühne spricht von „executive powers“. Diese Ausweitung des Auftrages geschieht dann, wenn die staatlichen Strukturen vor Ort soweit zusammengebrochen sind, dass die Bevölkerung vorübergehend nicht in der Lage ist, Regierungsfunktionen zu übernehmen. („failed states“)

Aus dem oben Beschriebenen mag deutlich geworden sein, dass Friedenseinsätze in keinem Fall mehr ohne gut vorbereitetes, kompetentes ziviles Personal auskommen.

Dieses auch von deutscher Seite bereit zu stellen, ist die Aufgabe des ZIF.

4.4.2 *Einordnung des ZIF in das friedenspolitische Konzept rot-grüner Außenpolitik*

„Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik.“ heißt der erste Satz im Abschnitt XI. (Europäische Einigung, internationale Partnerschaft, Sicherheit und Frieden) des Koalitionsvertrages der ersten rot-grünen Bundesregierung vom Oktober 1998. Noch im selben Abschnitt, der mit „Ziele und Werte“ überschrieben ist, steht zu lesen: „Sie (die Bundesregierung, d. Verf.) wird sich mit aller Kraft um die Entwicklung und Anwendung von wirksamen Strategien und Instrumenten der Krisenprävention und der friedlichen Konfliktregelung bemühen. Sie wird sich dabei von der Verpflichtung zur weiteren Zivilisierung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, zu einem ökonomischen, ökologischen und sozial gerechten Interessenausgleich der Weltregionen und zur weltweiten Einhaltung der Menschenrechte leiten lassen.“⁶³ Deutschland sieht sich dabei eingebettet in die Europäische Union, ins Atlantische Bündnis und die

60 UN Mission in the Kosovo, Kosovo Force

61 UN Transitional Administration in East Timor

62 Vgl. Kühne 2002, S. 5

63 Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis90/Die Grünen, S. 53

Vereinten Nationen, aber ebenso in die OSZE. Unter dem Abschnitt über die OSZE wird noch einmal die Notwendigkeit von Krisenprävention und ziviler Konfliktbearbeitung betont. Weiter heißt es dann: „Hierzu gehört neben der finanziellen Förderung der Friedens- und Konfliktforschung und der Vernetzung bestehender Initiativen die Verbesserung der juristischen, finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen für die Ausbildung und den Einsatz von Friedensfachkräften und -diensten (z. B. ziviler Friedensdienst). Die neue Bundesregierung wird für die Aufgaben im Bereich von Peacekeeping und Peacebuilding Ausbildungsmöglichkeiten schaffen.“⁶⁴ Die mittlerweile anschließende Koalitionsvereinbarung, die zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die Legislaturperiode 2002-2006 geschlossen wurde, schreibt diese Vorhaben fort.⁶⁵

Rüstungsexporte außerhalb von EU und NATO sollten restriktiv gehandhabt werden und das Entscheidungskriterium Menschenrechtsstatus der Empfängerländer eingeführt werden. Jährliche Rüstungsexportberichte sollten das Regierungshandeln transparent machen.

Als eine Konkretisierung der Koalitionsvereinbarung verabschiedete die Bundesregierung im April 2000 ein Gesamtkonzept zur Zivilen Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung. Das Konzept betont die Notwendigkeit, diese Aufgaben als abgestimmte Querschnittsaufgaben wahrzunehmen, um einen kohärenten Einsatz der staatlichen Handlungsmöglichkeiten zu gewährleisten. Auch NGOs und die Zivilgesellschaft sollen in dieses Konzept einbezogen werden, ein effektiverer Dialog zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Stellen sei nötig, mit dem Ziel, „ressortübergreifend und durch Nutzung gesamtgesellschaftlicher Ressourcen qualifiziertes Personal in allen relevanten Bereichen bereitzustellen.“⁶⁶

Wäre die Einrichtung des ZIF und die Einrichtung des Zivilen Friedensdienstes ebenso wie die Einrichtung einer Deutschen Stiftung Friedensforschung und die Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofes als Konsequenz aus dem Gesamtkonzept das Einzige, was es zu berichten gäbe, könnte man in der Tat von einer kohärenten Politik sprechen. Bekanntermaßen ist das aber nicht der Fall. Schon gleich zu Anfang sah sich die neue

64 ebd. S. 58

65 Vgl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen: Koalitionsvertrag 2002-2006 Erneuerung-Gerechtigkeit-Nachhaltigkeit, S. 74f

66 Gesamtkonzept der Bundesregierung: „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“

Bundesregierung mit dem Dilemma des Kosovokonfliktes konfrontiert. Ein Aspekt dieses Problems war, dass die vorherige Bundesregierung der OSZE die Zusage gemacht hatte, dass sich im Sommer 1998 200 Zivilisten an der Kosovo Verification Mission (KVM) beteiligen würden, aber bei weitem nicht genug qualifiziertes Personal zur Verfügung hatte. So gingen schlecht vorbereitete Menschen in die schwierige und heikle Situation im Kosovo.⁶⁷ Christine Schweitzer merkt dazu an: „Die Mission begann von Anfang an unter schwierigen Vorzeichen, z. B. hatte die OSZE große Mühe, die erforderliche Zahl von Personal zu entsenden und die KVM erreichte nie ihre vorgesehene Personalstärke von 2 000 Personen.“⁶⁸ Bis heute ist nicht abschließend geklärt, ob es sich bei den NATO-Bombardierungen im ehemaligen Jugoslawien im Frühling 1999 um einen „vermeidbaren Krieg“ (Heinz Loquai) gehandelt hat oder nicht. Für die Glaubwürdigkeit der proklamierten Friedenspolitik war vielleicht noch bedenklicher, dass „die vielfach von offizieller Seite vor und während des Krieges versprochene breite und intensive Diskussion der Konsequenzen und Lehren aus dem militärischen Eingreifen der NATO bis heute nicht stattgefunden hat.“⁶⁹

Die Beteiligung deutscher Soldaten an „enduring freedom“ und der geplante veränderte Auftrag der Bundeswehr zeigt, dass Krisenbewältigung auf militärische Weise immer noch Priorität hat.

Trotz dieser Kritik ist die Gründung des ZIF ein wertvoller Schritt zur Stärkung der Zivilen Konfliktbearbeitung.

4.4.3 Die Konzepte und Erfahrungen des ZIF

Am 24. Juni 2002 wurde das ZIF in Berlin durch den Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Ludger Volmer, offiziell gegründet. Dies war nicht der Anfang, sondern eher eine Zwischenstation auf dem Weg zur personellen Stärkung im Bereich der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung.

Deutschland verfügte bis zum Regierungswechsel im Oktober 1998 über keine Ausbildungseinrichtung, die ziviles Personal für Friedenseinsätze intensiv und systematisch vorbereitet hätte. Angesichts der steigenden perso-

67 Vgl. Schenk, Arnfrid in der Wochenzeitung DIE ZEIT vom 14.10. 2002

68 Schweitzer, Grundbegriffe, S.11

69 Lutz, Dieter und Mutz, Reinhard: Für die politische Zukunft des Kosovos hat der Westen kein Konzept. Offener Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Frankfurter Rundschau vom 24. März 2001 zitiert nach Nieth, Jürgen: In der Gewaltlogik gefangen, Wissenschaft und Frieden Dossier 41, S. 3

nellen Beteiligung von Seiten der Bundesrepublik an weiter oben beschriebenen multidimensionalen Friedenseinsätzen, der gestiegenen Anforderungen an das Personal und nicht zuletzt seiner zunehmenden Gefährdung in unsicheren Einsatzgebieten war eine solche Qualifizierung dringend geboten. So legte die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) im Juli 1999 eine im Auftrag des Auswärtigen Amtes erstellte umfassende Studie zur „Ausbildung und Rekrutierung von nicht-militärischem Personal für Konfliktprävention und Friedenseinsätze“⁷⁰ vor. Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern, die schon seit geraumer Zeit ihr betreffendes Personal vorbereiten, wurden ausgewertet. Von diesem Zeitpunkt an fanden auch in Deutschland entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen statt, zunächst in der Ausbildungsstätte des Auswärtigen Amtes.

Eine weitere Machbarkeitsstudie von Winrich Kühne⁷¹ prüfte die Möglichkeit, die Rekrutierung, Vorbereitung, Entsendung, Betreuung und Nachbereitung des zivilen Personals unter einem Dach in einer externen Einrichtung zusammen zu fassen. Das Ergebnis ist die Einrichtung des Zentrums für internationale Friedenseinsätze, ZIF, der Rechtsform nach eine gemeinnützige GmbH mit der Bundesrepublik Deutschland als einziger Gesellschafterin, vertreten durch das Auswärtige Amt. Geschäftsführer ist zurzeit Dr. Winrich Kühne.

Das ZIF ist in drei Einheiten unterteilt: Einheit I ist zuständig für das Training und die Vorbereitung des zu entsendenden Personals, Einheit II für Rekrutierung, Personalreserve und Betreuung und Einheit III für Konfliktanalyse, Konzeption und Netzwerkpflege. Zurzeit (Dezember 2004) arbeiten 18 Personen für das ZIF.

Das ZIF hat die Aufgabe, eine gründliche Schulung des Personals zu gewährleisten, das kurzfristig zum Einsatz gebracht werden kann und seine Begleitung und Betreuung während des Einsatzes zu sichern. Angestrebt werden 1 000 vortrainierte Personen im Personalpool des ZIF, auf deren Einsatz kurzfristig zurückgegriffen werden könnte. Prinzipiell sollen dies stabile Persönlichkeiten sein, die zwischen 30 und 60 Jahre alt sind und in der Regel

70 Benkler, Monika; Kühne, Winrich: Ausbildung und Rekrutierung von nicht-militärischem Personal für Konfliktprävention und Friedenseinsätze: Bestandsaufnahme, Erfahrungen und Empfehlungen für einen substantiellen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland. Stiftung Wissenschaft und Politik, Juli 1999

71 Kühne, Winrich: Machbarkeitsstudie ziviles Friedenpersonal für internationale Krisenpräventions- und Friedenseinsätze (Kurzfassung) 2001

im Berufsleben stehen. Die Einsätze sind immer zeitlich begrenzt, wenn auch unterschiedlich lang. Sie sollen nicht als regelrechte Berufstätigkeit verstanden werden. Und, so Winrich Kühne: „‘Scheidungsflüchtlinge’ kann man bei Friedenseinsätzen ebenso wenig gebrauchen wie ‘Abenteurer’ und ‘Idealisten’“⁷²

Das Interesse an einem Friedenseinsatz im Rahmen des ZIF ist groß: Über 3 000 Personen haben sich bis jetzt (Dezember 2004) dafür beworben. Die Anforderungen eines Friedenseinsatzes bringen es jedoch mit sich, dass an BewerberInnen hohe Ansprüche gestellt werden müssen: Eine abgeschlossene Berufs- oder Hochschulausbildung werden ebenso vorausgesetzt wie sehr gute Englischkenntnisse und die Fähigkeit und Bereitschaft, in international gemischten Teams zu arbeiten. Für bislang 700 Personen trafen diese Voraussetzungen zu. Sie wurden in den Personalpool des ZIF aufgenommen.⁷³ Sofern sie nicht schon intensive Einsatzerfahrung hatten, war die Teilnahme an einem der ZIF-Trainingskurse notwendig.

Als wichtige Elemente dieser Kurse zählt Ralf Horlemann folgende auf:⁷⁴

- Sicherheitsfragen (Verhaltenstraining/Stressbewältigung, Minengefahr)
- Konfliktmanagement, Konfliktvermittlungs- und -lösungsmechanismen
- Institutionenkunde (UNO, OSZE etc.)
- Strukturen, Mandate und Funktionen internationaler Friedensmissionen
- Humanitäres Völkerrecht, Menschenrechts- und Minderheitenschutz
- Landes- und Regionalkenntnisse, Geschichte des Konflikts und lokale Konfliktstrukturen
- Interkulturelle Kompetenz und Gender-Fragen
- Vermittlung praktischer Fähigkeiten (Verfassen von Berichten, Umgang mit Medien, Zusammenarbeit mit lokalen Mitarbeitern etc.)

Die missionsspezifischen Inhalte werden nicht immer im Grundkurs vermittelt, sondern manchmal von der OSZE in die unmittelbare Vorbereitung auf den Einsatz übernommen. Die Grundkurse dauern vierzehn Tage. Von dem ursprünglichen Plan, nach dem die Grundkurse 1-2 Monate dauern sollten, wurde abgegangen, weil es sich als schwierig erwies, Berufstätige so lange

72 Kühne in der Frankfurter Rundschau vom 3. September 1999

73 Vgl. Das ZIF zwei Jahre nach seine Gründung. Handout des ZIF, Dezember 2004, S. 1

74 Horlemann, Ralf: Außenpolitik ist Friedenspolitik. Qualifizierung von Personal als Instrument der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, in: Evers, Tilman (Hrsg.): Ziviler Friedensdienst, S. 217

freigestellt zu bekommen, auch dann, wenn sie wie die meisten aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes kommen.⁷⁵

Die Kurse sind offen für Teilnehmende aus anderen Ländern. Dies ist schon deshalb gewollt, weil im Einsatz im Feld immer Menschen aus mehreren Nationen zusammenarbeiten und der gemeinsame Kurs dafür ein gutes Übungsfeld ist. 21 Trainingskurse hat das ZIF von 2002 bis einschließlich November 2004 schon durchgeführt. Von den 508 Teilnehmenden kamen 142 aus anderen europäischen Ländern. Das ZIF kooperierte von Anfang an mit dem „European Community Project on Training for Civilian Aspects of Crisis Management“ der Europäischen Kommission, um so zum Aufbau von europäischen zivilen Kapazitäten zur Krisenprävention und Bewältigung beizutragen.

Die Qualifizierung durch das ZIF soll eine hohe Wirksamkeit des Personals in den Einsätzen gewährleisten. Die Entscheidung über mögliche Einsätze liegt nicht bei der Bundesrepublik Deutschland, sondern bei den entsprechenden internationalen Organisationen wie der UNO, der OSZE oder der EU. Das ZIF sucht dann entsprechend der benötigten Aufgaben in seinem Personalpool nach Menschen mit den gefragten Qualifikationen. Die Aufgaben reichen von Wahlbeobachtung, Polizeimonitoring, Aufbau von Justiz und Verwaltung, Überwachung von Waffenstillständen bis zu Monitoring in Menschenrechtsfragen. Im Unterschied zum Zivilen Friedensdienst gibt es eine klare Mandatsbegrenzung. Wer z. B. für eine Wahlbeobachtung ins Feld gegangen ist, nimmt auch nur diese Aufgabe wahr.

Die MissionsteilnehmerInnen schließen in der Regel eine spezielle Versicherung zu ihrem Schutz ab. Die Bezahlung der MissionsteilnehmerInnen hängt davon ab, welche Organisation den Einsatz organisiert. Arbeiten sie z. B. für die UNO, schließen sie in der Regel mit der UNO einen Vertrag und werden von ihr direkt bezahlt. Im Falle der OSZE werden sie von Deutschland sekundiert. Sie erhalten dann vom Auswärtigen Amt eine finanzielle Unterstützung, arbeiten aber für die OSZE und erhalten von ihr zusätzlich ein Tage- und Übernachtungsgeld.

75 An dieser Stelle sei angemerkt, dass es in Deutschland – im Gegensatz etwa zu Skandinavien – immer noch nicht als karrierefördernd gilt, sich im zivilen Bereich an einem Friedenseinsatz zu beteiligen, im Gegenteil. Das Bewusstsein für die Wichtigkeit von Peacebuilding und Konfliktprävention scheint im allgemeinen noch nicht sehr entwickelt zu sein. In diesem Sinne äußerte sich Monika Benkler vom ZIF in einem Gespräch mit der Autorin am 11. Nov. 2002

1 033 Personen wurden zwischen Juni 2002 und November 2004 in Wahlbeobachtungseinsätze entsandt. Zum großen Teil über die OSZE in die Länder des Balkans, in die GUS-Staaten, aber auch nach Afghanistan und Lettland. Über die EU gingen WahlbeobachterInnen nach Südostasien und einige Länder Afrikas. Die Verantwortlichen des ZIF legten auf Wahlbeobachtung einen deutlichen Schwerpunkt, weil sie ihren Stellenwert für Demokratisierung und Peacebuilding, aber auch ihre präventive Wirkung mit Blick auf Krisen sehr hoch einschätzen. So können sich Oppositionelle z. B. freier äußern, wenn WahlbeobachterInnen im Land sind.

Ziviles deutsches Fachpersonal für weitere Aufgaben wird am stärksten von der OSZE angefragt (zurzeit 86 Personen), gefolgt von der UNO (zurzeit 60 Personen) und zu einem kleineren Teil von der EU (zurzeit 19 Personen). Diese 165 Personen waren im November 2004 in verschiedenen Ländern Afrikas, in den GUS-Staaten, auf dem Balkan, aber auch in Haiti und Guatemala im Einsatz.

Auch für das ZIF gilt, dass diese vom ihm vermittelten Einsätze abgesehen von den Wahlbeobachtungen bis jetzt fast nur post-conflict-Einsätze waren und kaum Präventiveinsätze. Die TeilnehmerInnen schreiben nach dem Einsatz Berichte, die aber für die Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. Immerhin druckte die Wochenzeitung „Die Zeit“ im Mai 2003 einen kurzen Bericht einer Missionsteilnehmerin ab. Caroline Milow leitet zurzeit das Büro der OSZE im albanischen Elbasan. Sie berichtet: „... Anfangs sollten wir lediglich beobachten: Was geschieht im Land, wie gehen die Wahlen vor sich? Dann hat sich unser Mandat erweitert: Unsere Aufgabe ist nun, Projekte auszuwählen, von denen wir glauben, dass sie der Stabilität dienen. Dabei leite ich das Büro der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Elbasan in Mittelalbanien. Wir finanzieren zum Beispiel Notizblöcke und Bleistifte, auf denen die Telefonnummer der Polizei aufgedruckt ist – die Menschen in Albanien sollen langsam wieder Vertrauen gewinnen in ihre Polizei.“

Es ist zwar ein großes Wort, aber ich glaube, ich habe meinen Traumjob gefunden. Ich mache ihn immer noch aus Idealismus und nicht, weil er gut bezahlt ist. Das ist er nämlich, und das ist auch ein Problem: Manche zivilen Kräfte kommen wegen des Geldes und einige Männer sogar – und das ist kein Klischee –, um sich hier auch nach Partnerinnen umzusehen. Auf diese Weise verlieren manche Missionen leider an Ansehen.

Ich werde den Job nicht für immer machen. Mein Vertrag läuft ja immer nur über sechs Monate. Aber wenn das Auswärtige Amt zustimmt, werde ich ihn noch ein paar Mal verlängern.“⁷⁶

Durch Besuche im Einsatz vor Ort, Gespräche im ZIF in Berlin mit Menschen, die sich gerade auf Heimaturlaub befinden, wird die Betreuung des Personals wahrgenommen. Zur Intensivierung der Betreuung wurden an manchen Orten ZIF-Netzwerke eingerichtet, so im Kosovo, in Bosnien-Herzegowina und in Mazedonien. Die Netzwerke veranstalten monatliche Treffen zum fachlichen und persönlichen Austausch. Sie werden ehrenamtlich von MitarbeiterInnen in den Missionen organisiert.

Zurückkehrende MissionsteilnehmerInnen werden jährlich zu Debriefings nach Berlin eingeladen. Im September 2004 fand ein Treffen von Rückkehrern aus Langzeiteinsätzen im Kosovo statt, die über die Lage dort diskutierten.

Über die Einrichtung der sogenannten ZIF-Mittagsgespräche bringt das ZIF aktives Personal aus den EU-, OSZE- und UNO-Einsätzen mit VertreterInnen aus dem Bundestag und den Ministerien ins Gespräch, um deren Einblick in die konkrete Arbeit in den Friedenseinsätzen zu verbessern.

Gelegentlich veranstaltet das ZIF Workshops in Berlin. So trafen sich im Dezember 2003 55 hochrangige Experten aus dem In- und Ausland zu einem solchen unter dem Titel „Organized Crime as an Obstacle to Successful Peacebuilding – Lessons Learned from the Balkans, Afghanistan and West-Africa“, um sich mit dem drängenden Problem zu befassen, dass das organisierte Verbrechen mittlerweile als ein Haupthindernis für ein erfolgreiches Peacebuilding angesehen werden muss.

Erwähnt werden soll noch, dass das ZIF sich im Auftrag der Bundesregierung und in Zusammenarbeit mit der GTZ in Westafrika engagiert, um dort die Kompetenzen für Krisenprävention und Peacebuilding durch Workshops und Trainings zu stärken. Das ZIF kooperiert dort mit dem „Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre“ (KA IPTC).

Dieser Überblick macht deutlich, dass sich für das ZIF in kurzer Zeit viele wichtige Tätigkeitsfelder aufzählten, die geeignet sind, für den Bereich der ZKB Wissen und Erfahrung zu mehren.

76 Abgedruckt in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 28.05.2003

Bleibt zu hoffen, dass sich das ZIF so etablieren kann, dass seine Existenz – analog zur Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit – durch einen Regierungswechsel nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt wird.

5 Staatliche und nicht-staatliche zivile Konfliktbearbeitung im Vergleich: Alternative oder Ergänzung?

Um es vorwegzunehmen: staatliche und nicht-staatliche ZKB arbeiten in den allerwenigsten Fällen gegeneinander. Sie haben im Zusammenspiel überwiegend eine sich gegenseitig stützende und gegenseitig verstärkende Wirkung.

Jede Form hat allerdings ihre besondere Funktion und nur ihr eigene Möglichkeiten, die nicht verwischt werden sollten, wenn das fruchtbare Zusammenspiel erhalten bleiben soll.

Das Balkan Peace Team, das hier exemplarisch für eine in der ZKB aktive NGO vorgestellt wurde, weist einige der Vorteile auf, die allgemein für NGOs in diesem Bereich zutreffen. Zu ihnen gehört, dass NGOs keine Rücksicht zu nehmen brauchen auf politische Empfindlichkeiten etwa in Bezug auf die Bündnispartner eines Staates. Das gibt ihnen die Möglichkeit, viel früher in Konflikte einzugreifen, als Staaten es tun können. (Zur Erinnerung: das Balkan Peace Team war schon 1995 im Kosovo/a.) NGOs haben so die Möglichkeit, auf Probleme hinzuweisen, die noch nicht in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt sind. Gelegentlich gelingt es ihnen auch, durch ihre Öffentlichkeitsarbeit Regierungshandeln voranzubringen (Beispiel: Anti-Apartheids-Bewegung Südafrika/Namibia). Als pressure groups aufzutreten, ist eine wichtige Funktion von NGOs.

Ein weiterer Vorteil ist, dass der Fortbestand von Projekten, die unabhängig vom Staat organisiert und finanziert werden, nicht von staatlichen Entscheidungen abhängt, also auch nicht von politischen Richtungsänderungen.

Wenn es sich um große transnationale NGOs handelt, die einheimische Mitglieder auch in den Konfliktregionen haben, verfügen sie über einen wertvollen Fundus an Landeskenntnissen, Sprachfähigkeit, kulturellen Kenntnissen und Wissen über die Hintergründe des Konflikts. Ein Beispiel für diese weltweite Vernetzung sind hier die Kirchen, sofern sie nicht selber Teil des Konfliktes sind. Aber selbst dann spielen sie gelegentlich eine konstruktive Rolle.

NGOs bekommen leichter Kontakt zur gesellschaftlichen Basis als staatliche Akteure. Dass ihnen keinerlei Zwangsmittel zur Verfügung stehen, weder physisch noch finanziell, lässt sie für die Konfliktparteien ungefährlich erscheinen und senkt die Schwelle, zu ihnen Kontakt aufzunehmen.¹ Da sie häufig übergeordnete Werte wie z. B. die Einhaltung der Menschenrechte vertreten und im Prinzip keine enge Interessenpolitik, fassen die betroffenen Menschen schneller Vertrauen. Ihre einzige Möglichkeit etwas zu bewegen ist, zu einer veränderten gegenseitigen Wahrnehmung der Konfliktparteien beizutragen und Überzeugungsarbeit zu leisten. Gelingt das, wird der Erfolg jedoch nachhaltiger sein, als wenn ein Konflikt lediglich durch Zwangsmittel befriedet wurde. Da sie häufig übergeordnete Werte wie z. B. die Einhaltung der Menschenrechte vertreten und im Prinzip keine enge Interessenpolitik, fassen die betroffenen Menschen schneller Vertrauen.

Ein Nachteil des NGO-Engagements ist seine ungeklärte Legitimation. Woher hat eine NGO ihr Mandat, sich um einen bestimmten Konflikt zu kümmern? Wodurch wird die Arbeit einer NGO kontrolliert? Die Organisation „International Alert“, eine NGO, die sich der Transformation gewaltsamer Konflikte verpflichtet hat, hat einen Verhaltenskodex für ZKB veröffentlicht.² Er ist gedacht als ethischer Rahmen der ZKB. Wenn NGOs sich nach ihm richten, so geschieht das auf der Basis der Selbstverpflichtung.

Der finanzielle Aspekt des Engagements von NGOs muss teils zu den Vorteilen, teils zu den Nachteilen gerechnet werden. Große internationale NGOs, etwa amnesty international oder CARE verfügen über Budgets, die sogar die Budgets von kleinen Staaten oder UN-Organisationen übertreffen.³ Diese Ressourcen fließen mit in die ZKB ein. Häufiger leiden NGOs allerdings unter finanziellem Mangel. Viel ehrenamtliches Engagement kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass unter den MitarbeiterInnen und Freiwilligen oft unvermeidlich eine hohe Fluktuation herrscht.

Wie im Fall des Balkan Peace Teams gelingen dann manchmal die zu häufigen Übergänge im Feldeinsatz nicht, weil entweder die VorgängerInnen es nicht schaffen, den Platz für die Nachfolgenden wohlwollend frei zu machen oder die Nachfolgenden sich nicht sorgfältig genug über den bisherigen Pro-

1 Vgl. Klotz, Sabine: *Zivile Konfliktbearbeitung. Theorie und Praxis*. Heidelberg 2003, S. 87

2 Vgl. Wanie, Renate und Hartmann, Hans: *Schöner intervenieren. Gewaltfreie Intervention – ein verkappter Friedenskolonialismus?* In: Evers 2000, S. 87

3 Vgl. Brühl, S. 111

zess informieren. (s.o. Pkt. 4.3.2) Geldmangel verhindert hier und da die ausreichende Qualifizierung.

Der Wert von NGOs bleibt dennoch unbestritten, denn sie waren es, die durch ihr unermüdliches Engagement die Fragen der ZKB in staatliche Zusammenhänge getragen haben. Sie können in ihrer Unabhängigkeit weitergehende Vorstellungen entwickeln als der Staat und so den Prozess der ZKB vorantreiben.

Betrachten wir nun den ZFD als Beispiel einer public-private-partnership (ppp), dann käme es darauf an, die Vorteile von NGOs im subsidiären Zusammenwirken mit dem Staat möglichst weitgehend zu erhalten.

Bezüglich der Legitimierung des Wirkens von NGOs muss eine ppp nicht von Nachteil sein: sie zieht eine stärkere Rechenschaftspflicht und Erfolgskontrolle nach sich. Durch die Verwendung von Steuergeldern stehen die Träger des ZFD im Vergleich zu unabhängigen NGOs unter dem Anspruch, der Öffentlichkeit gegenüber die Nützlichkeit ihres Einsatzes in Krisenregionen nachzuweisen.⁴

Helga Tempel nimmt in ihrem Aufsatz „Leitlinien des Zivilen Friedensdienstes“ eine gesellschaftspolitische Ortsbestimmung des ZFD vor. Sie weist noch einmal darauf hin, dass er kein offizielles Instrument der Außen- und Verteidigungspolitik ist und auch nicht sein darf, denn: „Er würde an Glaubwürdigkeit und Einflussmöglichkeit gegenüber den zivilen, regierungsunabhängigen Partnern in der Zielregion verlieren, wenn er als verlängerter Arm der von nationalen und wirtschaftlichen Interesse geleiteten offiziellen Politik wahrgenommen würde.“⁵ ZFD-Einsätze, die im Rahmen von internationalen Befriedungsmaßnahmen stattfinden, sind besonders sensibel, wenn gleichzeitig Militär beteiligt ist. Zumal der Hintergrund für die Entstehung des ZFD die Annahme ist, „dass Waffenanwendung die Konflikte nicht löst und in aller Regel nicht zu dauerhaftem Frieden führt.“⁶ Bedenkt man dazu noch die Problemanzeige Christine Schweitzers, dass es Konfliktkonstellationen gibt, in denen die betroffene Bevölkerung durch militärische Gewaltanwendung so traumatisiert ist, dass jeglicher militärischer Einsatz nichts mehr beitragen kann zur Befriedung der Situation, dann ist es für die Wirksamkeit des ZFD wichtig, auf keinen Fall mit dem Militär in Verbindung

4 Vgl. Brinkmann, S. 45

5 Tempel, Helga: Leitlinien des Zivilen Friedensdienstes. In: Evers 2000, S. 25

6 Tempel ebd.

gebracht zu werden. Andreas Buro nennt noch eine andere Begründung dafür, warum es keine Kooperation mit dem Militär geben sollte. Diese könnte zu einer neuen Legitimation militärisch gestützter Politik beitragen: „Das Militär setzt den ‘Sicherheitsrahmen’ und der ZFD leistet z. B. die Befriedungsarbeit in den besetzten Gebieten. Das Militär als Schutztruppe des ZFD! Der ZFD wäre voll der militärischen Logik des Konfliktaustrages ein- und untergeordnet.“⁷ Zivile Konfliktbearbeitung wäre dann als Alternative zu militärischem Agieren nicht mehr zu erkennen.

Anders sieht es aus mit zivilen OSZE-Einsätzen, auch dann, wenn diese Ordnungsfunktionen übernehmen. Hier will Helga Tempel den ZFD durchaus als eine komplementäre, basisorientierte Unterstützung der offiziellen Mission gewertet wissen.

Aufgabe des ZFD ist es über den einzelnen Einsatz hinaus, die Alternative „Zivile Konfliktbearbeitung“ zu entwickeln und einzuüben, Erfahrungen damit zu sammeln und so ihren Handlungsspielraum zu erweitern. In dem Wissen, dass nicht jede Konfliktsituation für einen Einsatz im Rahmen des ZFD geeignet ist.

Das Verhältnis der Träger des ZFD zu staatlichen Akteuren sollte dabei laut Buro ein „gesundes Spannungsverhältnis“ sein: „Kooperativ, weil nur gemeinsam ZKB als Alternative zum militärischen Konfliktaustrag zu erreichen ist. Konfliktbereit, weil Staaten und internationale, staatlich-zivile Institutionen einen zivil-militärisch ambivalenten Charakter haben. In ihnen selbst wird der Kampf zwischen zivilen und militärischen Optionen ausgetragen. In diesem Konflikt ist der ZFD Partei und muss es sein, wenn er nicht sein Ziel, Konflikttransformation als Alternative durchzusetzen, aus dem Auge verlieren will.“⁸

Wie unterscheidet sich die Funktion des ZIF von den beiden anderen Formen?

Grundsätzlich zunächst dadurch, dass die Aktivierung des ZIF-Personalpool nur über ein Mandat der OSZE, der EU, der UNO erfolgen kann. Dann aber kann die Bundesregierung für Einsätze sehr *kurzfristig* auf den Pool vorge-schulten Personals zurückgreifen. Das unterscheidet den ZIF-Pool vom ZFD.

7 Buro, Andreas: Ziviler Friedensdienst im Verhältnis zu Staat, militärgestützter Politik und Militär. In: Evers 2000, S. 122f

8 Buro, S. 121f

Wenn das ZIF bald sein Ziel erreichen wird, 1 000 Personen im Personalpool zu haben, steigt die Chance, dass in Zukunft häufiger und wirksamer präventiv in Konflikte eingegriffen werden kann. Der Personalpool erweitert die Handlungsmöglichkeiten der staatlichen Seite im Bereich der ZKB. Im Unterschied zum ZFD oder zu einem NGO-Einsatz können Entsandte über das ZIF auch Ordnungsfunktionen übernehmen. Da sie ohnehin über den staatlichen Weg ins Geschehen eingreifen, ist für sie eine Zusammenarbeit mit dem Militär unproblematischer als in den beiden anderen Formen.

Staatliche und nicht-staatliche Formen der ZKB gegeneinander auszuspielen, macht m. E. keinen Sinn. Die Auseinandersetzung um diese Frage ist in Fachkreisen nach meiner Einschätzung auch weitgehend zum Abschluss gekommen. Aus der Perspektive der Betroffenen scheint jedenfalls die Nationalität der Intervenierenden viel wichtiger zu sein als die Form der Entsendung. So die Einschätzung von Natascha Zupan von der Schweizerischen Friedensstiftung auf einer Tagung im November 2002 in Heidelberg.⁹ Jedenfalls gälte dies ihrer Erfahrung nach für die Menschen auf dem Balkan, die ja in ihrer Geschichte je nach Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe sehr unterschiedliche Erfahrungen mit Deutschen gemacht hätten.

Mit ein paar Sätzen soll noch die personelle Seite der Einsätze beleuchtet werden. Sie ist für die Qualität der ZKB von entscheidender Wichtigkeit. Im Vergleich zu Militäreinsätzen findet ein solches Engagement grundsätzlich auf freiwilliger Basis statt. Es birgt, wie schon erwähnt, besonders in internationalen Missionen ein unbestreitbares Risiko, gleichgültig, ob es in staatlichen oder nicht-staatlichen Zusammenhängen stattfindet. Teilnehmende müssen sich also Klarheit verschaffen über mögliche Risiken und Absicherungen. Die unten stehende Tabelle gibt eine Übersicht über die vorgestellten Instrumente.

9 Tagung am 27.11. 2002 in der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg zum Thema: „Qualifizierung von Friedensfachkräften und Friedensmissionsmitgliedern“, an der ich teilnehmen konnte.

Tab. 4 *Vergleich der persönlichen Absicherungen für Teilnehmende*

Balkan Peace Team (nicht-staatlich)	Ziviler Friedensdienst (public-private- partnership)	Zentrum für internationale Friedenseinsätze (staatlich)
Wohnung u. Verpflegung frei, 150 Euro Taschen- geld, 150 Euro Urlaubsgeld, 30 Euro Wiedereinglieder- ungshilfe pro abgeleiste- ten Monat, Übernahme der Kosten f. Versicherungen, bei Ge- fahr entschieden die Teiln. selbst über Abreise	Vergütung und persönliche Absicherung nach Entwick- lungshelfergesetz (EhfG), bei Gefahr Rückruf durch das BMZ (Rückrufrecht) Übergangsregelungen für die Rückkehr in den Beruf.	Teilnehmende müssen spe- zielle Versicherung abschlie- ßen, Entsendegesetz wird an- gestrebt. Bezahlung durch die jeweils entsendende Organisation, die auch über die Länge des Einsatzes entscheidet. Für den Einsatz Freistellung aus regulärer Berufstätigkeit.

Interessant ist in diesem Zusammenhang noch die Einschätzung Christine Schweitzers bezüglich des militärischen Schutzes während eines Einsatzes: Militäranlagen und -konvois seien ein „interessantes“ Ziel für gewaltsam agierende Konfliktparteien, für Heckenschützen u. a.. Eine Aussage, die im aktuellen Irakkonflikt leider fast täglich bestätigt wird. Sie habe sich auf dem Balkan immer sicherer gefühlt, wenn sie sich nicht in der Nähe des Militärs aufhielt. Man wird sagen müssen, dass – vorsichtig ausgedrückt – militärischer Schutz die Sicherheit ziviler MitarbeiterInnen nicht unbedingt erhöht.

Die Bemerkung der OSZE-Büroleiterin Caroline Milow über die Motive mancher Missionsteilnehmer – so subjektiv sie sein mag und so ungeprüft sie hier stehen bleiben muss – führt zum Problemfeld der sogenannten nicht-intendierten Wirkungen solcher Einsätze.

Sabine Klotz, die schon an der Kosovo-Verification-Mission der OSZE 1999 teilnahm und seither mehrfach in Missionen auf dem Balkan eingesetzt war, hebt drei Bereiche als besonders sensibel hervor:

Erstens: Eine Friedensmission hat in jedem Fall Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Sozialstruktur des Einsatzortes. Schon dadurch, dass die externen Akteure wohnen, essen und konsumieren müssen. Sie müssen Gebäude mieten, sie brauchen lokale MitarbeiterInnen, um arbeiten zu können. Wohnungen kann man nur mieten von Menschen, die auch welche besitzen,

lokale MitarbeiterInnen müssen über ein Mindestmaß an Bildung und Sprachkenntnissen verfügen, um für die Missionen arbeiten zu können. Kurzum: kurzfristig ziehen die ohnehin besser Gestellten Vorteile aus der Anwesenheit der Externen.

Sabine Klotz merkt kritisch an, dass sich die Löhne der „Locals“ zwischen UNO, OSZE und NGOs in der Höhe unterscheiden, was dazu führt, dass zahlreiche MitarbeiterInnen dorthin wechseln, wo sie für eine ähnlich Tätigkeit besser bezahlt werden. So entsteht eine hohe Fluktuation, die einer kontinuierlichen Arbeit nicht zuträglich ist. Die lokalen MitarbeiterInnen sind mit ihrer Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten unentbehrlich und werden daher gut bezahlt. Die Schaffung von Arbeitsplätzen für Einheimische ist einerseits ein positiver Nebeneffekt der Zivilen Konfliktintervention, kann aber andererseits zu Problemen führen, wenn bei den Einheimischen der Eindruck entsteht – egal, ob zu recht oder zu unrecht – bestimmte ethnische Gruppen oder Parteien würden von den Missionen bevorzugt. Die externen Akteure müssen hier sehr umsichtig vorgehen, damit sie nicht unversehens selber als Konfliktpartei angesehen werden.

Zweitens: Die Auswahl von örtlichen Partnerorganisationen, sofern sie notwendig sind, etwa beim ZFD, kann sich als schwierige Klippe erweisen. Laut Sabine Klotz kommt es vor, dass sich auf eine internationale Anfrage nach Kooperationspartnern hin schnell eine NGO gründet. Nicht, weil sie altruistische Ziele verfolgt, sondern weil sie an der finanziellen Unterstützung interessiert ist, die auf diesem Wege aus dem Ausland zu erwarten ist. Eine solche NGO ist dann in der betreffenden Gesellschaft kaum verankert und hat entsprechend geringen Einfluss. Um einer solchen „Falle“ zu entgehen, ist im Vorfeld eine sorgfältiger Recherche nötig.

Drittens: Ein besonders krasses und bitteres Beispiel aus dem Kosovo/a zeigt eine weitere Schwierigkeit, nämlich die Gefährdung einheimischer Personen, die mit den Externen zusammen arbeiten. Sabine Klotz berichtet vom Massaker in der Kleinstadt Suva Reka im Kosovo:

„Aus Neid um die Mieteinkünfte durch die Kosovo Verification Mission der OSZE ermordeten Serben Ende März 1999, wenige Tage nach der Evakuierung der ausländischen Missionsmitglieder, in Suva Reka den kosovoalbanischen Vermieter des von der OSZE benutzten Gebäudes sowie 56 seiner Familienangehörigen, darunter mehrere Kinder. Die Mörder und die Opfer kannten sich persönlich seit Jahren. Drei Opfer überlebten das Massaker und konnten entkommen. Eine der überlebenden Frauen sagte im Sommer 2002

vor dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag als Zeugin aus. Die Mörder leben in Serbien außerhalb des Kosovo, wo sie bisher nicht strafrechtlich verfolgt wurden.“¹⁰

Externe Akteure können und sollen in ihr Heimatland zurückkehren und werden, wenn Gefahr droht, evakuiert. Auch wenn das oben beschriebene Massaker eine schlimme Ausnahme ist: Zurückbleibende lokale MitarbeiterInnen sind im Falle von Evakuierungen u. U. schutzlos politisch oder wirtschaftlich motivierten Racheakten ihrer Landleute ausgesetzt.

Sabine Klotz besteht darauf, dass der Schutz der einheimischen Kontaktpersonen schon bei der Planung von Friedensmissionen berücksichtigt werden muss bis hin zu der Konsequenz, besonders gefährdete MitarbeiterInnen mit zu evakuieren.

Erfolgreiche ZKB hat logischerweise die Konsequenz, dass die Anwesenheit der Externen nicht mehr vonnöten ist, weil die Einheimischen in der Lage sind, ihre Konflikte gewaltfrei ohne fremde Hilfe zu regeln. Abgesehen davon, dass die Entscheidung über diesen Zeitpunkt schwer zu fällen ist, hat sie auch eine persönliche Komponente: Externe sollen darauf hin arbeiten, sich überflüssig zu machen. Wenn Teilnehmende an Friedensmissionen nach ihrer Rückkehr eine unsichere berufliche Zukunft erwartet, besteht die Gefahr, dass sie – sofern es ihnen freisteht – länger im Land bleiben, als für die Einheimischen gut ist. Das dürfte ein Motiv dafür sein, warum das ZIF möglichst Teilnehmende aus regulärer Berufstätigkeit rekrutiert.

Renate Wanie und Hans Hartmann weisen auf einen weiteren Aspekt hin, nämlich darauf, dass viele FriedensaktivistInnen schon die zwiespältige Erfahrung gemacht haben, dass ihre weiße Haut oder ihr europäischer Pass ihre Arbeit wesentlich erleichtert hat. Eine Reflexion der eigenen Motive, die hinter dem Einsatz stehen, ist darum sehr wichtig, denn: „Es wäre falsch zu verdrängen, dass sich auch hinter dem Bild der ‘gewaltfreien Intervention’ Überlegenheitsmythen verstecken können. Vielsprechend ist genau das Gegenteil: diesen kollektiven Mythen auf den Grund zu gehen und sie in ein politisches Gespräch über Solidarität, Gegenseitigkeit und Respekt zu überführen.“¹¹

10 Klotz, S. 121

11 Wanie und Hartmann, S. 92

6 Fazit: Chancen und Grenzen Ziviler Konfliktbearbeitung

Wer sich um ZKB bemüht, hat keine Geringere als die Charta der Vereinten Nationen hinter sich. Allen Widrigkeiten zum Trotz ist sie immer noch das wichtigste Dokument der Völkergemeinschaft. „Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren ...“ Diese ersten Sätze der Präambel schlagen sich nieder in den Artikeln der Charta, die der ZKB absoluten Vorrang gegenüber militärischer Konfliktregelung einräumen. Gleich in Art. 1 Absatz 1 ist die Rede davon, „... internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und den Grundsätzen des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen ...“

Wie der Überblick über die schon vorhandenen Instrumente Ziviler Konfliktbearbeitung bzw. -intervention weiter unten (Punkt 4.2) zeigt, stehen dafür mittlerweile viele Möglichkeiten zur Verfügung, die auch genutzt werden und erfolgreich sind. Erfolgreiche ZKB ist nicht so spektakulär wie militärische Auseinandersetzungen es sind und bekommt daher in den Medien oft weniger Aufmerksamkeit als diese. Dadurch entsteht in der Öffentlichkeit ein unvollständiges Bild über das, was ZKB leisten kann.

Betrachten wir nun abschließend die ZKB im engeren Sinne, als Alternative zur militärischen Intervention, in ihren Chancen und Grenzen, so lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt in aller Vorläufigkeit folgendes sagen: ZKB kann sehr erfolgreich sein, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind.¹

Zu diesen Bedingungen gehört der ernsthafte Friedenswunsch der Konfliktparteien bzw. der betreffenden Bevölkerung. Lässt sich eine Partei lediglich aus taktischen Gründen darauf ein, wird ZKB kaum erfolgreich sein.

Eine weitere Bedingung ist eine gründliche Konfliktdanalyse von Seiten der Intervenierenden, die die Vorgeschichte des Konfliktes berücksichtigt, die aktuelle Konfliktphase beachtet, die Interessen aller beteiligten Akteure zur Kenntnis nimmt einschließlich den von dritten Parteien.

1 Vgl. Klotz, S. 143ff und Schweitzer 2004, S. 518f

Das Personal, das dann die konkrete Arbeit tun soll, muss sorgfältig ausgesucht und gründlich vorbereitet werden. Wichtig ist, dass seine Anwesenheit vor Ort von den Einheimischen und den Konfliktparteien respektiert wird.

ZKB, die nachhaltig wirken soll, erfordert Zeiträume über mehrere Jahre, in denen verlässlich Unterstützung gegeben werden kann, denn durch Gewalt verletzte und verunsicherte Menschen können nur langsam wieder Vertrauen aufbauen. Darum gehört die finanzielle Absicherung solcher Vorhaben grundlegend zu den Erfolgsbedingungen. Selbst großzügige finanzielle Ausstattung bleibt ja weit, sehr weit hinter den Kosten für militärische Einsätze zurück. Auch das ist ein Grund, ZKB den Vorrang vor militärischer Intervention zu geben.

Den wichtigsten Grund für den Vorrang von ZKB nennt Sabine Klotz: „Im Unterschied zu einer Militärintervention stimmen bei einer zivilen Intervention in Konflikte das Ziel, ein friedliches Zusammenleben zu fördern, und die eingesetzten ebenfalls nicht-militärischen, gewaltfreien überein. Auch wenn die zivile Intervention in Konflikte ihr Ziel verfehlen sollte, einen Krieg oder Bürgerkrieg zu verhindern oder zu beenden, trägt sie selbst nicht zusätzlich zu einem Verlust an Menschenleben und zu einer Zerstörung von materiellen Gütern bei.“²

Wir erfahren gegenwärtig, dass militärische Interventionen trotz sogenannter Präzisionswaffen ganz abgesehen von Menschenleben auch immer Infrastruktur und Wirtschaftskraft zerstört. Armut und Elend sind immer die Folge militärischer Auseinandersetzungen. Der Weg zum Frieden wird aber viel länger, wenn die elementaren Grundbedürfnisse der Bevölkerung nicht erfüllt sind. Im derzeitigen israelisch-palästinensischen Konflikt z. B. haben die Militäraktionen und Vergeltungsschläge der Israelis die Wirtschaft Palästinas erheblich geschwächt. Das hat den Konflikt noch weiter angeheizt, denn Armut und Perspektivlosigkeit produziert SelbstmordattentäterInnen ...

Ohne das Bemühen, in den von Gewaltkonflikten betroffenen Gesellschaften extreme Armut zu beseitigen, dürfte ZKB ein Fass ohne Boden sein, denn Armut verhindert häufig den Aufbau von Institutionen für die gewaltfreie Konfliktbearbeitung.³ Entwicklungszusammenarbeit und Friedensarbeit

2 Klotz, S. 78

3 Vgl. Führmann, Bettina: Krisenprävention in einer gewaltträchtigen Welt: Welchen Beitrag kann die Armutsbekämpfung leisten? In: Hauswedell et al. (Hrsg.) Friedensgutachten 2004. Münster 2004, S. 185

muss darum verzahnt werden, so wie einige weitsichtige Menschen es schon Anfang der 60er Jahre vertreten haben. (s. o. Pkt. 4.3.3.1)

ZKB, soviel mag deutlich geworden sein, führt nicht per se zum Erfolg. Christine Schweitzer warnt aber davor anzunehmen, dass dann eine militärische Intervention die Alternative wäre. Die Literatur über militärische Friedenssicherung nenne ähnliche Erfolgsbedingungen, wie sie für die ZKB vonnöten sind.⁴ Jede Form des Eingreifens kann sehr schwierig werden, wenn ein Konflikt schon zu kollektiven Gewaltaktionen eskaliert ist. Krisenprävention bleibt darum die sinnvollste und effektivste Form der ZKB.

Wie weiter oben (unter Pkt 3) dargestellt wurde, sind die Grenzen zwischen den verschiedenen Formen gewaltsamer Auseinandersetzungen fließend. Mehrere Autoren⁵ stellen übereinstimmend fest, dass Gewaltakteure, deren ökonomische Basis das Kriegführen und gewaltsame Auseinandersetzungen sind und die keine politischen Motive haben, schwerlich in Maßnahmen der ZKB eingebunden werden können, da ja eine Lösung des Konflikts ihnen ihre ökonomische Basis entziehen würde. Sie müssen entwaffnet werden, im polizeilichen, nicht im militärischen Sinne. Nötig wäre eine strafrechtliche Verfolgung der Warlords und Maßnahmen der „DDR“ für Kombattanten. DDR meint: Disarmament – Demobilization – Reintegration. Dahinter verbirgt sich das Konzept, die Kämpfer und Kämpferinnen zu entwaffnen und durch gezielte Maßnahmen wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Die Entwaffnung geschieht dabei laut Winrich Kühne am wirkungsvollsten durch „Weapons destruction programs“. Die Waffen werden dabei nicht einfach nur eingesammelt oder zurückgekauft, sondern in einer öffentlichen Zeremonie unter Anwesenheit der Medien zerstört, was ein starkes politisches Signal für die ehemaligen Kombattanten und für die Gesellschaft sein kann. Die Wirkung von Entwaffnung und Demobilisierung kann aber nur dann von Dauer sein, wenn parallel gut geplante Programme laufen, die die Entwaffneten nicht nur davon überzeugen, dass sie sich auch ohne Waffen physisch sicher fühlen können, sondern ihnen auch eine ökonomische Alternative zum Kampf bieten. Das meint Reintegration. DDR-Programme sind

4 Vgl. Schweitzer 2004, S. 519

5 Klotz 2004, Kühne 2002, Schweitzer 2004,

sehr komplexe Unternehmen. Wenn sie erfolgreich sind können sie – davon ist Winrich Kühne überzeugt – Friedensprozessen den Weg ebnen.⁶

ZKB hat in den letzten Jahrzehnten stark an Bedeutung gewonnen. Wissen und Erfahrung konnten vermehrt werden. Erkenntnisse über die beste Praxis wurden gewonnen. Dennoch steht die ZKB immer noch am Anfang eines permanenten Lernprozesses. Es gibt bisher noch zu wenig empirisch gesichertes Wissen über die Wirkungen von ziviler Konfliktintervention. Für diesen Bereich besteht noch jede Menge lohnender Forschungsbedarf.

Aber neben der Weiterentwicklung der ZKB durch die Fachleute muss ihr Handlungsspielraum auch durch die übergeordnete Politik erweitert werden. Die von Seiten der derzeitigen Bundesregierung entwickelten Instrumente ZKB sind ein hoffnungsvoller Anfang. In ihrem schon erwähnten Gesamtkonzept „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ steht zu lesen, dass der „Ausgangspunkt für Maßnahmen der Krisenprävention, der Konfliktbeilegung und der Konsolidierung in der Nachkonfliktphase ... ein erweiterter Sicherheitsbegriff (ist), der politische, ökonomische ökologische und soziale Stabilität umfasst.“ (Pkt. I.2) Auch dass die „Zivile Krisen- und Konfliktbewältigung ... eine national und international koordinierte, auf die jeweilige Situation zugeschnittene Gesamtstrategie (erfordert), die Instrumente insbesondere der Außen-, Sicherheits-, Entwicklung-, Finanz-, Wirtschafts-, Umwelt-, Kultur- und Rechtspolitik verzahnt.“ (Pkt. I.4) Die Autoren des Friedensgutachtens 2004 kritisieren allerdings, dass diese guten Absichten sich nicht in zusätzlichen Haushaltsmitteln hierfür niederschlagen. „Darin liegt eine große Schwäche des Regierungsdokuments, dessen 161 Aktionen vornehmlich daran ausgerichtet zu sein scheinen, keine Kosten zu verursachen. Wer ernsthafte Krisenprävention betreiben will, dem muss diese Form der Friedenspolitik auch bei den Haushaltstiteln etwas wert sein.“⁷

Gleichwohl muss es in dieser Richtung weitergehen. Eine verstärkte Krisenprävention und Friedenskonsolidierung in den auswärtigen Beziehungen kann die Lebenssituation in den von Gewaltkonflikten betroffenen Ländern verbessern und damit auch die globale Sicherheitslage. Durch eine in diesem

6 Kühne 2002, S. 14, siehe auch Gleichmann, Colin; Odenwald, Michael; Steenken, Thees; Wilkinson, Adrian: Disarmament, Demobilisation and Reintegration. A practical Field and Classroom Guide. Frankfurt 2004

7 Friedensgutachten 2004, S. 19

Sinne kohärente Politik unterstützt, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, das ZKB ihren Handlungsspielraum noch erheblich erweitern kann.

Literatur

- Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V. (AGEH) und Misereor (Hrsg.): Spuren zum Frieden. Aachen 2002
- Azzelini, Dario und Kanzleiter, Boris (Hrsg.): Das Unternehmen Krieg. Berlin 2003
- Bahr, Hans-Eckehard (Hrsg.): Von der Armee zur europäischen Friedenstruppe. München 1990
- Benkler, Monika; Kühne, Winrich: Ausbildung und Rekrutierung von nicht-militärischem Personal für Konfliktprävention und Friedenseinsätze: Bestandsaufnahme, Erfahrungen und Empfehlungen für einen substantiellen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland. Stiftung Wissenschaft und Politik Juli 1999
- Benkler, Monika: Ausbildung und Rekrutierung von nicht-militärischem Personal für Konfliktprävention und Friedenseinsätze: Bestandsaufnahme, Erfahrungen und Empfehlungen für einen substantiellen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der zweiten Projektphase. Stiftung Wissenschaft und Politik Juli 1999
- Berg, Birgit: Vom Gewaltkult zur Gütekraft. In: Gewaltfreie Aktion. Vierteljahreszeitschrift für Frieden und Gerechtigkeit 3/99, S. 17-30
- Bläsi, Burkhard: Konflikttransformation durch Gütekraft. Reihe Studien zur Gewaltfreiheit Bd. 4 Münster 2001
- Bonacker, Thorsten: Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Opladen 2002
- Boutros-Ghali, Boutros: Wider die Tyrannei der Dringlichkeit. Die Agenden für Frieden, Entwicklung und Demokratisierung. Hamburg 2000
- Brinkmann, Cornelia: Zivile Konfliktbearbeitung – Friedensfachdienst – Ziviler Friedensdienst. Begriffe und Bezüge. In: Evers, Tilman (Hrsg.): Ziviler Friedensdienst. Fachleute für den Frieden. Opladen 2000, S. 35-47

- Brühl, Tanja: Konfliktbearbeitung durch NGO's: Chancen und Grenzen. In: Vogt, Wolfgang R.: Friedenskultur statt Kulturkampf. Baden-Baden 1999, S. 105-114
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Synthesebericht über die Evaluierung Aufbau des Zivilen Friedensdienstes Mai 2002
- Buro, Andreas: Ziviler Friedensdienst im Verhältnis zu Staat, militärgestützter Politik und Militär. In: Evers, Tilmann (Hrsg.) Ziviler Friedensdienst. Fachleute für den Frieden. Opladen 2000
- Callies, Jörg (Hrsg.): Zivile Konfliktbearbeitung im Schatten des Terrors. Loccumer Protokolle 58/02, Rehburg-Loccum 2003
- Clark, Howard; Schweitzer, Christine: Balkan Peace Team – International e.V., Eine abschließende interne Bewertung seines Funktionierens und seiner Aktivitäten. Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 11 des Bundes für Soziale Verteidigung. Minden 2002
- Daase, Christopher: „Der Krieg ist ein Chamäleon“ – Zum Formenwandel politischer Gewalt im 21. Jahrhundert. In: Callies, Jörg (Hrsg.): Zivile Konfliktbearbeitung im Schatten des Terrors. Loccumer Protokolle 58/02, Rehburg-Loccum 2003, S. 17-35
- Ebert, Theodor: Ziviler Friedensdienst – Alternative zum Militär. Münster 1997
- Ebert, Theodor; Benedict, Hans-Jürgen: Macht von unten. Hamburg 1968, S. 9-35
- Elias, Norbert, Über den Prozess der Zivilisation. 2 Bde. Frankfurt 1998 (22)
- Evers, Tilman (Hrsg.): Ziviler Friedensdienst – Fachleute für den Frieden. Opladen 2000
- Ders.: Friedenshandeln in der Weltgesellschaft. In: Evers, Tilman: Ziviler Friedensdienst – Fachleute für den Frieden. Opladen 2000, S. 97-115
- Führmann, Bettina: Krisenprävention in einer gewaltträchtigen Welt: Welchen Beitrag kann die Armutsbekämpfung leisten? In: Hauwedel et. Al. (Hrsg.) Friedensgutachten 2004. Münster 2004
- Fuchs, Albert; Sommer, Gert (Hrsg.) Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie. Weinheim 2004

- Grosse, Heinrich: Die Macht der Armen. Martin Luther King und der Kampf für soziale Gerechtigkeit. Hamburg 1971
- Hauswedel, Corinna; Mutz, Reinhard; Ratsch, Ulrich; Schoch, Bruno; Weller, Christoph (Hrsg.): Friedensgutachten 2002. Münster 2002
- dies.(Hrsg.): Friedensgutachten 2003. Münster 2003
- dies.(Hrsg.) Friedensgutachten 2004. Münster 2004
- Hilgers, Petra: Eine eigene Identität entwickeln. Frauen in der Friedensarbeit in Norduganda. In: Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V. (AGEH) und Misereor (Hrsg.): Spuren zum Frieden. Aachen 2002, S. 56-60
- Höffe, Otfried (Hg): Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden. Reihe Klassiker auslegen Bd. 1, Berlin 1995
- Horlemann, Ralf: Außenpolitik ist Friedenspolitik. Qualifizierung von Personal als Instrument der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, in: Evers, Tilman (Hrsg.): Ziviler Friedensdienst – Fachleute für den Frieden. Opladen 2000
- Howard, Donna; Junge, Mareike; Levine, Corey; Schweitzer, Christine, Stieren, Carl; Wallis, Tim: Nonviolent Peaceforce – Feasibility Study. Hamburg/St. Paul 2001 www.nonviolentpeaceforce.org/research
- Imbusch, Peter: Die Konfliktheorie der Zivilisierungstheorie. In: Bonacker, Thorsten: Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Opladen 2002 S. 165-185
- Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden. Bd. VIII der Gesamtausgabe Berlin 1983, S. 341-386
- King, Martin Luther: Schöpferischer Widerstand. Reden – Aufsätze – Predigten. Herausgegeben von Heinrich W. Grosse. Gütersloh 1980
- King, Martin Luther: Wohin führt unser Weg? Frankfurt 1968
- Klotz, Sabine: Zivile Konfliktbearbeitung. Theorie und Praxis. Heidelberg 2003
- Klumpjan, Hans-Dieter und Helmut: Thoreau. Hamburg 1986
- Köpcke-Duttler, Arnold: Wider das Vergessen der Gewaltfreiheit. In: Gewaltfreie Aktion. Vierteljahresschrift für Frieden und Gerechtigkeit 1/2 1999, S. 24-32

- Koppe, Karl-Heinz: Der vergessene Frieden. Friedensvorstellungen von der Antike bis zur Gegenwart. Reihe Friedens- und Konfliktforschung 6, Opladen 2001
- Kühne, Winrich: Peace Operations and Governance: Lessons Learned and Perspectives. Handout Nr. 1 Zentrum für internationale Friedenseinsätze, Juli 2002
- Ders.: Das ZIF zwei Jahre nach seiner Gründung. Handout des ZIF. 2004
- Ders.: Machbarkeitsstudie ziviles Friedenspersonal für internationale Krisenpräventions- und Friedenseinsätze (Kurzfassung), 2001, Pressemappe ZIF
- Lock, Peter: Gibt es ökonomische Strukturen, die Gewalt und Terror hervorbringen? In: Callies, Jörg (Hrsg.): Zivile Konfliktbearbeitung im Schatten des Terrors. Rehbürg-Loccum 2003, S. 37-60
- Maier-Witt, Silke: Brücken bauen für Verständigung. Begegnungen im Kosovo. In: Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V. (AGEH) und Misereor (Hrsg.): Spuren zum Frieden. Aachen 2002
- Quack, Martin: Von der prima ratio zur ultima ratio. Gründe für die Unterstützung des Zivilen Friedensdienstes durch die Bundesregierung. Magisterarbeit an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Eberhard-Karls-Universität Tübingen
- Rau, Heimo: Mahatma Gandhi in Selbstzeugnissen und Dokumenten. Hamburg 1983 (2)
- Raupach, Wolfgang: Aus den Erfahrungen der freiwilligen Friedensdienste. In: Bahr, Hans-Eckehard (Hrsg.): Von der Armee zur europäischen Friedenstruppe. München 1990, S. 51-84
- Schirch, Lisa: Den Frieden sichern. Wie zivile Alternativen zur Konfliktprävention entwickelt werden. Köln 1996
- Schneckener, Ulrich: Warum manche den Frieden nicht wollen? Eine Soziologie der „Störenfriede“ in: Callies, Jörg (Hrsg.) Zivile Konfliktbearbeitung im Schatten des Terrors. Rehbürg Loccum 2003, S. 61-80
- Schneider, Patricia: Frieden durch Recht – Internationale Gerichtsbarkeit und gewaltfreie Konfliktregelung. In: Hauswedel, Corinna et.al (Hrsg.): Friedensgutachten 2003 Münster 2003, S. 259-267

- Schweitzer, Christine: Zivile Intervention. In Fuchs, Albert; Sommer, Gert: Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt – und Friedenspsychologie. Weinheim 2004
- Seibert, Thomas: Die neue Kriegsordnung. Der globalisierte Kapitalismus und seine barbarisierte Rückseite. In: Azzelini, Dario und Kanzleiter, Boris (Hrsg.): Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung. Berlin 2003
- Senghaas, Dieter: Frieden als Zivilisierungsprojekt. In: ders. (Hg) Den Frieden denken. Frankfurt am Main 1995
- Smidoda, Iris: Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung in internationalen Konflikten. In: Evers, Tilman(Hrsg.): Ziviler Friedensdienst – Fachleute für den Frieden. Opladen 2000, S. 78-85
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands,Bündnis90/Die Grünen: Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und Bündnis 90/die Grünen. Bonn 1998
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands,Bündnis90/Die Grünen: Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2002-2006 Berlin 2002
- Steffani, Winfried: Martin Luther King: Theorie und Praxis gewaltfreier Aktion. In: Ebert, Theodor; Benedict, Hans-Jürgen: Macht von unten. Hamburg 1968, S. 9-35
- Tempel, Helga: Leitlinien des Zivilen Friedensdienstes. In: Evers, Tilman (Hrsg.): Ziviler Friedensdienst – Fachleute für den Frieden. Opladen 2000, S. 23-34
- Thoreau, Henry David: Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen über dem Staat und andere Essays Zürich 1973
- Trittmann, Uwe: Geschichte einer Idee – Das Forum Ziviler Friedensdienst. In: Evers, Tilmann: Ziviler Friedensdienst. Fachleute für den Frieden. Opladen 2000
- Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.): Friedenskultur statt Kulturkampf. Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. Baden-Baden 1999

Voß, Reinhard J: Geschichte der Friedensdienste in Deutschland. In Evers, Tilmann: Ziviler Friedensdienst. Fachleute für den Frieden. Opladen 2000

Wanie, Renate; Hartmann, Hans: Schöner intervenieren. Gewaltfreie Intervention – ein verkappter Friedenskolonialismus? In: Evers 2000, S. 87-93

Wissenschaft und Frieden: Dossier Nr. 41, 4 Jahre Rot-grün

ZIF – Zentrum für internationale Friedenseinsätze. Pressemappe, Berlin 2002

Zeitschriften

Gewaltfreie Aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit

Wissenschaft und Frieden

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BPT	Balkan Peace Team
CC	Coordinating Committee
DFG	Deutsche Friedensgesellschaft
DDR	Disarmament, Demobilisation, Reintegration
EKiBB	Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FFK	Friedensfachkraft
GO	Governmental Organizations
KFOR	Kosovo Force
NGO	Non-Governmental-Organizations (Nicht-Regierungsorganisationen)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
ppp	public-private-partnership
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
UCK	Ushtria Clirimitore Kombetare, Befreiungsarmee des Kosovo
UNO	United Nations Organisation
ZFD	Ziviler Friedensdienst
ZIF	Zentrum für internationale Friedenseinsätze
ZKB	Zivile Konfliktbearbeitung